

Digitales Brandenburg

hosted by Universitätsbibliothek Potsdam

Der Anteil der Jesuiten an der Preußischen Krone von 1701

Thoemes, Nikolaus

Berlin, 1892

urn:nbn:de:kobv:517-vlib-435

Der Anteil der Jesuiten
an der
Preussischen Königskrone von 1701.

Nach den Akten des Geheimen Staatsarchives.

Eine Preussische und Deutsche Studie
von

Nikolaus Thoemes, Dr. phil.

„Ein Volk, das nicht weiß, woher es kommt, weiß
auch nicht, wohin es geht.“

„Es giebt keine bessere Propaganda für das An-
sehen Preussens in der Welt, als die authentische
Kenntnis der Preussischen Geschichte.“

Heinrich v. Eichel, Direktor der Preussischen Staatsarchive.

Mit einem Vorwort

von

Ernst Lieber, Dr. Rechte

Mitglied des deutschen Reichstags
und des Preussischen Hauses der Abgeordneten.

Berlin 1892.

Verlag der Kommanditgesellschaft „Märkische Volkszeitung“
Eckes & Comp., Berlin SW., Zimmerstraße 37.

94
010012

B.V. 2.

38157

D

1121

71284

Der Anteil der Jesuiten

an der

Preussischen Königskrone von 1701.

Nach den Akten des Geheimen Staatsarchives.

Eine Preussische und Deutsche Studie
von
Nikolaus Thoemes, Dr. phil.



„Ein Volk, das nicht weiß, woher es kommt, weiß auch nicht, wohin es geht.“ . . .

„Es giebt keine bessere Propaganda für das Ansehen Preussens in der Welt, als die authentische Kenntnis der Preussischen Geschichte.“

Heinrich v. Sybel, Direktor der k. Preussischen Staatsarchive.

Mit einem Vorwort

von

Ernst Lieber, der Rechte Dr.

Mitglied des deutschen Reichstags
und des Preussischen Hauses der Abgeordneten.



Berlin 1892.

Druck und Verlag der Kommanditgesellschaft „Märkische Volkszeitung“,
Eckes & Comp., Berlin SW., Zimmerstraße 37.



Abgegeben von der
Berliner Stadtbibliothek
Alle Rechte vorbehalten.

Präsenzbestand 2203



Universitäts-
bibliothek
Potsdam

Inventarnr.



94010012

Deutschlands
Hohem Bundesrat

und seinem

Hohen Reichstage

in geziemender Ehrfurcht.

1800

8

Deutschland

Hohen Zinzenstein

Hohen Zinzenstein

In Commission bei...

Vorwort.

„Ich hoffe, daß Sie zu dieser Stunde in der Angelegenheit der Königswürde ebenso gut endigen werden, wie Sie angefangen haben.“ (Französischer Text Urk. 366.)

Friedrich (III) I. an den Jesuiten P. Botta aus der Krönungsstadt Königsberg am ersten Tage des 18. Jahrhunderts.

„Wie die verbündeten Regierungen sich zu der Jesuitenfrage stellen werden, das vermag ich nicht im Voraus zu sagen, aber ich glaube mich nicht zu irren, wenn ich annehme, daß die Königliche Preussische Regierung ihre Stimme gegen die Wiederzulassung der Jesuiten abgeben wird.“

Ministerpräsident Graf von Caprivi im Hause der Abgeordneten zu Berlin am 29. Januar 1892.

Es war am vierten Tag der fünftägigen „Sunnenschlacht“, wie Abg. Stoecker die erste Beratung des Zedlig'schen Entwurfs eines Volksschulgesetzes im Hause der Abgeordneten zutreffend genannt hat, als der damalige preussische Ministerpräsident die obige Erklärung abgab. Sie überraschte durch Anlaß wie durch Inhalt, und die „Beruhigung“, die sie bringen sollte, hat Graf Caprivi damit zu bewirken nicht vermocht. Ganz obenhin hatte am Tage zuvor der Abg. von Gynern, als seine große Schulrede ihn auf „das Privatschulunterrichtswesen“ geführt, bemerkt, er „sehe voraus, daß es nur noch eine Frage der Zeit ist, daß die Jesuiten zurückkommen und glaube, daß das Staatsministerium sich doch wohl überlegen muß, ob es deren Bestrebungen eine derartige Unterstützung bieten kann, daß dieselben ihr Unterrichtswesen in freier Weise gestalten können“. Eine Anfrage war von ihm nicht gestellt. Gleichwohl die prompte Antwort und, was ihr die Bedeutung einer Kundgabe des Gesamtministeriums verlieh, nicht auf dem Fleck, sondern einen Tag nachher. Der stenographische Bericht verzeichnet: „Beifall rechts“. Auch dies erstaunlich, wenigstens auf den ersten Blick. Scharfsichtigere wollten damals schon den Wunsch erkennen, die Evangelischen auf der Rechten zu „beruhigen“. Hatte man doch dort wie links die Sorge, auch der Schulgesetzentwurf sei wesentlich eines der „fortgesetzten Zugeständnisse an's Zentrum“!

Und der Inhalt? Der Reichstag wenigstens ist nicht gewöhnt, Neußerungen der verblindeten Regierungen, geschweige einer unter ihnen, auf Anträge aus seinem Schooß, ja selbst auf seine Beschlüsse, wenn sie nicht endgiltig sind, zu hören. Und hier die runde Ablehnung am Dönhofsplatz, bevor am andern Ende der Leipziger Straße der Antrag Windthorst, der letzte dieses großen Namens, noch begründet, bevor er angegriffen und verteidigt war, bevor es auch nur fest stand, ob und wann derselbe zur Verhandlung kommen werde! Recht auf den ersten, schier vom Zaune gebrochenen Anlaß hin die eilige Festlegung der „Königlichen Preussischen Regierung“! Und wie der Zufall spielt! Sonst heißt es wohl: „Die Königlich Preussische Regierung“. Graf von Caprivi sagt: „Die Königliche!“ Und er hat Recht gehabt, das selbstständig zu halten; mehr Recht, als er im Augenblick wahrscheinlich sich bewußt war. Die ganze Schwere der Erklärung trat nur so hervor.

Die vorliegende Schrift wird das beweisen — nach den Akten des Geheimen Staatsarchives. Auch ihr Titel wird überrascht haben, auch ihr Inhalt wird erstaunlich gefunden werden; erstaunlicher ihr zeitliches Zusammenreffen mit der Erklärung des Grafen von Caprivi; und am Erstaunlichsten das völlige Abhandengekommen sein der Ueberlieferungen der „Königlichen Preussischen Regierung“, die noch in Friedrich II. und den gehäuften „Merkmalen seiner Königlichen Zuneigung“ für den bedrängten Orden so lebendig waren und deren Quell sie aufdeckt.

Diese Betrachtung hat den Politiker bestimmt, Vorredner des Geschichtschreibers zu werden. Das Buch, in welchem wir zusammentreffen, ist, wie man heute so gerne sagt, von solcher Aktualität, daß die Versicherung, ich habe erst mit den mir nach einander vorgelegten Druckbogen Kenntniß von ihm und seinem Inhalte erhalten, schwer allerorten Glauben finden wird. Wie leicht man aber auch mit der bekannten „Jesuitenmoral“ bei der Hand sein mag, so ist es dennoch so: ich habe keinen Anteil an Entstehung und Zustandekommen dieses Buches. Keiner meiner politischen Freunde, kein Politiker hat ihn. Aber alle Politiker werden mit steigender Teilnahme lesen, was der bescheidene Gelehrte im Dienste geschichtlicher Gerechtigkeit so zeitgemäß aus unanfechtbaren Fundstellen erhoben und so packend und schlüssig zusammengetragen hat. Und die Freunde der Jesuiten, der Gerechtigkeit, der kirchlichen Freiheit werden starke Antriebe darin finden.

Ob auch alle Freunde des Hauses Hohenzollern, des Königtums von Preußen, des Deutschen Kaiserdiadems über dem Thron im Weißen Saale an der Spree? Ich hoffe es. Ich hoffe insbesondere, der Kanzler des Deutschen Reiches wird an Hand der folgenden Geschichtserzählung seine so eilige Erklärung vom 29. Januar d. J. einer „nachprüfenden Durchsicht“ unterziehen.

Viele Katholiken werden die Jesuitenväter Wolff und Bota, wie sie sich selbst in ihren Briefen darstellen und von Preussischen Gesandten, ja vom ersten König Preußens selbst dargestellt werden, schwer verstehen. Ihnen wird die ausreichend klare Beleuchtung der allgemeinen Weltlage an der Wende des

17. Jahrhunderts hiezu den Schlüssel bieten. Die beiden einflußreichen Söhne Lohola's haben eifrig und erfolgreich mitgearbeitet, um Deutschland vor dem Schicksal zu bewahren, halb türkisch und halb französisch zu werden. Schon das müßte ihren Brüdern ein Anrecht geben, auf ewige Zeit in deutschen Landen ehrenvoll zu weilen. Um wie viel mehr in allen Landen der „Königlichen Preussischen Regierung“ in den Augen, die — willig oder nicht — es als Verdienst der beiden Jesuitenväter ansehen müssen, so hingebend und wesentlich zur Annahme der Königswürde durch das heutige Kaiserhaus das Ihrige gethan zu haben! Man sollte meinen, tiefe Beschämung müßte alle Preußen erfassen, daß die Genossen derjenigen Männer, denen der erste Preußenkönig seine Dankbarkeit, seine Hochachtung und Zuneigung so oft und so nachdrücklich ausgesprochen, des P. Bota, der als Gast des neuen Königs im Königsschloß zu Königsberg gewohnt hat, heute aus dem Lande des Nachfolgers desselben Königs verbannt sind, deutsche Ordensbrüder des italienischen Jesuiten, und daß die „Königliche Preussische Regierung“ noch immer ablehnt, ihre Stimme für die Sühnung des zwanzigjährigen Unrechts in die Waagschale zu werfen. Noch jüngst hat Herr von Gynern ausgerufen: „Friedrich der Große gehört uns, aber nicht Ihnen.“ Ich streite nicht mit ihm, aber ich glaube, selbst er und seine Freunde werden, wenn sie das vorliegende Buch gelesen, anerkennen müssen, in diesem Punkte, wenn in irgend einem, war „die Friedericianische Tradition“ im Recht, und selbst sie werden nicht ansteh'n dürfen, auch in diesem Punkte, wenn in irgend einem, „Friedrich den Großen ihnen gehören“ zu lassen. „Ich Meines Theiles rechne es Mir zur Ehre, die Trümmer dieses Ordens in Schlesien aufzubewahren, so sehr Ich auch ein Kezer bin,“ schrieb er schon am 22. April 1769 an d' Alembert. Und er hat nicht geruht, bis er dem Superior Reinach zu Wartenberg am 3. Jänner 1776 „die Schlußerklärung des Papstes über die Beibehaltung Curer Ordensbrüder in Meinen Landen“, die „Mir zur Erreichung Meiner landesväterlichen Absichten ganz zureichend zu sein scheint“, als „Guer gnädiger König“ melden konnte.

Wird man dem P. Bota seine Bemühungen zur Herbeiführung der Wiedervereinigung im Glauben übel deuten? Sie könnten wie eigensüchtige Proselytenmacherei aussehen, wenn seine Haltung in der Frage der „Kron-dignität“ nach dem Scheitern eine andere geworden wäre. Ganz ebenso liegt diese Sache bei dem P. Wolff. Kurzsichtiger Eifer könnte eher den entgegengesetzten Vorwurf erheben. Die Frage steht im Wesentlichen heut wie damals. Die Wiedervereinigung ist das Ziel der Edelsten aller Bekenntnisse, das ständige Gebet der Kirche, das täglich dringendere Bedürfnis des Vaterlandes. Solang sie nicht gefunden, muß der Friede, der ehrliche, gerechte und wohlwollende Friede unter den Bekennern der verschiedenen christlichen Benennungen, vor allem unter den Bürgern eines und desselben Staats, den Söhnen des wieder geeinten Deutschlands die Aufgabe aller Freunde des Christentums und insbesondere des deutschen Volkes sein. Der Herr Verfasser hat ganz Recht: „Was damals die grüne Fahne des arabischen „Propheten“ war, ist heute

die rote Fahne des staatlichen und gesellschaftlichen Umsturzes". (S. 52 f.) Dieselbe Wahrheit sprach der große Montalembert mit der Parallele aus: „Zwischen unseren Füßen wachsen die Barbaren der neuen Völkerwanderung empor“. Dawider Alles, was noch Kraft zum Widerstand besitzt, die Kraft der Ueberzeugung meine ich, zu sammeln, war vor 200 Jahren und ist heute die Aufgabe. Ihr dienten die erleuchteten und unvoreingenommenen Jesuiten, von denen diese Blätter handeln; ihr wollen diese Blätter dienen; ihr werden auch die deutschen Jesuiten dienen, wenn sich die „Königliche Preussische Regierung“ mit den anderen verbündeten Regierungen des Deutschen Reichs endlich entschließen wird, auch sie wieder gemeinem Recht zu unterstellen.

Die feste Ueberzeugung, daß auch diese Stunde kommen wird, teile ich mit Herrn von Snyern. Nicht als „Konzeßion an's Zentrum“, sondern als Folge der Entwicklung, und gebe Gott, auch noch als Frucht hochherziger Gerechtigkeit! Inzwischen spreche ich mit dem Verfasser und mit dem Aufrichter der „Königlichen Preussischen Regierung“: „Die Zeit und Gott brachten schon große Dinge zustande.“

Berlin, den 20. Mai 1892.

Dr. Lieber.

I.

Einleitung.

„Von welchem allen aber nicht das Geringste eingeräumt, noch sonst etwas versprochen und bewilliget worden, so der evangelischen Religion zum Nachtheil und der katholischen zum Gewinn gedeihen könnte. Und hat man sich dessen billig um so viel mehr zu verwundern, weil dieses negotium an den kaiserlichen und königlichen polnischen Höfen durch Jesuiten (!) geführet werden müssen.“

Excellenz Frhr. v. Flgen in seiner Denkschrift (1704) über die Erwerbung der königlichen Dignität. (Urkunde 418*).

Vorliegendes Schriftwerk versucht in deutscher Sprache, eingehender als gewöhnlich für die Oeffentlichkeit geschehen, den Anteil zu bestimmen und darzustellen, welchen an der Errichtung des preußischen Königsthrones für das gefeierte, mächtige, erlauchte Herrscherhaus der Hohenzollern die berühmte Gesellschaft Jesu genommen hat. Man wird in den einzelnen Teilen des vorliegenden Buches des Näheren sehen, wie der Begründer der preußischen Königswürde und seine Staatsmänner gerade in den Werkstätten der damaligen Politik, welche in erster Linie für ihr Ringen nach der blinkenden Krone entscheidend waren, in der Kaiserburg zu Wien und am Königshofe zu Warschau, die Hilfe der dort maßgebenden Staatsmänner aus dem Jesuitenorden in den jedesmal wichtigsten Augenblicken anriefen und stets auf's Bereitwilligste und mit größtem Erfolge fanden. Man wird erkennen, wie die in Rede kommenden Jesuiten der Fertigstellung der preußischen Königskrone nicht nur harte und selbst gefährvolle Arbeit im Kampfe mit den Großen der Erde widmeten, sondern auch dafür ihr brünstiges Gebet zum Himmel entsandten. Man wird zu Gunsten der preußischen Königskrone die Jesuiten mit Erfolg selbst an der Arbeit sehen, der päpstlichen Politik, welche die konfessionelle Befangenheit unnötig zur Gegnerin sich gemacht hatte, eine andere Richtung zu geben. Es ist so in der That: Ein Jesuit erfaßte als der erste unter den Staatsmännern des Auslandes die Idee der Erhebung des hohenzollernschen Kurhauses zur nationalen

*) „Publikationen aus den Preussischen Staatsarchiven“. 1. Band. 1878. Urkunde 418. S. 553. Im Folgenden werden öfters Urkunden aus diesem Werke angezogen werden; es wird genügen, sie mit ihrer Nummer zu bezeichnen.

preußischen Königsdynamie, in möglichster Unabhängigkeit von jeder anderen Potenz und gegründet nur auf den eigenen Machtbesitz und den souveränen Herrscherwillen Friedrichs I. Dem Dienste dieser Idee widmete er die Waffen, welche sein scharfer Geist, seine diplomatische Gewandtheit, seine politische Mührigkeit der Geschichte, dem Naturgesetz, dem Staats- und Völkerrecht so reichlich entnahmen. Und dieses alles hat der Jünger Loyolas für das preußische Königtum gethan, lange bevor protestantische Panegyriker, wie Ludewig (1703) die gleichen Fragen in kontroversistischer Weise behandelten. Ein Jesuit war es, welcher beim Kaiser zu Wien die Sehnsucht des Hohenzollern nach der Krone vortrug, empfahl und erfüllte, als der brandenburgische Gesandte wie auch die von diesem gewonnenen österreichischen Staatsmänner den schicklichsten Weg zum Throne für den bisherigen Kurfürsten von der Mark weiter zu bahnen außer Stande waren. Haben so die Jesuiten durch ihre vorhergehende Thätigkeit an den Höfen zu Wien und zu Warschau dem preußischen Königtum als Geburtshelfer gedient, so haben sie es auch nachher sorgsamst gepflegt. Sie verhalfen ihm zur Anerkennung durch Stände des deutschen Reiches, durch die Fürsten Italiens und selbst durch das Rom so fernerückte Schweden. Ein Jesuit zumal, zumeist und zuerst betrieb den Ausgleich zwischen dem neuen Königtum und dem Papsttum, als von hien und drüben politische Fehler begangen worden, bei deren Folgen es dem ersten Träger der Krone beinahe etwas schwül zu werden begonnen hatte. Angesichts alles dessen wird man sich nicht wundern, wenn in den zahlreichen Briefen, welche der erste König von Preußen mit seinen politischen Freunden in der Gesellschaft Jesu behufs Erlangung ihrer Hilfe in Sachen der Königskrone gewechselt hat, sich Worte herzlichster Anhänglichkeit und bewunderungsvollster Ergebenheit der Jesuiten gegen den Herrscher und sein erlauchtes kurfürstliches, königliches, und heute kaiserliches Haus finden. Andererseits aber wird man auch die gnädigen Worte jener fürstlichen Dankbarkeit begreiflich finden, wozu König Friedrich I. sich so oft und wiederholt ausdrücklich bekannte. Jene Briefe aber werden wir unserer Darstellung zu Grunde legen und ihr, soweit angänglich, wörtlich oder in sinngetreuer Wiedergabe aus der Diplomatensprache einverleiben.

Die nähere Kunde von der entscheidenden Anteilnahme der einflußreichsten, scharfsinnigsten, hochherzigsten und uneigennützigsten Jesuiten ihrer Zeit an der Errichtung des preußischen Königthrones für das Herrschergeschlecht der Hohenzollern ist indessen noch zu wenig Gemeingut des deutschen Volkes geworden. Weder in der Erregung bei Beratung des Jesuitengesetzes vom Jahre 1872 zur Ausweisung aus, noch in der Frage über Rückkehr des berühmten Ordens nach Deutschland haben die einschlägigen Thatsachen Erwähnung und Bewertung gefunden. Damit aber geschieht einmal der Würdigung der gesamten heute so glänzenden Machtentwicklung des Herrscherhauses an der Spitze Deutschlands ein ungebührlicher Abbruch. Sodann aber werden so selbst bessere und maßgebende Geister der Nation zu einer Haltung verleitet, welche weder den Gesetzen historischer und nationaler Dankbarkeit, noch

auch der politischen Klugheit ganz entspricht. Im Besitze der näheren Kunde dessen, was die vorliegende Schrift ausführlich darbietet, hätten sich, wie unlängst geschehen, unmöglich Mitglieder eines weitverzweigten Bundes in unserem Vaterlande bereit finden lassen, in einer Vorlage für Bittschriften an den Kaiser in der Jesuitenfrage den Satz vorzuschlagen:

„Der Jesuitenorden hat noch überall, wo er zu Macht und Einfluß kam, Verfall und Zerrüttung angerichtet; daß er irgendwo dauernden Segen gestiftet, davon weiß die Geschichte nichts.“ (S. Entwurf des Ausschusses für eine Bittschrift an Seine Majestät Kaiser Wilhelm II. gegen die Jesuiten. (Germ. 5. Jan. 1892, I. Blatt.)

Ebenso wenig würde die Zahl der Bittschriften an den deutschen Reichstag gegen die Zulassung der Jesuiten ins deutsche Reich die hohe Ziffer von 15136 mit 1125000 Unterschriften erreicht haben, falls man den Unterzeichnern vorgehalten hätte, wie viele Bittbriefe ehemals der erste König von Preußen an Jesuiten behufs seiner Rangerrhöhung entsandte. Wäre letzteres mehr bekannt, so hätte man auch erkannt, daß die Bewegung gegen die Jesuiten eine so wenig angemessene Bethätigung nationaler Dankbarkeit gegen den Orden bezeichnet, dessen einflußreichste und berühmteste Mitglieder ihrer Zeit die preußische Königskrone so fest und haltbar schmieden halfen.

Gänzlich war zwar niemals unter preußischen Geschichtsschreibern das Gedächtnis an die entscheidende Mitwirkung der Jesuiten bei der Erhebung Preußens zum Königreich verschwunden. Kein Geringerer als Friedrich II. hat es vor rund 150 Jahren uns als eine (von ihm übrigens nicht geteilte) Ueberlieferung des Berliner Hofes aufgezeichnet, daß dem Kurfürsten Friedrich III. die Idee zur Erringung der Königskrone für sein Haus von dem Jesuiten Karl M. Bota in Warschau eingegeben worden sei. (Fréd. le Gr., Oeuvres I. p. 101.) Auch macht Friedrich II. die erste Mitteilung aus den Archiven über ein von Jesuitenhand darin befindliches Aktenstück in Sachen der Königsfrage. Rund fünfzig Jahre später 1799 hören wir von Friedrich Nikolai („Neue Berl. Monatschrift“ 1799) es habe sich lange „eine dunkle Idee verbreitet“, und sei „in mehreren gedruckten Büchern obgleich ganz unbestimmt angeführt, daß die Sache durch einen Jesuiten P. Wolff (Friedrich von Lüdinghausen, genannt Wolff) zu Stande gebracht worden.“ Nikolai als der zweite gab auf Grund von Erinnerungen aus einer Beschäftigung im preußischen Archiv einige wenige weitere aber verwirrte und dazu teilweise auch ganz unrichtige Vorstellungen über den vorhandenen Aktenbestand von Jesuitenhand in der Krönungsfrage. Indessen beschränkte sich auch lange noch nach Nikolai die Kenntnis der Sache zumeist auf den Namen des einen oder anderen der in Frage kommenden Jesuiten. Nur die Verwechslung einer Chiffre bei Lesung einer wichtigen Gesandtschaftsdepeche, wodurch P. Wolff in Wien zunächst und unmittelbar in die Sache hineingezogen wurde (Näheres darüber weiter unten!), fand als Merkwürdigkeit hin und wieder noch einen Platz.

Aber außerhalb des Bereiches der stets so geringen Zahl der Kenner der Krönungsakten in den Staatsarchiven wurde die Thätigkeit der Jesuiten für die neue Krone selbst noch tief im 19. Jahrhundert vielfach für unglaublich angesehen. Ehedem vor Nikolai hatte ein Ordensrat König darüber sich geäußert: „So gut sich diese Anekdoten hören lassen, und der menschlichen Neigung für das Unerwartete angenehm sein mögen, so finden sich bis jetzt davon keine überzeugenden Beweise, daß sie wahrhaft sind, selbst nicht in den schriftlichen Verhandlungen dieser Zeit, welche die Archive bewahren.“ Noch nahezu an zwei Jahrzehnte nach Nikolai schrieb der vaterländische Geschichtsschreiber Horn, die Anekdote, „daß zuletzt doch nur der P. Wolff, Reichwater (?) und Liebling des Kaisers, denselben vermocht habe, in Friedrichs Wunsch einzugehen,“ sei „weder zu bejahen noch zu beneinen“. Erst patriotische Historiker der späteren Jahrzehnte unseres Jahrhunderts haben Nikolai's freilich höchst ungenügende, mangelhafte, und einseitig gefärbte Erinnerung weiter verbreitet und teilweise auch nach eigener Einsicht von Akten ergänzt. Dies geschah aber durchgängig ohne Zuhilfenahme und ohne Berücksichtigung der sämtlichen einschlägigen Stücke. Andererseits geschah es wieder in einer Form und Beleuchtung, welche ebenso wenig, wie den Umfang, die Art und die Mittel der Mitwirkung der Jesuiten zur Errichtung des Königsthrones für das Haus Hohenzollern, wohl aber ein gewisses Mißbehagen an jener Thätigkeit und jenen Verdiensten der Jünger Poholas erkennen lassen.

Ein Buch mit dem auffallenden Titel, wie das vorliegende, so gerecht er ist, wird daher vielfach noch Ueberraschung und Staunen entlocken. Namentlich würden diese Gefühle gerechtfertigt sein bei der Erwägung, daß so unumstößliche und höchst wichtige Thatsachen, wie sie hier ausführlicher mitgeteilt werden, und welche mit ebenso ehernen wie ehrenden Lettern in jedem Abriß vaterländischer Geschichte angegeben sein dürften, so lange Zeit fast ganz der größeren Oeffentlichkeit vorenthalten blieben. Man muß es daher mit höchstem Danke begrüßen, daß in unserer Zeit die Königl.-Preussischen Staatsarchive auch in Betreff dieses Teiles patriotischer Geschichte aufgethan worden sind. Aber auch noch in unserer Zeit hat der Herausgeber seinen bezüglichen Publikationen eine Art Entschuldigung vorausschicken zu müssen geglaubt mit der Bemerkung:

„Es wird keiner Rechtfertigung bedürfen, wenn ich den Schriftwechsel der beiden Jesuiten Bota und Wolff, soweit er sich im Geheimen Staatsarchiv befindet, und irgend welche Beziehungen zu den preussischen Verhältnissen enthält, vollständig mittheile.“ (Siehe: „Publikationen aus den Kgl. Preuss. Staatsarchiven 1878“. I. Bd. S. 447).

Man würde diese Anmerkung kaum verstehen, wenn man sich nicht erinnerte, daß im Jahre 1878 zur Zeit der Publikation der Korrespondenz des ersten preussischen Königs mit den in Rede stehenden Jesuiten, P. Bota am polnischen Königshofe zu Warschau und P. Wolff am Kaiserhofe zu Wien,

erst wenige Jahre verflossen waren, seitdem der ehemalige Reichskanzler und Präsident des preussischen Staatsministeriums den Jesuitenorden aus dem deutschen Reiche zu verweisen zugelassen und der Reichstag dementsprechend beschlossen hatte.

Die in Rede stehenden „Publikationen“ haben seitdem, wie es scheint, trotz ihres reichen Inhaltes zur Aufklärung und Beherzigung wenig Beachtung und Ausbeutung für die Oeffentlichkeit gefunden. Dieselben sind bei ihrem Erscheinen von der Kritik sogar sozusagen der Nichtbeachtung empfohlen worden.

In der „Zeitschrift für Preuß. Geschichte und Landeskunde“ (16. Band 1879. S. 544) wurde eine Stimme (gez. D.) laut, welche die Kenntnismahme der betreffenden Urkunden gar schwierig und abschreckend darzustellen beliebte.

„Wie viele Wißbegierige allerdings diese Urkunden alle wirklich lesen werden ist eine Frage, die sich der Autor von vornherein selbst gestellt und beantwortet haben wird. Unter den 2 $\frac{1}{2}$ Millionen Einwohnern, die Preußen am Schluß der behandelten Periode (1640—1740) hatte, befanden sich 100000 Katholiken, das ist minimal. Nun soll keineswegs behauptet werden, daß das Interesse eines Gegenstandes durch seinen Umfang bestimmt wird, besonders hier, wo ja nicht nur das Verhältnis des Landesherrn zu seinen katholischen Unterthanen, sondern auch zur katholischen Kirche als auswärtige Macht behandelt wird; immer aber ist das Verhältnis Brandenburg-Preußens zur katholischen Kirche gerade in dem Jahrhundert 1640—1740 ein Gegenstand minderen Interesses. Autor muß sich also von vornherein darauf gefaßt machen, daß sein Buch dem Gebildeten fremd bleiben wird, weil ihn, so vortrefflich die darstellenden Teile geschrieben sind, die Masse der Urkunden abschreckt.“

Vielleicht aber erschöpft der „seiner Vortrefflichkeit wegen“ gerühmte „darstellende Teil“ der „Publikationen“ den Inhalt der die Königsfrage mitteilenden Urkunden nur zum kleineren Teile. Dies zu vermuten genügt der Hinweis darauf, daß von den zahlreichen Botta'schen Stücken hauptsächlich nur die Denkschrift aus dem Herbst 1700, und diese in nicht ganz zutreffender Weise, ausgebeutet worden. Dadurch allein aber wird man der so eifrigen, selbstlosen und gefahrvollen Thätigkeit des P. Botta in Polen und anderswo schwerlich ganz gerecht.

Soviel ist allerdings richtig, daß es selbst nicht eines jeden Gebildeten Sache ist, dicke Nachschlagewerke von Akten und fremdsprachige Urkundenbestände zu Rate zu ziehen. Selbst der kürzere und deutsch geführte Briefwechsel König Friedrichs I. mit P. Wolff zu Wien leidet an jener Unzugänglichkeit für das weitere Publikum mit. Wieviel mehr denn jener ungleich wichtigere und umfangreichere, welchen derselbe König in französischer Sprache mit dem P. Botta S. J. am polnischen Hofe zwecks Erlangung der Königswürde unterhielt?

Trotzdem aber dürften weite Kreise des deutschen Volkes recht wißbegierig danach sein, was denn jener edle erste Hohenzollernkönig in seinen Briefen an Jesuiten niedergelegt, und welche Antworten ihm unter dem Jesuitenzeichen „I. H. S. — S. J.“ (Urk. 325) zu Teil geworden sind.

Was in dieser Beziehung gegen das Interesse unseres Volkes und sein historisches Selbstbewußtsein vielleicht gesäumt worden, das soll in Folgendem durch Ausbeutung des reichen Stoffes, welcher in jener so wichtigen und denkwürdigen Korrespondenz dem weiteren Publikum, wie auch den Gebildeten unerschlossen in den Archiven und dann in dicken Urkundenbüchern sich verbarg, in etwa nachgeholt werden.

II.

Der Berliner Hof und die politische Lage vor dem Ringen um die Krone.

„Von Ihren Ministris hätten ja Ihre Majestät billig in einer so schweren und großen Unternehmung die meisten und besten Dienste haben sollen. Man kann aber mit Wahrheit sagen, daß Sie von denenselben gänzlich darin verlassen worden.“

Excellenz Frhr. v. Algen in seiner Denkschrift (418).

Von alters her waren die Augen der Hohenzollern auf hohe und höchste Ziele gerichtet. Bereits Joachim I. (1499—1535), der deutsche Nestor, hatte seinem Hause die Königskrone und selbst die höchste Würde in der Christenheit in Aussicht gestellt, welche dann keine andere als die kaiserliche oder päpstliche sollte sein können. (Abel, Preuß. und Brandenburgische Staatshistorie 1710 S. 111). Der Große Kurfürst Friedrich Wilhelm (1640—1688) zuerst schuf die Macht, welche einen Anspruch auf die Königswürde begründen konnte. Auch fehlte es schon unter ihm keineswegs an Strebungen nach dem königlichen Szepter für die Hohenzollern. Die brandenburgischen Gesandten erhielten von ihm stets die Weisung, an allen Höfen und bei allen Verhandlungen auf Gleichstellung mit den Abgesandten der königlichen Machthaber Europas zu dringen. Es war das keine bloße Streitigkeit um Rang und Form, vielmehr um Macht und Einfluß. Denn ohne jene Gleichstellung wurden eben die brandenburgischen Gesandten auf Schritt und Tritt durch die Fuzangeln der Etikette in Erreichung ihrer Ziele gehemmt. Dieses Streben des großen Kurfürsten selbst aber blieb erfolglos; um so dringender mußte der Wunsch in der Hohenzollernndynastie reifen, die Königskrone selbst und damit ihre Vorteile und einen Riesenvorsprung in der Weiterbildung ihrer Macht zu erringen. In den Verhandlungen vom Jahre 1686 zwischen dem Großen

Kurfürsten und dem kaiserlichen Abgesandten Baron v. Frydag über die Schwiebuser Angelegenheit*) wurde die Sache zur Sprache gebracht, ohne daß österreichischerseits eine Versicherung gegeben wurde (Droysen, Geschichte der preuß. Pol. 4, 1. Ann. 162). In den letzten Tagen des großen Kurfürsten fanden dann noch zwischen diesem und seinem Sohne geheime Verhandlungen über ein „großes Dessen“ statt, welche vermutlich sich um die Erringung der Königskrone drehten. Unzweifelhaft war so der Gedanke, daß gerade dieser Sohn des Großen Kurfürsten, als sein Nachfolger in der Kurwürde Friedrich III., König werden sollte, beim Hingang des ersteren aus dem Leben und beim Regierungsantritt des letzteren im Jahre 1688 kein ganz unerwogener mehr. Selbst schon in der ersten Lebenszeit des neuen Kurfürsten waren bezügliche Anspielungen gefallen. Friedrich war am 11. Juli 1657 zu Königsberg in Preußen, kurz nach der Erringung der Souveränität über dieses Herzogtum, seinen Eltern geboren, welche beide sich eben dort aufhielten. Der Dichter Simon Dach huldigte ihm sofort als einem künftig regierenden Fürsten, obgleich ein älterer, zuerst erbberechtigter Bruder vorhanden war. Und ein anderer Dichter, Bödiker mit Namen, sang auf Friedrichs Geburt:

„Wie kommts, daß Königsberg in Preußen
Soll Friederichs Geburtsstadt heißen?
Dieweil die Musen prophezeihn:
Prinz Friedrich wird hier König sein!“**)

Bald nach Friedrichs Regierungsantritt waren in Polen Gerüchte verbreitet, der neue Kurfürst werde sich zum Könige machen. In den brandenburgischen Landen selbst waren Andeutungen vom nahenden Königtum bei Festrednern, Dichtern und Emblematikern sehr im Schwange.

Bald genug kam auch der Plan „das große Dessen“ des Kurfürsten zur Erwägung seiner Räte: Eberhard von Dankelmann, Fuchs und Meinders. Dieselben erklärten nach gemeinsamer Beratung die Absicht für unausführbar. Einer der Geheimräte hielt es für „eine pur lautere Unmöglichkeit, die königliche Würde beim Kaiserhof suchen zu lassen.“

*) Im Jahre 1675 war das mit dem Brandenburgischen Kurhause erverbrüdete Herzogliche Geschlecht von Liegnitz, Wohlau, Brieg und Jägersdorf ausgestorben. Kaiser Leopold ließ die Herzogtümer als erledigte Lehen in Verwaltung nehmen. Der große Kurfürst hatte gerade gegen Schweden alle Hände voll zu thun. Im Jahre 1786 kam die Angelegenheit zum Ausgleich. Friedrich Wilhelm nahm von dem kaiserlichen Gesandten, Baron v. Frydag, das Angebot des Kreises Schwiebus für den Verzicht auf obige Fürstentümer an. Gleichzeitig verpflichtete sich der Kurprinz gegen den Beistand des Kaisers in den Erbverhältnissen seines Hauses durch geheimen Revers, diesen Kreis später wieder herauszugeben, was auch im Jahre 1694 geschah. Die Angelegenheit gab Friedrich II. bekanntlich den Anlaß zu den schlesischen Kriegen.

**) Vergl. Paulig, Friedrich I., König von Preußen 1886 S. 4 und Horn, Friedrich I. 1816 S. 125. Original in Latein:

„Nascitur in Regis Fredericus monte, quid istud?
Praedicunt Musae: Rex Fredericus erit.“

„Von Ihren Ministris“, so heißt es in Flgen's mehrfach genannter Denkschrift, hätten ja S. M. billig in einer so schweren und großen Sache die meisten und besten Dienste haben sollen. Man kann aber mit Wahrheit sagen, daß Sie von denenselben gänzlich sind verlassen worden“. Einige von denselben, denen befohlen worden, auch die Hand anzulegen und ihr Gutachten abzugeben, widerrieten auf alle mögliche Weise, etwas deshalb vorzunehmen. Sie gaben vor, die politische Lage sei nicht dazu angethan, sodaß man genugsam daraus entnehmen konnte, „wie sie die Sache für unmöglich hielten“, oder die Mühe und Unruhe fürchteten, „in welche man sich durch Ausarbeitung eines so großen und ungewöhnlichen Dessenins setzen würde.“ Andere wieder konnten der Absicht kaum eine ernste Seite abgewinnen und vermeinten, der Kurfürst habe sich in einen Plan hineinziehen lassen. Als dann dennoch die Verwirklichung desselben in allem Ernst und Eifer betrieben wurde, bestand in Hofkreisen der Wunsch, die Sache möge nicht gelingen. Auch solche, welche ursprünglich mit Hand anlegten, zogen sich bald zurück und wollten weiter nichts mehr mit der Sache zu thun haben zu nicht geringer Besorgnis des Kurfürsten und seiner nächsten und vertrautesten Umgebung „vor einem schädlichen und schimpflichen Ausschlag.“ (Urk. 418 S. 548 f.)

In der That stellten sich die Schwierigkeiten der politischen Lage haufenweise, ja berghoch auf dem Wege zum Throne dem Kurfürsten entgegen. Von Frankreich u. a. ganz abgesehen, waren selbst die protestantischen Mächte England, Holland, Dänemark und Schweden keineswegs von des Hohenzollern Beginnen sehr erbaut. Wilhelm III., der Dranier, selbst näher Blutsverwandter Friedrichs, zu dessen Beförderung auf den Thron von England letzterer so wesentlich beigetragen, hatte ihm auf der Promenade zu Kleve 1696 gesagt: er glaube, daß die Mittel des Kurfürsten zur Königswürde nicht hinreichten, aber wenn der Kaiser sie ihm zugestehe, werde er nicht dagegen sein. Bei dem ernstlichen Ringen um die Krone 1700 lehnte er einmal jede Mitwirkung rund ab und sprach den Wunsch aus, der Kurfürst möge den Plan, König zu werden, überhaupt aufgeben.

Die Absicht Friedrichs, die Königskrone auf sein Haupt zu setzen und sie auf sein Herzogtum Preußen zu widmen, erforderte aber vor allem die Zustimmung der zwei katholischen Herrscherhöfe zu Warschau und Wien, des Königs von Polen und des Kaisers in deutschen Landen. Die des ersteren erschien notwendig wegen der historischen und noch bestehender vertraglichen Beziehungen des Herzogtums Preußen, welches Stammland des neuen Königthums werden sollte, zu Krone und Republik von Polen. Die Anerkennung des Kaisers sodann war wesentlich, einmal wegen seiner Macht als Nachbar, dann durch seine Ueberordnung im Reiche. Zudem erschien sie nach dem noch geltenden völkerrechtlichen Grundsatz, wonach nur einer der Träger der höchsten Schwert in der Christenheit, Papst oder Kaiser, königliche Würde verleihen könne, geradezu notwendig. Durch den Papst sie zu erlangen, schloß man ja von vornherein aus. Materiell und in erster Linie war man daher auf die Zustimmung Polens,

formell auf jene des Kaisers angewiesen. Gutes Wetter für den Brandenburger in Wien wie in Warschau war also Grundbedingung des Erfolges für das Hohenzollern'sche Königtum. An beiden Orten vermittelten es die schon genannten Jesuiten.

Näherhin beruhte die historische und vertragliche Beziehung des herzoglichen Preußen zu Polen in der ehemaligen Zugehörigkeit des ersteren zu letzterem. Dieselbe war erst vor fünfzig Jahren durch Friedrichs III. Vater in den Verträgen zu Labiau 1656, Wehlau 1657 und Oliva 1660 gelöst und durch die Souveränität der Hohenzollern ersetzt worden. Dabei war eben bestimmt worden, daß das jetzt souveräne Herzogtum Preußen im Falle des Aussterbens des Hohenzollerngeschlechtes wieder an Polen übergehen sollte. Noch bei der Huldigung der preußischen Stände an Friedrich III. am 23. Mai im Jahre 1690 zu Königsberg waren die Abgesandten Polens mit zugegen und empfingen für Polen noch den Huldigungsseid im Falle. So stand Polen immerhin noch eine gewisse Anwartschaft auf Preußen zu. Es war daher zu besorgen, daß in Polen ein preußisches Königtum als eine Minderung oder wenigstens Gefährdung jenes Heimfallrechtes angesehen werden könnte. Selbst für den Besitz des noch unter polnischer Herrschaft verbliebenen preußischen Gebietes konnten Besorgnisse rege werden, wie es dann auch geschehen ist. Bezügliche öffentliche und diplomatische Einsprüche seitens Polen erschienen daher gefährlich. Das freilich nicht sowohl wegen des Widerspruches der Polen selbst, bei denen es „mehrenteils bei den starken Worten zu bleiben und der Effekt davon nicht allemal so gar gefährlich zu sein pflegt.“ Wohl aber hätte ein lautes Widerstreben der Polen, „wenn sie großen Lärm deshalb machten“ — und das hätte nach der dortigen Verfassung infolge des „Liberum Veto“ der vorherige Einspruch eines einzigen Reichstagsmitgliedes zu Wege gebracht —*) die alte Abhängigkeit des Brandenburgischen Preußen von Polen und den Vorbehalt des Rückfalles durch ganz Europa in lebendige Erinnerung gerufen.

*) Das alte Polen war von 1572 an bis zur 3. Teilung 1793 eine aristokratische Republik mit einem Wahlkönig an der Spitze. Alle Gewalt ruhte in den Händen des Adels, der allein das Volk auf den Reichstagen vertrat. Der Bürgerstand war von denselben ganz ausgeschlossen, und außer dem König bestanden sie nur aus dem Senat, zu dem die Bischöfe, die Wojwoden (lebenslängliche Statthalter der einzelnen Landschaften), die Kastellane und die zwölf höchsten Staatsbeamten gehörten, und aus den Landboten (nuntii terrestres), den Repräsentanten des Adels, die von jeder Wojwodenschaft in einer gewissen Anzahl entsendet wurden. Der Reichstag war entweder ein ordentlicher oder außerordentlicher, oder auch ein solcher, der während eines Interregnums wegen der Königswahl oder Krönung gehalten wurde. Die ordentlichen Reichstage wurden vom König ausgeschrieben und alle zwei Jahre zweimal hintereinander in Warschau, dann das dritte Mal in Grodno gehalten. Während bei Geldsachen die Mehrheit der Stimmen entschied, war in Staatssachen Einhelligkeit derselben erforderlich, so daß ein einziger Landbote durch seinen Einspruch (das „Liberum Veto,“) den ganzen Beschluß ungültig machen konnte.

Dadurch hätten auch der Kaiser und andere Mächte, deren Zustimmung und Anerkennung vor Annahme der Krone man gewiß und sicher sein wollte, widerwilliger gestimmt und abspenstig gemacht werden können. Aber auch der polnische König selbst mußte, wenn er überhaupt auf das Begehren Friedrichs einging, die Gelegenheit recht günstig finden, politische Vorteile herauszuschlagen. Wie die Ereignisse zeigten, wollte August III. für seine Förderung der Absicht Friedrichs dessen Bundesgenossenschaft im nordischen Krieg und andere Vorteile für sich ausbedingen. Es hielt in der That dann schwer, den König von Polen zu der zu größerer Sicherheit verlangten schriftlichen Verbindung zu bringen und ihm dennoch von allen seinen Forderungen nichts einzuräumen, was den Interessen des Kurfürsten Abbruch that. „Gott hat aber doch,“ so schreibt der Staatsrath Ilgen 1704 in der genannten Denkschrift, „die Gnade gegeben, daß man die begehrte Versicherung so vollkommenlich und wohl verkläuulirt, als man es nur verlangen konnte, von dem König in Polen erhalten und demselben nichts dagegen versprochen“, als daß (wie es ohnehin das eigene Interesse und die politische Lage erforderte) Brandenburg neutral bleiben und dem Polenkönig den Truppeneinzug von Sachsen nach Polen und umgekehrt durch das brandenburgische Gebiet von Crossen gestatten wolle. Das Werkzeug Gottes für die Gewinnung der Zustimmung Polens aber war der Jesuit Vota.

Aber auch am Kaiserhofe zu Wien hatte Friedrich III. bei seiner Kronwerbung auf die Forderung politischer Gegenleistungen gefaßt sein müssen. „Daß der kaiserliche Hof große und dem Hause Brandenburg nicht wenig beschwerliche Avantagen und Vorteile vor sich würde bedingen wollen“ — das nahm man am Berliner Hofe aus dem gleichen Verhalten bei Erhebung Hannovers zur Kurwürde ab. Dabei hatte Hannover sich zu folgenden Gegenleistungen verpflichtet: 500000 Thlr. bar, 2000 Mann Soldaten beständig zu des Kaisers Diensten, Zulassung des katholischen Gottesdienstes, Zuwendung der Kurstimme bei allen Kaiserwahlen auf einen habsburgischen Prinzen. „Hätte man es nun fremde und unbillig finden können“, fragt darum Ilgen, „wann eben dergleichen Conditiones bei Auswirkung des Kaisers Anerkennung für die preußische Krone demselben wären eingeräumt worden; und wäre es nicht verantwortlich gewesen, wenn man eine königliche Krone auch schon um einen höheren Preis als einen Kurhut erworben hätte? Es ist auch nicht zu leugnen, daß das kaiserliche Ministerium die Saiten hoch genug gespannt, absonderlich wurde der Punkt der Religion sehr hart getrieben Von welchem allem aber nicht das Geringste eingeräumt, noch sonst etwas versprochen und bewilliget worden, so der evangelischen Religion zum Nachtheil und der katholischen zum Gewinn gedeihen könnte. Und hat man sich dessen billig um so viel mehr zu verwundern, weil dieses negotium an den kaiserlichen und königlichen polnischen Höfen **hauptsächlich** durch Jesuiten (!) geführet werden müssen, welche sonst dergleichen Gelegenheiten, wovon ihre Religion und ihre Sozietät profitiren kann, nicht unbenuzt pflegen vorübergehen zu lassen.“ (418.)

III.

P. Friedrich Baron v. Lüdinghausen, gen. Wolff, S. J.

„Ich habe handgreiflich verspüren müssen, daß die Weigerungen, womit er (P. Wolff) alle Geschenke gleichsam von sich gestoßen, aus einem wahrhaftig desinteressirten Gemüth entspringen. Maassen er dann auch beständig darauf beharret, daß G. K. M. ihn nicht erfreuen, sondern vielmehr äußerst betrüben würden, wenn Sie ferner in ihn dringen ließen, viel oder wenig an Geld oder Geldeswerth zu empfangen. Er würde es doch in Ewigkeit nicht thun.“

Der brandenburgische Gesandte v. Bartholdi in Wien an König Friedrich I. am 29. Januar 1701. (373).

P. Friedrich Baron v. Lüdinghausen, „eine der geheimnißvollsten und einflußreichsten Persönlichkeiten des 17. Jahrhunderts“, war ein Mann von lebendigem Geiste, ernsten und sichern Blickes sein Ziel verfolgend, fein und gewandt und leichtbeweglich. Er war in allen Kreisen der Gesellschaft geliebt und gefürchtet, durch seine Gegenwart die Gemüther beherrschend, ein genau und klug berechnender Berater, von erstaunlicher Arbeitskraft und rastloser Thätigkeit. Er war ein unermüdlicher und glücklicher Friedensstifter in dem Lager seiner Fahne, die widerstrebendsten Kräfte zum gemeinsamen Stoße wie im Spiele vereinigend. Er war ein feiner und zäher Diplomat, dessen Einfluß auf den Gang der Politik schon allein durch seinen Anteil an der Erhebung Preußens zum Königreich gekennzeichnet, aber nicht erschöpft wird, nie wankend in der Ueberzeugung, daß er der Wahrheit des Christentums diene, in Allem selbstlos und alles eigenen Interesses baar die Ehre Gottes und das Heil der Mitmenschen, der Andersgläubigen so gut wie der Katholiken suchend.*) Er entstammte einem alten westfälischen Dienstmannengeschlechte aus dem Münsterischen, welches sich geschichtlich bis in die letzte Hälfte des 12. Jahrhunderts zurück verfolgen läßt. Im Jahre 1161 finden wir einen Heinrich von Lüdinghausen aus dem Stifte Münster zum Rat nach Lübeck berufen. Ein Jakob v. Lüdinghausen wird im Jahre 1188 unter den Wohlthätern von Dreizehnlinden (Stift Corvei) genannt. In Urkunden von 1193 und 1197 erscheint Herrmann von Lüdinghausen als Domherr von Münster. Später blühen Zweige des Geschlechtes im ganzen Norden. Einer davon wandte sich im 15. Jahrhundert nach Kurland und heute noch glänzt das Geschlecht derer v. Lüdinghausen in Preußen. Mitglieder davon zieren die Reihen des preußischen Adels und der

*) Vergl. G. J. Reinkens: „Die Universität zu Breslau“ 1861 S. 36 ff.

preußischen Armee. Noch bei der letzten Ordensverkündigung vom 18. Jan. 1892 wurde ein Freiherr v. Lüdinghausen, gen. Wolff, Hauptmann im 2. Garderegiment zu Fuß mit dem Rothen Adlerorden IV. Klasse ausgezeichnet.

Unser Friedrich von Lüdinghausen, gen. Wolff, der berühmte Jesuit, gehörte dem kurländischen Zweige des alten Westfalengeschlechtes an. Er wurde geboren am 16. Oktober 1643 zu Dünaburg in Livland und starb am 17. April 1708 zu Breslau im dortigen Jesuitenkolleg. Seine Erziehung genoß er am Hofe des Polenkönigs Johann Kasimir. Mit 16 Jahren (13. Dez. 1659) trat er in den Jesuitenorden. Nach vollendeter Ausbildung wurde er als Lehrer in allen höheren Zweigen des Wissens im Orden verwendet. Er galt bald als einer der scharfsinnigsten, gelehrtesten und gewandtesten Männer des Ordens und wurde mit wichtigsten Aufgaben betraut. Er trat auf als begeisterter Redner und Prediger gegen die Türken, als gelehrter Schriftsteller (u. a. verfaßte er eine Erklärung zur hl. Schrift), als geschickter Organisator des höheren Unterrichtes und Gründer der Universität Breslau. An ihr versah er selbst auch zweimal das Rektorat und das Kanzleramt. Er war im großen Türkenkriege von 1683 bei der Verteidigung von Wien thätig und selbst Führer eines Verteidigungscorps auf der Donau. Im Türkenkriege von 1794 stellte er in Ungarn die im Christenheere unter den Feldherren gestörte Einigkeit durch sein persönliches Erscheinen und Eingreifen in Kurzem wieder her. Damals wurde er Freund des jungen Kurfürsten von Sachsen, späteren Königs August.

Am Hofe Leopolds des Großen (1663—1705) zu Wien bekleidete unser P. Wolff den Rang eines kaiserlichen Kastellans und Wirklichen Geheimrates. Er wurde vertrautester und einflußreichster Berater des Kaisers, ohne den nichts entschieden wurde, demgegenüber sämtliche andern Geheimräte ohnmächtig waren. Er vermochte aber auch sogar als Finanzmann dem letzteren zu helfen, wo Andere rat- und thatlos waren, und war namentlich auch die Triebfeder der sieggekrönten österreichischen Politik im spanischen Erbfolgekriege (1701—1714).

Der Geschichtschreiber Rinz, welcher ein Leben des Kaisers Leopold bald nach dessen Tode herausgab, schildert bei Vorführung der „Porträts“ der Staatsmänner Leopolds den P. Wolff in folgender überaus ehrenvoller Weise:

„Der P. Wolff. Die Jesuiten sind exempt von allen großen Chargen. Dieser aber ist wert, daß man ihn über die vornehmsten Minister setzet. Er war des Kaisers Vergnügung, weil sein annehmlicher Umgang diesem Potentaten manche Stunde fröhlich machte. Er war wirklicher Geheimer Rath und von einer solchen Penetration (Scharfsinn), daß er die heilsamsten und zuverlässigsten Consilia (Ratschläge) zu geben fähig war. Er hat dem Kaiser am allermeisten mit dem jezigen Kriege raten helfen, da doch der größte Teil der geheimen Räte solchen zu unternehmen für gefährlich hielten. Der Sachen glücklicher Fortgang hat bewiesen, wie begründet sein Consilium (Rat) war. Die Jesuiten sind gemeiniglich im Verdacht, daß sie eigennüßig

seien. Wenn der ganze Orden so beschaffen ist, wie dieser, so giebt's nichts Großmütigeres und Freigebigeres auf der Welt. Er weiß seine Wohlthätigkeit nach den Regeln des Christentums einzurichten, so daß er Katholischen und Unkatholischen, eben wie es das Evangelium verlangt, Gutes erzeiget. Und also erfordert die Gerechtigkeit, daß man überall Gutes von ihm redet. Dazu haben große Herren absonderlich Ursache, die sich öfters seiner bedienten, um ihr Anliegen beim Kaiser annehmbar zu machen. Denn es ist keine große Verhandlung in seiner Anwesenheit zu Wien vor sich gegangen, ohne daß er dabei beteiligt war. Er ist von einer alten und edeln Herkunft aus Westfalen und sein Ursprung haftet ihm dergestalt an, daß er in dem letzten Türkenkriege ungeachtet seines geistlichen Standes viele Proben eines edeln und unerschrockenen Herzens ablegte. Er hat selbst die Leitung einer kriegsrißchen Abteilung auf der Donau geführt, wie er denn auch ein gewisses Armament auf der Donau in seiner Aufsicht und Veranstaltung gehabt. Ungeachtet der Wohlthaten, die er allen Religionsverwandten als ein Christ erweist, ist er doch seinem Glauben so treu, daß er auf alle Weise sucht, die Kirche mit neuen Seelen zu vermehren, wie er denn schon viele geschickte Proben davon abgelegt hat". Dr. Kinc: „Leopolds des Großen Leben und Thaten“ Köln 1713. I. 282.

Mit den Hohenzollern und zwar mit dem Großen Kurfürsten war P. Wolff schon im Jahre 1686 in Verbindung getreten. Damals war er als Geistlicher des österreichischen Gesandten Baron v. Frydag gekommen und hatte sich bald die Gunst des Berliner Hofes erworben. Eine Anspielung des großen Kurfürsten auf Errichtung eines Jesuitenkollegs in Berlin lehnte er in Würdigung der Lage, mit den Worten ab: „Gnädiger Heer, da müßten wir mehr Engel als Menschen sein“. Er hat den Sohn des Großen Kurfürsten Friedrich als Kurprinz, Kurfürst und König gekannt, ihm gedient und so dem Hohenzollernhause bei Erreichung der Königskrone die unschätzbaren Dienste geleistet.*) König Friedrich I. würdigte dieselben nach Abschluß des Kronvertrages vom 16. Novemb. 1700 in seinem Briefe vom 30. Novemb. 1700 an seinen Gesandten Bartholdi also: „Dem P. Wolff habt Ihr auch ein höflich Kompliment zu machen und ihm aufs Höchste zu danken; Denn Wir wohl wissen, daß ohne seine Assistenz und gute Offizia Wir es schwerlich soweit würden gebracht haben“. (Urk. 359).

*) Ein neuerer Schriftsteller hat den P. Wolff zum Verfasser der Lehnhinschen Weissagung machen wollen, ohne aber mit dieser „Entdeckung“ größeren Eindruck zu machen, als sie verdient.

IV.

P. Karl Moriz Vota, S. J.

„Wir befehlen Euch hiemit in Gnaden, des Königs August Majestät und dero Ministris zu hinterbringen, daß Wir wohl entschlossen wären, dem P. Vota die Inspektion über die in Unsern Landen sich befindende römisch katholische Stifter und Klöster aufzutragen, wenn Ihre Majestät denselben von sich lassen und ihm verstaten wollten, daß er zu solchem Ende sich beständig bei Uns aufhalten möchte.“

König Friedrich I. an seinen Gesandten Marschall v. Bieberstein d. d. 10. August 1709. (Urk. 468.)

P. Vota entstammte einer angesehenen oberitalischen Patrizierfamilie. Er trat in frühester Jugend in den Jesuiten-Orden ein. Im Jahre 1644 legte er die Gelübde ab und 1648 begann er seine öffentliche so fruchtbaren Wirksamkeit in den verschiedenen Ländern Europas. Er ging ganz auf im Dienste für das zeitliche wie ewige Heil der Völker und der Fürsten, des Reiches und der Kirche. Er war ein Mann von ausgezeichnetem Menschenkenntnis, Gewandtheit und Mühsigkeit. Eine Zeit lang war er Professor der Theologie, dann aber Konsultor und Mitglied der päpstlichen Nuntiatoren für Italien, Deutschland, Frankreich, Spanien, Irland, Polen, für die Moldau und Tartarei, Bessarabien, Moskowitien und Persien. Er besaß einen ganz besonderen politischen Scharfblick und ausgedehnteste politische Kenntnisse und Erfahrungen. Im Jahre 1679 erscheint er am Hofe des Herzogs Johann Friedrich von Lüneburg, kurz vor dessen Tode. Seit jener Zeit ist er in mannigfacher Beziehung zum Hause Hannover geblieben, die sich wahrscheinlich durch die Vermählung der Prinzessin Sophie Charlotte mit Friedrich III. im Jahre 1784 auch nach Berlin hin fortsetzten, wo er später eine so große Rolle für die Erringung der Königskrone zu spielen hatte. In dem Türkenkriege des letzten Viertels des 17. Jahrhunderts wurde ihm vom Papste Innocenz IX. (1676—1688) der dringliche Auftrag, unter den christlichen Fürsten die Einigkeit herzustellen und zu erhalten, welche die ränkevolle Politik Ludwigs XIV., Königs von Frankreich, zu zerstören suchte. In diesem europäisch-politischen Auftrag des Papstes und nicht in einer unerbetenen Sucht, Propaganda zu machen, sowie in dem entsprechenden Bedürfnis der Hohenzollernpolitik lagen Keim und Grund zu der politischen Annäherung und persönlichen Verbindung zwischen Vota und dem Brandenburger. (Theiner: „Herzog Albrechts Rückkehr“. Spedizione nona, S. 96.)

Votas Gewicht und Bedeutung beruhten in seiner Stellung an den Höfen zweier Könige von Polen: Johann Sobieski (1673—1697) und August II.,

(1697—1733), der zugleich Kurfürst von Sachsen war. P. Bota war im Jahre 1682 von Johann Sobieski berufen, wurde dessen Beichtvater und bald einflußreichster Berater, sowie vertrautester Gesandter. Er befand sich daher bald in Warschau, bald am Ufer des Dniestr, bald in Rom, Neapel und Wien, bald in Johannesburg, Danzig, Königsberg und Berlin. Kaiser Leopold bezeugt von ihm bei vielfachen Anlässen, daß gerade ihm die Erhaltung des Bündnisses der christlichen Mächte zu danken sei. König Johann Sobieski erbat im Jahre 1690 sogar vom Papste die Erhebung Botas zum Erzbischof i. p. i., da er der geeignetste Mann sei, die schismatischen Bischöfe und Priester in Polen mit der Kirche zu vereinigen; es handele sich hierbei keineswegs um eine persönliche Belohnung für Bota, dessen Verdienste eben eine größere erheischen, sondern um den größeren und reichlicheren Nutzen seiner Mähen und Arbeiten, den er in einer Stellung als Erzbischof i. p. i. für die Kirche Gottes erziele. (Theiner Mon. Pol. et Lith. III. 724). Obgleich dieser Bitte Sobieskis nicht entsprochen wurde, gelang dem rührigen, seeleneifrigen Manne doch die Wiedervereinigung von 1500 schismatischen Pfarreien, von 3000 Adelsfamilien und 300000 Gläubigen mit dem hl. Stuhle. Im Jahre 1692 entsandte Johann III. Sobieski den P. Bota mit einer diplomatischen Mission nach Rom; er nennt den P. Bota in seinem Briefe an den Papst „den Augenzeugen seiner Handlungen“ und „den Vertrauten seines Herzens,“ welcher an Eifer für die Kirche Gottes keinem nachstehe und um das Bündnis der Mächte gegen die Türken die größten Verdienste sich erworben habe (M. a. D. III. 732.). Papst Innocenz XI. bediente sich im Einverständnis mit dem polnischen Herrscher seiner gleichfalls in den wichtigsten Angelegenheiten. Er entsandte ihn mehrere Male an die Höfe von Wien und Moskau zur Schließung und Sicherung des allgemeinen Bündnisses der christlichen Fürsten gegen die Türken.

Sobieskis Nachfolger auf dem polnischen Königsthron, Friedrich August II. Kurfürst von Sachsen, erkannte, daß er keinen würdigeren Mann für die Leitung seines Gewissens finden könne, als P. Bota. Er wählte ihn deshalb gleichfalls sofort beim Regierungsantritt 1697 zum Beichtvater, Berater und Großalmosenier. Keiner kannte die verwickelten politischen und regilösen Angelegenheiten Polens besser, als Bota. Auch des Königs August II. Verehrung erwarb sich P. Bota bald in so hohem Grade, daß jener ihm die tiefsten Staatsgeheimnisse vertraute. (Theiner: Geschichte der Zurückkehr der Häuser von Sachsen 112 ff.). Kein Staatsmann der damaligen Zeit hatte einen so großen und ausgebildeten diplomatischen Briefwechsel mit sämtlichen Kabinetten von Europa öffentlich geführt, als P. Bota. Beinahe sämtliche Herrscher, wie katholische, so protestantische beehrten ihn mit ihren Aufträgen, des ungeheuern Einflusses wegen, den er durch dreißig Jahre hindurch 1682—1713 ausübte.*)

*) P. Botas bezügliche Brieffschaften umfaßten mehrere Bände, sind aber leider, ausgenommen die in fremden Archiven erhaltenen, bei der Wegnahme

„Höchst rührig und thätig“, so schreibt u. a. der Herausgeber des französischen Briefwechsels zwischen ihm und dem Kurfürsten Friedrich III., „hatte er, der Jesuit, bei mehreren atatholischen Höfen Zutritt und Einfluß erlangt. Als ein eifriger Gegner Frankreichs — er hat in leidenschaftlichen Worten die Sklavenketten verwünscht, mit denen Europa beladen sei — erkannte er bei Zeiten, daß die Sache der Stuarts in England verloren sei, und bewog Johann Sobieski, daß er, ohne die Zustimmung des polnischen Senates und Reichstages abzuwarten, Wilhelm III. anerkannte. Dafür durfte er sich rühmen, bei dem Dranier sowohl, als bei den Generalstaaten in solcher Gunst zu stehen, daß auf seine Verwendung eine Verfolgung katholischer Missionare eingestellt wurde. Er gab sich der Hoffnung hin, den irischen Katholiken ein erträglicheres Loos bereiten zu können. Er stand vor den Tagen des Konvertiten Joh. Friedrich zu dem welfischen Hause in Beziehungen; er hat bei der Bekehrung des Herzogs Hans Ulrich seine Hand im Spiele gehabt. Er war in Moskau gewesen und hatte dort dem katholischen Kultus wieder eine Stätte bereitet. Die katholischen Missionen des Perserreiches hielten seine

des Generalarchives des Jesuitenordens mit den übrigen römischen Archiven und deren Ueberführung nach Paris durch die Franzosen in den stürmischen Zeiten der großen Umwälzung zu Ende des vergangenen Jahrhunderts verloren gegangen. Der berühmte Forscher P. Theiner hat demnach zur Zeit nur noch ganz wenige Briefe des hochverdienten Mannes im Generalarchiv der Jesuiten auffinden können, unter diesen auch vier Briefe des Kurfürsten Friedrich III. von Brandenburg. Einigen Ersatz für den unschätzbaren Verlust jener Briefe aber bietet ein unter Botas Augen während seiner letzten Lebenszeit zu Rom verfaßter Bericht über seine sämtlichen Missionen und diplomatischen Reisen. Dieser Bericht ist nach den vorerwähnten Urkunden hergestellt und umfaßt neun Abschnitte, nach der Thätigkeit P. Botas in den verschiedenen Ländern. Sie sind 1. Moskowien, 2. Polen unter Johann Sobieski, 3. Wien, 4. Venedig, 5. Rom, 6. Turin, 7. Polen unter König August II., 8. Sachsen, 9. die Missionen in Brandenburg, Preußen, Berlin, Königsberg, Johannsburg, Potsdam, und Danzig. (Theiner: Herzogs Albrecht Rückkehr u. s. w. S. 37, 42 u. 93.) Eine weitere recht fruchtbare Quelle für unsere Kenntnis der Thätigkeit Botas sind die in neuerer Zeit erfolgten „Publikationen aus den preußischen Staatsarchiven“, die wir eben dieser Schrift zu Grunde legen. Auch mit der Gemahlin Friedrichs, der philosophischen Kurfürstin und Königin Sophie Charlotte, 1. Februar 1795, hat P. Bota einen regen Briefwechsel unterhalten und wenn er am Berliner Hofe weilte, stundenlange Unterredungen mit ihr über religiöse und philosophische Dinge geführt. Man berichtet, er habe von der Herrscherin eine so große Anzahl von Briefen empfangen, daß sie einen bedeutenden Band bilden könnten. Diese Briefe aber sind leider bis auf wenige Reste gleichfalls untergegangen. Besondere Freude fand die geistreiche Dame auch daran, die Vertreter der verschiedenen Bekenntnisse in ihrer Gegenwart mit dem Jesuiten sich messen zu lassen und liebte es geschickte Querfragen in die Erörterung zu werfen. „Konnte es“, so bemerkt der Herausgeber der „Publikationen“ über die Rolle, welche P. Bota hierbei spielte, „einem denk- und redegewandten Kleriker so schwer fallen, in diesen Kämpfen Sieger zu bleiben oder doch den Anschein des Sieges zu erwecken?“

Verwendung, welche nicht erfolglos geblieben war, in dankbarem Andenken. In Polen selbst war es ihm geglückt, das Werk der Union zwischen Rom und den Bekennern der orthodoxen Kirche einen guten Schritt weiter zu bringen. Er war eifriger Fürsprecher der Allianz zwischen Polen und Brandenburg. Kurfürst Friedrich III. gewährte ihm eine Pension, bewilligte auf seine Bitte den in kurfürstlichen Landen wohnenden Katholiken manche Gunst und pflegte zu sagen: niemand auf der Welt sei so geeignet, eine Versöhnung der Protestanten mit dem heiligen Stuhle zu bewirken, als dieser Jesuit; er ließ in Wien erklären, wenn Botta, seinem Wunsche zufolge, den Kardinalshut erhielt, so würde dadurch das Mißtrauen, welches die protestantischen Mächte bisher wider den römischen Stuhl gehegt, merklich verringert und ihre Geneigtheit zu duldsamer Behandlung der Katholiken vermehrt werden“. (Publikationen S. 368 ff.)

V.

Erste Beziehungen Friedrichs III. zu P. Botta, S. J. Ihre Briefe von 1690—1695.

„(Ev. Kurfürstl. Durchlaucht Gesandter) wird Kunde geben von meinen aufrichtigen und fortgesetzten Bemühungen für Alles, was Ihre Ehre und die Wohlfahrt der ganzen Christenheit betrifft.“

P. Botta an Friedrich III. 5. Juli 1690. (313 frz.)*

Die ersten Urkunden über Inanspruchnahme des Jesuiten P. Botta am Königshofe zu Warschau für die Politik des Kurfürsten Friedrich III. stammen aus dem Sommer des Jahres 1690, zwei Jahre nach des letzteren Regierungsantritt. Die Verbindung geht noch höher hinauf. Dies bezeugt eine spätere Urkunde vom 27. April 1709, worin Botta an Friedrich schrieb, „über 20 Jahre seinen Eifer für die Interessen und die Ehre des letzteren eingesetzt zu haben“ (466 a). Der Grund, welcher den P. Botta hierzu bestimmte, war im Allgemeinen durch die Richtung der päpstlichen Politik zur Abwendung jener Uebel geboten, welche Europa im Osten von den Türken und im Westen von deren „alten Bundesgenossen“, den Franzosen, infolge der selbstsüchtigen Ausbeutung der Türkengefahr durch Ludwig XIV. gegen das Reich bedrohten. Im Jahre 1683 hatte der zweite Türkenkrieg unter Kaiser Leopold begonnen, welcher bis 1699 währte, die Belagerung von Wien, den Entsatz desselben durch Johann Sobieski, die Kämpfe in Ungarn, die Feldzüge und Siege des Prinzen Eugen im Gefolge führte. Andererseits aber hatte Ludwig XIV. gerade im Jahre des Regierungsantrittes Friedrichs III., unter Bruch des Waffenstillstandes von 1684, seinen

*) „frz.“ = Original französisch.

dritten Raubkrieg gegen Deutschland begonnen. Vom Papst Innocenz X. (1676—1689) hatte P. Bota für seine Wirksamkeit in der Politik die dringliche Weisung erhalten, seine ganze diplomatische Geschicklichkeit auf die Erhaltung der Eintracht unter den christlichen Fürsten, welche dem hl. Bunde gegen die Türken angehörten, zu verwenden. In Erfüllung dieses Auftrages hielt P. Bota sich verpflichtet, vor Allem auch zwischen Brandenburg und Polen ein gutes Einvernehmen zu erhalten, und die von Zeit zu Zeit auffliegenden Funken von Eifersucht und Zwietracht, welche gefährlichen Brand hätten anfachen können, schleunigst zu ertönen. Von diesem Bestreben des Jesuiten erstattete der brandenburgische Gesandte am Warschauer Hofe, Baron v. Hoverbeck, pflichtschuldig fortlaufende Berichte nach Berlin. Dieser hatte so wiederum häufige und gnädige Dankesbezeugungen des Berliner Kabinettes dem Jesuiten für seine der hohenzollernschen Politik so erwünschten Dienste zu übermitteln. (Theiner: Herzogs Albrecht Rückkehr, S. 96, Dokument XXII. Spedizione nona.)

Im Sommer des Jahres 1690, aus welchem wie erwähnt, die ersten Urkunden über die Beziehungen Friedrichs zu P. Bota vorliegen, war der Stand der Dinge zwischen Polen und Brandenburg näherhin dieser: Nach Friedrichs Regierungsantritt 1688 waren unter dem 29/19 Juli desselben Jahres zu Willanow die früheren Verträge erneuert worden. Allein die Vermählung der Witwe des am 7. April (28. März) 1687 verstorbenen Markgrafen Ludwig, Bruders Friedrichs III., einer geb. Prinzessin Radziwill, mit dem Pfalzgrafen Karl v. Neuburg, unter Hintansetzung des mit ihr verlobten Polenprinzen Jakob, Sohn des Königs Johann Sobieski, hatte das Selbstgefühl des Königshofes zu Warschau und das polnische Nationalbewußtsein sehr verletzt. Ersterer murrte das ganze Jahr 1689 gegen Berlin und auf dem polnischen Reichstage von 1689 hieß es, diese „Berlinische Sache“ müsse gehandelt werden. Ein Landbote hatte sogar in dem allgemeinen Unmute einen Antrag eingebracht, „was mit dem erledigten Lehen Preußen anzufangen sei.“ Der Kurfürst ließ dagegen seine Gesandten den wirklichen ihn völlig entlastenden Hergang jener Heirat*) darlegen und auch seine alten Ansprüche auf Elbing

*) Die genannte Fürstin Witwe des so plötzlich verstorbenen Markgrafen Ludwig war eine der reichsten Partien in Europa. Der König von Polen hatte sie für seinen ältesten Sohn, den Prinzen Jakob, zur Gemahlin gewünscht. Schon bei Lebzeiten des Großen Kurfürsten Friedrich Wilhelm hatte auch Pfalzgraf Karl v. Neuburg um sie angehalten. Der Berliner Hof aber wünschte diese Prinzessin mit einem protestantischen Fürsten zu vermählen. Auf der Prinzessin Wunsch kam dennoch der polnische Prinz Jakob nach Berlin; man feierte das Verlöbniß der Beiden. Hoffnungsreich verließ der Sohn Sobieskis die Mark und die Stadt Berlin. Aber bald kam Pfalzgraf Karl v. Neuburg, ein in jeder Beziehung ihm überlegener Bewerber, gewann die Braut wie im Fluge und vollzog die Hochzeit. Die Polen glaubten anfänglich, mit Einwilligung des Kurfürsten sei ihnen diese Zurücksetzung widerfahren.

geltend machen. Darüber ging der polnische Reichstag auseinander. P. Bota hat seinem Programm gemäß jedenfalls zur Beruhigung beigetragen.

Im Frühjahr 1690 sodann fand zu Königsberg die Huldigung der preußischen Stände an Friedrich als den Landesherrn statt. Dabei waren noch die Abgesandten Polens zugegen, welchen noch gleichzeitig — für den Fall des Aussterbens des Kurhauses der Huldigungsseid geleistet wurde. Die polnischen Abgesandten aber kehrten wegen zu geringfügiger Geschenke nicht sehr befriedigt in ihre Heimat zurück. Unmittelbar nach der Huldigung begannen auch wieder die Anstrengungen und Ränke Frankreichs, um den Polenkönig vom Bunde mit dem Kaiser gegen die Türken und vom guten Einvernehmen mit Friedrich, welcher die Seele des Widerstandes im Felde am Rhein gegen Ludwig XIV. war, zu trennen. In Polen kamen damals die ersten Gerüchte von Friedrichs Streben nach der Königskrone an die Oeffentlichkeit. Wie ungünstig dieselben aufgenommen wurden, läßt sich aus dem Verlauf der Dinge zehn Jahre später bemessen. Das wird überdies auch ausdrücklich bezeugt:

„Vor Zeiten“, so schrieb P. Wolff aus Wien d. d. 4. März 1700, als Friedrich III. diesen um seine Hilfe in der Krönungssache anging, „wann man von einem bewußten Titul in Preußen allhier redete, (habe) von den Herrn Polen unter der Hand erfahren, daß sie nämlich

4. III. eine ungewöhnliche Gelosie darüber gefasset, mit Vorgeben: dieser
1700. Titul sehe weiter hinaus, als auf einen Theil des Landes von
P. W. Preußen. Redeten derowegen im höchsten Geheim unter einander:
an man müsse, koste es, was es wolle, mit allen Potenzen, denen an
Frđ. III. der Conservirung des könig- und bischöflichen Preußen soviel gelegen
wäre, Allianzen machen, diesem Titul zu widerstreben, weiln der
Krone Polen an dem noch unter derselben verharrenden Theil des
Preußen soviel als an ihrer Freiheit gelegen wäre.“ (325.)

In dieser Zeit also, Frühommer 1690, rief das Berliner Kabinet den P. Bota um seinen Beistand, oder besser, um Fortsetzung desselben an. Der Fürst von Anhalt, der alte Vertraute des Berliner Hofes, schrieb einen Brief an P. Bota, um diesen zur Aufrechterhaltung des guten Einvernehmens zwischen König Sobieski und Kurfürst Friedrich III. zu bewegen. Ob damals bereits zugleich Eröffnungen über die Absicht der Erringung der Krone gemacht wurden, steht dahin. Sicherlich aber waren dem P. Bota die umlaufenden Gerüchte nicht unbekannt, wenn anders sie nicht immerhin schon, sei es als ein Versuchsbäll der Politik von der Spree, sei es als Granate jener von der Seine zu betrachten sind. Man darf immerhin annehmen, daß die Erhebung Preußens zum Königtum zwischen P. Bota und dem Brandenburgischen Gesandten auch damals schon besprochen, und jenem vielleicht die Absicht dazu im höchsten Vertrauen und Geheimnis mit der Bitte um Beistand in ähnlicher Weise geoffenbart wurde, wie später dem P. Wolff in Wien. Wenigstens soviel steht fest, daß dem P. Bota lange vor dem Jahre 1700

davon Kunde geworden war. Seine ersten Briefe von 1690 bezeugen sein Eintreten für die „Ehre“ des Hohenzollern. 1695 redet er bereits von dessen „königlicher“ Tugend (318). Im Frühjahr des Jahres 1698 spricht P. Bota Johann von dem Anrechte Friedrichs auf die Krone aus Verdienst (322). In seinen Briefen aus dem Jahre 1701 durfte Bota sich rühmen „seit langer Zeit“ Friedrich „die Krone gewünscht“ und „als der erste Staatsmann des Auslandes die Idee des preußischen Königstums erfasst, mündlich wie schriftlich gefördert zu haben“, und „ihr begeistertster juristischer Vorkämpfer gewesen zu sein und zu bleiben“. (367, 369, 372).

Auf den erwähnten, im Interesse des Kurfürsten geschriebenen Brief des Fürsten von Anhalt, dessen Uebergabe wohl von einem Besuch und einer Besprechung des brandenburgischen Gesandten in Warschau begleitet war, antwortete P. Bota in einer, wie stets, äußerst feinen verbindlichen Weise:

„P. Bota dankt zuerst dem Kurfürsten geziemend für die Gnade, daß dieser auf seine Dienste zähle. Er versichert ihm die Festigkeit der Gesinnungen des Königs Johann Sobieski von Polen, mit ihm (Friedrich) in innigen und freundschaftlichen Beziehungen zu verharren, trotz der von anderer Seite dagegen unternommenen

5. VII. Versuche, das gute Verhältniß zu stören. Als solche Versuche be-
1690. zeichnet Bota dem Kurfürsten die Forderungen von Geldsummen,
P.V. welche fremde Gesandten an ihre Regierungen zur Bestechung könig-
an lich polnischer, erster Staatsmänner gestellt haben, damit diese
Frd. III. Zwistigkeiten zwischen Friedrich und dem Polenkönige säen sollten. Letzterer habe sich indessen über diese Versuche lustig gemacht, und diese haben so das Gegentheil der beabsichtigten Wirkung hervorgebracht. Des Weiteren berichtet Bota von einer scharfen Zurückweisung, welche der Gesandte des Königs Jakob II. und darum auch der eines anderen Königs (Louis XIV.) auf die Zumuthung, vom Bunde gegen die Türkei abzulassen, erhielten“. (313 frz.)

Dieses erste Schreiben Botas zeigt in anderen Teilen bereits die größte Vertraulichkeit des brandenburgischen Gesandten in Warschau, Baron von Hoverbeck, und des Jesuiten. Noch mehr: es bewegt sich in Ausdrücken, welche man auf eine geheim zu betreibende Angelegenheit hindeuten könnte:

„Um durch diesen Brief keine Unbescheidenheit zu begehen (pour n'être pas trop indiscret par ce papier), will ich mich schließlich auf den Bericht Ihres Gesandten von Hoverbeck beziehen, welcher durch seine seltenen Eigenschaften sowohl, wie seinen Charakter als Gesandter eines der größten und weisesten Souveräne der Welt, Sr. Majestät dem König so angenehm ist. Derselbe wird sowohl die guten Gesinnungen des Königs, wie auch meine aufrichtige und fortgesetzte Sorge bekunden für Alles, was Ihre Ehre (Votre gloire) und die Wohlfahrt der ganzen Christenheit betrifft.

Und ich schließe dieses Schreiben mit der ehrerbietigen Versicherung meiner beständigen Bitten zu Gott für Ihre, der Welt so kostbare leibliche Gesundheit, für das Waffenglück Ihrer Armee, auf welcher die Hoffnung des Reiches und Europas beruht, die Ihnen die Einführung des Kurfürsten von Köln in sein Gebiet, die Rettung des Niederrheins und selbst jene von ganz Deutschland verdanken. Ja, Sie bereiten für uns neue Siegespalmen vor, welche diejenigen aller Ihrer glorreichen Vorfahren weit über-treffen.“ (a. a. O.)

Friedrich III. beantwortete dieses Schreiben des P. Bota vom 5. Juli also gleich, unter dem 26./16. Juli 1690 aus dem Generalquartier zu Wafem in der Diözese Lüttich, woselbst er im Felde gegen Frankreich stand, in sehr gnädiger Art. Er gedenkt der freundlichen Gesinnungen des Polenkönigs gegen ihn aufs dankbarste und bittet den P. Bota, dieselben mit allem Fleiße weiter zu pflegen:

„Der Freundschaft Ihres Königs werde Ich mit aller Aufrichtigkeit
26./16. und Ergebenheit entsprechen, welche Se. Majestät nur von irgend
VII. einem seiner besten und treuesten Freunde und Diener erwarten kann.
1690. Davon bitte Ich den König versichert zu halten. Sie selbst aber
Frd. III. wollen glauben, daß Ich mit Vergnügen die Sorge anerkennen
an werde, mit welcher Sie ein dem öffentlichen Wohle so heilsames Ein-
P. V. verständniß, wie das zwischen dem Könige von Polen und Mir,
befördern“ u. s. w. (314. frz.)

Der nächste Brief des P. Bota an Friedrich III. ist vom 16. November 1690, enthält Glückwünsche zu den Erfolgen im Felde, der Rettung der Niederlande, sowie zur Rückkehr aus dem Feldzuge nach Berlin. Er erzählt auch von Kämpfen und rohen Verfolgungen, welche der Jesuit für seine Parteinahme zu Gunsten Friedrichs schon hat bestehen müssen:

„Ich habe nicht ermangelt, bei dieser und bei allen anderen Ge-
legenheiten meinen geringen Einfluß in die Wagschaale zu werfen
für die Ehre Ew. Kurfürst. Durchl., welcher ich ganz ergeben bin und
16./6. für welche Leiden zu dürfen ich für ein Glück erachte. Ja, bereits
XI. mehr als einmal hatte ich schon unter der rohen Verfolgung seitens
1690. jener zu leiden, welche weder Ihren Ruhm, noch das öffentliche
P. V. Wohl lieben. Ich kann aber Ew. Kurfürst. Durchl. die unerschütterliche
an Festigkeit Se. Majestät des Königs bestätigen, womit derselbe bei der
Frd. III. Absicht beharrt, die aufrichtigsten Beziehungen der treuesten Freund-
schaft mit Ew. Kurfürstl. Durchl. zu unterhalten, trotz der Hänke
jener, welche dieselben zu trüben beabsichtigen und mir sehr gram
darüber sind, daß ich ihre Anschläge vereitele“ u. s. w. (315. frz.)

Ein weiterer Briefwechsel zwischen dem Hohenzollern und dem P. Bota hat im folgenden Jahre 1691 stattgefunden. Das betreffende Schreiben des

P. Bota vom 28. Juni 1691 ist zwar nicht bekannt geworden, wohl aber die Antwort des Kurfürsten:

„Der Kurfürst sagt dem P. Bota seinen Dank für das letzte Schreiben vom 28. Juni und für die Versicherungen fortgesetzter
7.VII. Freundschaft des Königs von Polen mit ihm und für des Paters Bemühungen um deren Fortdauer. Er bezeugt seine höchste Erkenntlichkeit hierfür, sowie auch für die guten Dienste Botas im brandenburgischen Interesse. Er bittet zugleich den Jesuiten, darin fortzufahren und versichert ihn, bei allen möglichen vorkommenden Anlässen, welche sich darbieten können, zu beweisen, wie sehr er seine Dienste zur Erhaltung des Einverständnisses mit dem König von Polen schätze und anerkenne“. (Theiner: Herzogs Albrecht Rückkehr. Dokumente XIV. S. 87. frz.)

P. Bota's nächstes Schreiben an Friedrich ist datiert vom 13. September 1695 aus Billeneuve. Es enthält den Glückwunsch zu den neuen Waffenerfolgen der kurfürstlichen Truppen (Eroberung von Namür) und zu deren ausgezeichneten Haltung in Italien und Ungarn, wo immer sie auftreten:

„Der beständige und aufrichtige Eifer für die Ehre des Kurfürsten lasse ihn (P. Bota) mit jener von ganz Europa auch seine Bewunderung der glücklichen Erfolge verbinden, welche die Sicherheit des Reiches, Flanderns und Italiens begründen. Des Kurfürsten Verdienste gewinnen einen unbegrenzten Zuwachs, sowohl in den genannten Gebieten, wie auch in Ungarn, wo sein Eingreifen und die Kraft seiner Armee und die ausgezeichnete Führung seiner Generale und Offiziere stets den besten Erfolg erzielen. Im Weiteren drückt
13./3. IX. P. Bota seine Theilnahme an der Trauer über den Tod des heldenmüthigen Markgrafen von Brandenburg—Schwedt aus, welcher im italienischen Feldzuge zu Turin am 27. Juni, 7. Juli 1695 verstarb. (316. frz.)

Das Antwortschreiben des Kurfürsten ist vom 10./1. Oktober 1695, bezeugt die gute Aufnahme des Gratulationsschreibens und bittet den P. Bota um fortgesetztes gutes Einvernehmen. (317. frz.)

„Obgleich Ich von Ihrer guten Gesinnung für die Interessen der Verbündeten und ins Besondere für Meine eigenen sehr überzeugt bin, sind die neuen Bekundungen derselben, welche Sie aus
10./1. X. 1695. Anlaß der Wiedereroberung von Stadt und Festung Namür gütigst zugewandt haben, Mir dennoch sehr angenehm gewesen. Ja, Meine Truppen haben, wie Sie schrieben, an dem Siege einen guten Teil.
Frd. III. an Aber den Erfolg verdankt man einzig Gott, welcher in diesem P. V. Waffengang einen der ersten Plätze Europas und das unter den Augen eines so starken feindlichen Heeres in die Hände der Verbündeten fallen ließ, wie es jemals in der Christenwelt aufgetreten ist. Man darf darin eine gute Vorbedeutung sehen, zu einem sichern

und allgemeinen Frieden zu gelangen, wie Ich ihn wünsche. Mit der Bitte, Sie mögen stets Ihre guten Gesinnungen gegen Mich fortsetzen, und glauben, daß Ich u. s. w. (317. frz.)

VI.

Erste Briefe P. Votas S. J. mit direkten Andeutungen über die Königswürde für Friedrich (1696—1698.)

„Der Hof zu Berlin ist der Schauplatz der Seelengröße, wo die heldenhafte und königliche Tugend in ihrem ganzen Glanze sich offenbart.“

P. Vota an Friedrich d. d. 16. April 1696. (318 frz.)

„Mich verlangt in Ew. Durchlaucht den Souverän zu schauen, der die Ehre und den Schutz des Reiches sichert und zu der Macht auch den Glanz einer der schönsten Kronen der Welt zu besitzen verdient.“

P. Vota an Friedrich d. d. 23. März 1688. (322 frz.)

Aus dem Jahre 1696 liegt ein weiterer Briefwechsel vor. Derselbe ist entstanden aus Anlaß einer Gefälligkeit, welche der Kurfürst dem Nuntius zu Warschau, durch Verwendung seines Einflusses am Hofe zu Hannover zur Ergreifung eines Verbrechers gegen die Kirchengesetze, sowie durch Verbringung desselben durch seine Soldaten über die kurbrandenburgischen Lande bis an die Grenze von Polen erzeugt hatte. Was der Schuldige des Näheren verbrochen hatte, ist aus den Briefen nicht ersichtlich. Aber es handelte sich um eine Gunst, deren Gewährung in so zuvorkommender Weise man, scheint es, an sich von dem protestantischen Kurfürsten nicht erwarten konnte. P. Vota ergeht sich darüber in Worten der wärmsten Anerkennung, in welcher der Hinweis auf die königliche Tugend des Kurfürsten eben so wenig fehlt, wie die freimütige Gegenüberstellung des religiösen Gegensatzes zwischen Berlin und Rom, wie aber nicht minder das Lob des Kurfürsten im Vatikan:

„Solche Gunst und Gnade zu erweisen, wie sie der Nuntius eben empfangen hat, das sei nur Ausfluß jener Größe und des Edelmutzes, wie sie der Kurfürst besitze. Gemehr der Vater die Umstände des Falles betrachte, um so mehr sei er von der übrigens sonst auch unwidersprochenen Wahrheit überzeugt: der Berliner Hof ist der Schauplatz der Seelengröße, wo die heldenhafte und königliche Tugend in ihrem ganzen Glanze sich offenbart, weil sie von dem hohen Geiste und von dem großen Herzen Sr. Kurfürstl. Durchlaucht belebt wird. Derselbe

16. IV. 1696.
P. V. an Frd. III.

habe ohne lange Bitten und Umschweife die gewünschte Rechtshilfe gewährt. Die Kunstgriffe und Anstrengungen der Beschützer des Verbrechers haben bloß zur Offenbarung der Festigkeit des Kurfürsten in seinem Vorhaben und der Macht seines königlichen Wortes geführt („les artifices et les efforts des amis et des patriotes de cette personne n'ont servi qu'à affermir la constance de Votre engagement et à faire éclater la gloire de votre parole royale.“) Alles das sei geschehen zu Gunsten eines Prälaten, des Runtius, welcher gewiß hohe Eigenschaften und große Verdienste besitze, der aber doch allem äußeren Anscheine nach jene Macht vertrete, welche den religiösen Dogmen, um nicht zu sagen, den politischen Interessen des Kurfürsten am meisten entgegengesetzt sei. So habe die Handlungsweise des letzteren diesem einen Triumph bereitet, der auch im Vatikan anerkannt werde, wo der Runtius und P. Bota selbst denselben verkündeten und welcher ganz Rom angenehm überrascht haben dürfte. Im Weitern schließt P. Bota ein Lob für den brandenburgischen Gesandten v. Hoverbeck bei, welcher ihm zu diesem Dankschreiben mitgeraten habe und die Sache des Kurfürsten mit soviel Klugheit und Ehre für denselben vertrete. Das Schreiben endigt mit den Versicherungen, für das Einvernehmen zwischen Polen und Brandenburg fortgesetzt wirken, seine Gebete für die Erhaltung des Kurfürsten und seiner Gemahlin und für das Glück und Wohlergehen des Hauses Hohenzollern unausgesetzt zum Himmel zu senden, welches den Ruhm und die mächtigste Stütze des Reiches bilde. (318 frz.)

Der Kurfürst nahm die Dankagung sehr gnädig auf. Er bezeichnete sie im Schreiben vom 24. IV./4. V. als Zeichen der Freundschaft, welche der Pater für ihn hege, die ihm eine besondere Freude bereite. Er bat den Jesuiten, diese Gesinnungen gegen ihn fortzusetzen und überzeugt zu sein, daß er bei allen Gelegenheiten, wo er ihm und seinen Freunden gefällig sein könne, dies thun werde. (319 frz.)

Im folgenden Jahre 1697, nach dem Tode Sobieskis, ging die polnische Krone auf Friedrich August II. von Sachsen über. Der neue König wählte sofort, wie wir sahen, den P. Bota zu seinem Beichtvater, Berater und Großalmosenier. Diese Wahl eines in der Freundschaft und in den Beziehungen zum Hause Hohenzollern so erprobten Mannes war für Friedrich III. ein besonders wichtiges Ereignis. Er ließ seine Befriedigung hierüber dem P. Bota ausdrücklich bekunden. P. Bota dankte dem Kurfürsten in einem Schreiben vom 22. Oktober 1697 aus Krakau. Darin erklärte er, des Kurfürsten Willensäußerungen sollten ihm als Richtschnur dienen; auch versprach er die Freundschaft zwischen dem neuen König und dem Kurfürsten aufs Eifrigste zu pflegen, wie er das auch bereits mehrfach zu thun Gelegenheit gehabt. Das werde die ihm am meisten erwünschte Anwendung seiner Dienste

beim Könige von Polen sein, sich bei ähnlichen Anlässen für die Erhaltung der Freundschaft zwischen den beiden Souveränen aufzuopfern, so lange seine schwache Gesundheit ihm den Aufenthalt in Polen noch erlaube. (321. frz.)

In einem Schreiben aus dem folgenden Frühjahr d. d. 23. März 1698 aus Danzig berührt P. Bota eine diesmal noch nicht in Erfüllung gegangene Hoffnung, den Kurfürsten persönlich begrüßen zu können. Er stellt weiterhin den Anteil des Kurfürsten an der Erhebung des Königs August II. auf den polnischen Thron fest und spendet dafür das gebührende Lob. Das gab dem Vater Gelegenheit, direkter als bisher den Wunsch des Kurfürsten nach der Königskrone zu berühren. Er that das in einer Weise, daß man davon denken muß, er habe schon lange im Einverständniß mit dem Kurfürsten an der Erreichung dieses Zieles gearbeitet:

„Die unvergleichliche Güte des Kurfürsten habe schon seit soviel Jahren seine Dienste und seinen Eifer für die Interessen und die Ehre des Hauses Brandenburg genehmigt Er (P. Bota) finde keine Worte, seine Ungeduld auszudrücken, womit er in dem Kurfürsten den Souverän zu sehen verlange, welcher die Ehre und den Schutz des Reiches sichere und der zu der Macht, welche er bereits besitze, auch den Glanz einer der schönsten Kronen der Welt zu erhalten verdiene. („ qui fait l'honneur et la défense de l'empire et qui mérite l'éclat, comme il possède la puissance d'une des plus illustres couronnes de l'Univers.“) (322. frz.)

Die Antwort des Kurfürsten hierauf erging unmittelbar nach Eingang des Briefes unter dem 26. März 1698. Sie ist in den eindringlichsten Ausdrücken abgefaßt, welche auf ein ganz besonderes Interesse schließen lassen, vermeidet aber in Uebereinstimmung mit dem sonstigen Verhalten in der Krönungssache, wie immer vor dem Jahre 1700, jede direkte Berührung derselben:

„Das Geschick habe es noch nicht gewollt, daß er (der Kurfürst) den König von Polen und den P. Bota zu Danzig von Angesicht zu Angesicht sehen durfte; unaufschiebliche Geschäfte haben ihn zurückgehalten, so bald abzureisen, um den König noch in Preußen zu finden. Aber er hoffe ein anderes Mal das Glück zu haben und das Zusammentreffen mit den Genannten sei sein heißester Wunsch unter allen Dingen in der Welt. Inzwischen möge P. Bota die Freundschaft zwischen dem Kurfürsten und dem König weiter pflegen. Letzterer könne Niemanden finden, der ihm und seinem Interesse so ergeben sei, als der Kurfürst. Von dieser Wahrheit werde P. Bota zur Zeit die Wirkungen wahrnehmen. (323. frz.)

VII.

Unterredungen Friedrichs III. mit P. Vota S. J. zu Johannsburg und Berlin 1698.

„Den Uebrigen habe Ich Zeichen und Andenken Meiner Achtung durch Meinen Schatzmeister überreichen lassen: doch dem P. Vota will Ich dies mit eigener Hand thun.“
Friedrich III. zu Johannsburg 1698.

Für die polnische Königswahl vom Sommer 1697 nach dem Tode Johann Sobieskis hatte die brandenburgische Politik anfangs einen eigenen Kandidaten, den Markgrafen Ludwig von Baden. Sie wandte aber später dem Kurfürsten August II. von Sachsen ihre Unterstützung zu. Trotz mancher gemeinsamer Interessen hätte zwischen den beiden Höfen leicht Zwietracht Platz greifen können, da zu den früheren durch P. Vota mit Glück umschiffen Klippen für den Frieden zwischen Polen und Brandenburg nun auch noch die Eifersucht zwischen den Kurhäusern von Berlin und Dresden hinzutrat. Der Eifer des P. Vota verdoppelte sich daher bei dem neuen Monarchen, die verdächtigen Schatten zu scheuchen und die Notwendigkeit der Eintracht mit einem so mächtigen Nachbarn als Grundlage einer gesunden Politik für Brandenburg nicht weniger wie für Sachsen, Polen, die heilige Liga und die ganze Christenheit darzustellen. Und so hielt P. Vota das frühere freundliche Verhältnis zwischen Friedrich III. und der Krone Polen auch unter dem neuen Träger der letzteren aufrecht und nährte es fortwährend, wie wir schon aus den zuletzt mitgetheilten Briefen wissen.

Die Eintracht zum vollen Ausdruck zu bringen, wurde erst für das Frühjahr, dann für den Sommer 1698 die persönliche Zusammenkunft zwischen August II. und Friedrich III. vereinbart. Letzterer sehnte sich auch darum so sehr danach, weil er P. Vota kennen lernen wollte. Welche wichtige Rolle P. Vota auf der im Juni zu Johannsburg erfolgten Zusammenkunft spielte, ersieht man aus den Thatsachen und dem huldvollen Benehmen des Kurfürsten gegen den Jesuiten. Friedrich ermangelte nicht, demselben seine höchste Verehrung und Huld zu bekunden. Den Bischöfen und sonstigen Großen Polens wies der Kurfürst ihre Quartiere in der Stadt an; dem P. Vota aber gab er, wie dem König von Polen, glänzende Unterkunft im kurfürstlichen Palast selbst. Der Erbprinz hatte den besonderen Auftrag, dem P. Vota alle Aufmerksamkeit zu erweisen, stets ihn zu seiner Tafel zu ziehen und ihn in jeder Weise auszuzeichnen. Sämmtliche Gäste wurden beim Abschiede durch den Schatzmeister im Auftrage des Kurfürsten glänzend beschenkt. Nur

P. Bota allein hatte die Ehre aus des Letzteren eigener Hand sein Geschenk zu empfangen. „Den Uebrigen,“ so sprach der Hohenzoller zum Jesuiten bei diesem Anlaß, „habe Ich Zeichen und Andenken Meiner Achtung durch die Hand Meines Schatzmeisters überreichen lassen; doch dem P. Bota will Ich dies mit Meiner eigenen Hand thun“. Dabei reichte er ihm einen rotfarbigen golddurchwirkten Beutel mit 20 großen Goldmünzen im Werte von 300 ungarischen Dukaten, welche die verschiedenen Siege und Großthaten des Herrschers darstellten. Gleichzeitig überreichte er ihm eine Anweisung auf ein Jahresgehalt von 300 römischen Thalern, das P. Bota bis zu seinem Lebensende beziehen sollte. Der gute Pater bestimmte dasselbe zum Besten der katholischen Kirchen jener Gegenden.*)

Mehr als alle äußeren Ehrenbezeugungen erfreute aber P. Botas Sinn die Begünstigung des Kurfürsten, wonach er täglich unter dem kurfürstlichen Baldachin im großen Empfangssaale in Gegenwart der hohen Gäste beider Mächte katholischen Gottesdienst öffentlich und feierlich halten durfte. Bei diesem feierlichen Dienste ließ der Kurfürst den Pater durch seine eigenen Ehrenknappen bedienen; sie reichten ihm zur Opferung die Messkännchen mit Wasser und Wein, läuteten die Glöckchen und hielten niedergekniet die angezündeten Wachsfackeln bei der heiligen Wandlung. Das war in der That

*) In der Auszahlung ist nach der Krönung im Jahre 1701 einmal eine Unterbrechung eingetreten, ohne daß P. Bota über einen Grund davon verständigt worden. Er erfuhr aber von dem brandenburgischen Gesandten, daß der Berliner Hof darum wisse. In allem Klarheit liebend, wandte sich P. Bota an einen ihm befreundeten, aber nicht genannten Berliner Staatsmann. Der Brief beweist, daß ihm trotz seines Widerstrebens die Pension aufgezwungen wurde:

„Ich weiß nicht“, schreibt P. Bota, „welche Schwierigkeiten sich der Ausführung einer so ausdrücklichen Willenserklärung Se. Majestät entgegenstellen, einer Willenserklärung, welche ergangen ist, trotz meines ehrfurchtvollsten Widerstrebens und meiner vollsten Selbstlosigkeit, was Sie und der Herr Baron (v. Hoverbeck, der brandenburgische Gesandte in Warschau) mir wohl bezeugen können, zumal ich diese Anweisung auf Ihrer Beider Betreiben erhielt, ohne daß ich sie gesucht, noch daran gedacht hatte. Vielmehr habe ich meine Abneigung dagegen bekundet, wie es die Bescheidenheit von einem Manne von Wohlstand erheischt. Um so größer ist meine Ueberraschung, daß Sie mit dem Hof in Sachen der Auszahlung verhandelten und über diese so lange nichts verlautete. Dieser Umstand verpflichtet mich zu der Bitte, Sie belieben mir mit Ihrer bekannten Offenheit und in guter Freundschaft mitzuteilen, ob man das Dekret widerrufen hat, oder ob sich solche Schwierigkeiten eingestellt haben, daß man die Erfüllung desselben für Vergangenheit und Zukunft nicht mehr erwarten soll. In diesem Falle würde ich mit dieser Angelegenheit Sie nicht mehr behelligen. Aber ich werde glücklich sein mit der Ehre, meine gewohnten Dienste zu leisten, ohne jede andere Aussicht und ohne jeden anderen Gedanken als an das Interesse und die Ehre Se. Majestät, welche das einzige Ziel meines Strebens sind.“ (407 frz.)

6. XII.
1701.
P. V.
an
einen
Berl.
Staats-
mann.

ein Ereignis, welches großes Aufsehen erregte und am Hohenzollernhofe seit sechszehn Jahrzehnten nicht mehr gesehen worden. Dasselbe machte auf die polnischen Bischöfe und Großen den angenehmsten Eindruck. (Theiner: a. a. O.)

Der Kurfürst ging in seinem Wohlwollen für P. Bota aber noch weiter. Er zog ihn selbst zu häufigen und oft langen Unterredungen über die Unterschiede in der Lehre der Katholiken und Protestanten heran. Auch nahm er aus P. Botas Hand ein von diesem eigens zu diesem Zwecke verfaßtes Schriftchen über die Lehren der katholischen Kirche und die Anstände der Andersdenkenden gegen sie an. Bei der Uebersiedelung ihres Hofes luden der Kurfürst und die Kurfürstin den Jesuiten dringlichst zur Mitreise nach Berlin ein. P. Bota weilte in der That mehrere Wochen bei dem Herrscherpaare in Berlin, wo er oftmalige Unterredungen mit diesem über die gleichen religiösen Fragen und auch über die politischen Folgen einer Rückkehr zur Verbindung mit dem heiligen Stuhle hatte.

Man darf die Frage aufwerfen, wie der Hohenzoller dazu kam, mit dem P. Bota religiöse Unterredungen zu führen. Man kann darauf einmal antworten, daß solche im Geiste und Zuge der Zeit lagen. Waren ja doch kurz vorher mehrere Fürsten des Reiches und gerade auch der junge, Friedrich III. befreundete König August von Polen und Sachsen zu einem Wiederanschluß an die alte Kirche gelangt. Aus politischer Höflichkeit gegen August II. wurde zu Johannisburg täglich feierlicher katholischer Gottesdienst im kurfürstlichen Saale gehalten. Da lagen nun Religionsgespräche von selbst so sehr nahe. Friedrich III. aber mußte daran ein besonderes persönliches Interesse haben, insofern er als vor- und umsichtiger Politiker für sein Unternehmen, zum königlichen Throne zu gelangen, auch den Weg über Rom in Betracht zu ziehen hatte, sei es auch nur, um zur größeren Klarheit darüber zu kommen, daß und warum er ihn nicht gehen wolle und werde. Wie wenig gerade die Jesuiten sich von dem gegenteiligen Entschluß zu einer Abkehr von ihrer politischen Freundschaft für Friedrich und sein Königtum bestimmen ließen, zeigt der ganze weitere Verlauf.

Welche Vorteile man aber in Berlin aus dem engen Verkehr zwischen Friedrich und P. Bota erwartete, geht aus der Thatsache hervor, daß das Berliner Kabinet alsobald die Erhebung des Jesuiten zum Kardinal betrieb, und dabei auch Andeutungen von der Möglichkeit einer Wiedervereinigung mit dem heiligen Stuhle machte. Seine Gründe ließ der Kurfürst seinem Wiener Gesandten unter dem 28. VIII./7. IX. d. J. zugehen, um sie beim Wiener Hofe zu verwerten, und auch sonst wohl hat er sich dafür verwandt.*) Friedrich ließ in Wien

*) Diese Gründe mußten Friedrich und seine Räte, welche von katholischen Dingen doch zu wenig Anschauung hatten, sich natürlich von P. Bota selbst angeben lassen. Wenn man aus der Thatsache, daß P. Bota dieser Bitte nachgab, ein schiefes Licht auf seinen Charakter hat fallen lassen wollen, so muß entgegengehalten werden, daß nach Lage der Dinge er der Einzige war, welcher dem Verlangen der Berliner Staatsmänner entsprechen

erklären: Bei der nächsten Kardinalsernennung könne kein Ereignis mehr zum Nutzen und zum Ruhm der allgemeinen Kirche beitragen, als die Erhebung eines solchen Mannes, dessen Erfahrung offenkundig und dessen erstaunliche Geschicklichkeit und Beliebtheit nicht nur bei den Römisch-Katholischen, sondern auch bei den Nichtkatholiken so großen Einfluß ausübe; er, der Kurfürst von Brandenburg, habe wiederholt bekundet, Niemand auf der Welt sei geeigneter, eine Vereinigung und Wiederausöhnung mit dem heiligen Stuhle herbeizuführen. Dasselbe behaupten auch andere Fürsten, einen solchen Einfluß und solche Beliebtheit habe P. Bota durch seine Unterhaltung, wie durch seine Gespräche über die Lehren der Religion erlangt. Thatsächlich habe P. Bota schon mehrere Vergünstigungen für die Katholiken in den brandenburgischen Landen namentlich zu Königsberg erwirkt. Bei Wilhelm dem Dranier von England stehe er in hoher Gunst; er habe von ihm sowie von den holländischen Generalstaaten durch seine briefliche Verwendung die Einstellung der Verfolgung katholischer Missionäre erzielt; er werde zweifellos auch die Erleichterung des Loses der irischen Katholiken erringen. Das Saxeburgische Fürstenhaus bezeuge ihm seit der Zeit Johann Friedrichs dieselbe Achtung, und dieser habe ihn noch kurz vor seinem Tode zu sich beschieden. Der Kaiser habe in vielen Aktenstücken bekundet, dem P. Bota und seinem Eifer sei die Erhaltung Polens in der heiligen Liga gegen die Türken zu verdanken, trotz der zahllosen Versuche, den König Johann von derselben abzuführen. Die Wiedervereinigung der polnischen Diözese Przemiśl mit 1500 Pfarreien, 300 Adelsfamilien und insgesammt 300 000 Seelen mit dem heiligen Stuhle sei allein sein Werk. In Rußland habe er vom Czaren die Wiederherstellung des katholischen Gottesdienstes erlangt, und dieser selbst habe ihm vor Kurzem sein Wohlwollen bekundet, seine hl. Messe angehört und von ihm den Segen gewünscht und empfangen. Fünfzig Jahre habe der Pater im Dienste des hl. Stuhles und im Gehorsam gegen denselben aufgeopfert zum größten Nutzen der Seelen. Nach all diesem könne der römische Stuhl und die öffentliche Wiedervereinigung der Christenheit noch große Hoffnungen auf ihn setzen, wenn er mit größerer Macht umkleidet und mit erhöhtem Ansehen reden und auftreten könne. Und letzteres werde auch dem Kaiser sowie dem König von Polen und den Fürsten Italiens und Europas sehr willkommen sein, die deshalb sicher dem Papste ihre Glückwünsche darbringen würden. (Latein. Original bei Droysen; „Zur Geschichte Friedrich I. und Friedrich Wilhelm I. S. 219 ff.)

konnte. P. Bota wäre gewiß der letzte gewesen, irgend Jemanden seine eigene Beförderung zuzumuten oder ihm darin an Hand zu gehen, wenn man dies nicht in kirchlich zu billiger Weise von ihm verlangt hätte. Wir kennen ja bei anderer Gelegenheit, als Friedrich im Jahre 1709 P. Bota zum Bischof für die Katholiken seiner Lande erhoben sehen wollte (Urk. 468—470 ff. S. 590 ff.), das Schreiben selbst, womit man von ihm die Mitteilung der kirchlich durchschlagenden Gründe für seine (Friedrichs) Absicht verlangte.

Wir überlassen es dem Leser, Vermutungen über den Gang der Geschichte anzustellen für den Fall, daß Friedrichs Wunsch in Erfüllung gegangen wäre, und P. Bota als Kardinal die Verhandlungen mit demselben hätte persönlich weiterführen dürfen. Allein dies ist vereitelt worden und zwar durch das Eingreifen des damaligen Bischofs Zaluski von Ermland, eines sonst so gefeierten Staatsmannes. Zaluski veranlaßte die Abberufung und Rückkehr des P. Bota vom Berliner an den Warschauer Hof. Zaluski aber sah sich bald sehr enttäuscht. Der Kurfürst war über die Abberufung seines Freundes P. Bota sehr entrüstet und führte sie auf Ränke gegen seine Interessen zurück. Zaluski war allerdings nicht der geeignete Mann für Unterhandlungen am Berliner Hofe, welcher Natur sie auch sein mochten, da er sich stets als heimlicher Gegner der Interessen des Kurfürsten gezeigt hatte. Seine Erwartung, mit dem Kurfürsten in der gegenüber dem P. Bota begonnenen vertraulichen Art weiter zu verhandeln, wurde ganz und gar vereitelt. P. Bota hat Zaluskis Vorgehen unendlich beklagt und vielleicht nicht mit Unrecht den Vorwurf erhoben, letzterer habe dort ernten wollen, wo andere gesät. (Vergl. Theiner: Herzogs Albrecht Rückkehr Spedizione nona S. 98.) Der dem Kurfürsten so ergebene Freund in der Gesellschaft Jesu aber ließ sich in der Anhänglichkeit an die Hohenzollern und im Eifer für deren Königtum durch nichts, auch nicht durch Vereitelung der in ihm erweckten Hoffnungen auf eine Aufhebung der großen Spaltung der Christenheit erschüttern, wie wir weiter sehen werden.

VIII.

Friedrich III. Unterhandlungen mit dem Kaiserhof vor dem Eingreifen des P. Wolff. 1694—1700.

„Noch in den letzten Stunden seiner Abreise (von Berlin) habe er (v. Bartholdi) hören müssen, daß man ihn, als den Anstifter dieser Projekte, die in ein Labyrinth von Gefahren verwickeln, verantwortlich mache; zwei Jahre lang habe er Se. Kurfürstl. Durchlaucht Befehle gehabt und nichts übereilt. Der Kurfürst könne auch jetzt noch die Sache aufgeben ohne irgend eine Unannehmlichkeit.“
(Aus von Bartholdis Bericht aus Wien. d. d. 20. Januar 1700. Bei Droysen: „Friedrich I.“ S. 217.)

Den diplomatischen Unterbau der Thätigkeit des Jesuiten P. Wolff zu Wien für das Königtum der Hohenzollern bilden folgende Thatfachen. Es ist bereits erwähnt, daß einer der kurfürstlichen Räte seine Meinung dahin abgegeben, es sei „eine pure lautere Unmöglichkeit, die königliche Würde beim Kaiserhof suchen zu lassen.“ Das war in der ersten Hälfte der Neunziger.

Allein Friedrichs III. Wille bestimmte trotz des fast einstimmigen Gegenrates auch der übrigen Räte seinen Kurs in der Richtung auf die blinkende Krone. Bei einer der vielfachen Streitigkeiten über das Hofceremoniell warf sein Minister Eduard von Dankelmann gesprächsweise dem österreichischen Gesandten Baron von Friedrich die Aeußerung hin, „den Kurfürsten stände von Alters her königliche Würdigkeit zu; aller weiteren Streitigkeit könne man durch Erhöhung Preußens zur königlichen Würde ein Ende machen.“ Der Kurfürst selbst enthüllte seinem Wiener Gesandten Nikolaus von Dankelmann bei einer persönlichen Zusammenkunft in Karlsbad um jene Zeit seinen Plan, „sich zur königlichen Würde zu erheben und sie auf sein souveränes Herzogtum Preußen zu gründen.“ Demgemäß wies Friedrich diesen auch an, in Wien Vorbesprechungen in jener Richtung zu suchen. Allein es kam nichts weiter dabei heraus. Im Vertrag vom 20. Dezember 1694 wegen Schwiebus erhielt der Kurfürst statt der erhofften Krone die verblüimte Zurückweisung, man wolle ihn „in allen ihm nach der goldenen Bulle zustehenden Rechten und Vorzügen erhalten und keinem Fürsten oder Republik einen Vorzug (vor ihm) gewähren.“

In der Folge verschlimmerte sich Friedrichs Verhältnis zum Kaiser und es kam im Frühling 1697 sogar zur Ausweisung seines eben genannten Gesandten Nikolaus v. Dankelmann. Das war ein harter Schlag für Friedrichs Absichten auf das Königtum, das ohne den Kaiser kaum zu erlangen war. Im Jahre 1698 wurde ein besonders gewandter Agent Christian Friedrich v. Bartholdi nach Wien gesandt, welcher seine Creditive wieder anzubringen suchen sollte. Vermutlich hat auch hierbei P. Wolff seinen Einfluß zu Gunsten Friedrichs geltend gemacht, denn des letzteren Worte im Brief vom 3. Februar 1700 bezeugen ausdrücklich „verschiedene Proben seiner vor Mich habenden guten Intention;“ bis dahin aber wäre außer der Vermittelung des P. Wolff in der Schwiebuser Angelegenheit sonst nichts anzuführen. Jedenfalls aber spielte P. Wolff in der Vorausberechnung der Möglichkeiten von vornherein für das Berliner Kabinett seine Rolle. Denn in der Geheimschrift, womit in den Depeschen die wichtigsten Namen und Begriffe bezeichnet werden sollten, hatte man auch für ihn die Ziffer vereinbart und zwar unmittelbar nach dem Wiener Gesandten selbst: 160 für Bartholdi, 161 für P. Wolff.

Es gelang Herrn v. Bartholdi, seine Creditive am Kaiserhof, wenn auch äußerlich unter dem Schein anderer Absichten, als auf Verhandlungen über die Rangerhöhung seines Herrn, anzubringen. Seine bezüglichen Weisungen waren ganz geheim und nur mündlich. Aber erst im Sommer 1699 glaubte er „wegen der königlichen Dignität etwas wagen zu können.“ Eine Unterredung mit dem Reichsvizekanzler Graf Kaunitz machte ihm wirklich weitere Hoffnungen. Kaunitz war der Meinung, man müsse dem Kaiser die Wahl lassen zwischen Ernennung durch ein kaiserliches Diplom oder Anerkennung der von Friedrich III. anzunehmenden Krone. Im Herbst 1699 weilte v. Bartholdi in Berlin zu weiterer Beratung und Instruktion. Einen Begriff der Stimmung in brandenburgischen

Hofkreisen giebt sein Brief vom 20/10. Januar 1700, den er nach seiner Rückkehr nach Wien an Friedrich III. schrieb: „Noch in den letzten Stunden vor seiner Abreise habe er hören müssen, daß man ihn als den Anstifter dieses Projektes, das in ein Labyrinth von Gefahren verwickelt, verantwortlich mache; zwei Jahre lang habe er Sr. Kurfürstl. Durchlaucht Befehle gehabt und nichts übereilt, der Kurfürst könne auch jetzt noch die Sache aufgeben ohne irgend eine Unannehmlichkeit.“

Allein von Berlin kam kein Gegenbefehl zu v. Bartholdis Händen: er verfuhr also nach seiner Weisung. Er beriet mit Kauniz aufs Neue d. d. 23. I. 2. II., 1700 wie man die Sache am besten einzuleiten habe. Kauniz erklärte, „trotz eines mehrmaligen Nachsinnens nicht den richtigen Weg zu sehen, die Sache unmittelbar in direkt diplomatischer Verhandlung aufs Tapet zu bringen. Denn wenn der Kaiser dann davon abriete, dann könne der Kurfürst keinen weitem Schritt mehr zur Verwirklichung seines Strebens thun; zudem könne der Kurfürst auch beim Kaiser Anstoß erregen, wenn er diesen nicht vorher sondieren lasse. Es sei daher ein Mittel zu finden, den Kurfürsten vor dieser Klippe zu bewahren. Das beste wäre, wenn letzterer durch Bartholdi unmittelbar dem Kaiser seine Eröffnungen und Vorstellungen machen ließe“.

Mit dem Schreiben, worin v. Bartholdis am 3. Februar 1700 dem Kurfürsten diese Unterredung mit Kauniz mitteilte, ereignete sich ein merkwürdiger Zufall. In demselben waren die vorzüglichsten Namen und Begriffe mit dem obenerwähnten Zahlenalphabet bezeichnet: 100 = Kurfürst, 110 = Kaiser, 129 = König von Polen, 145 = Kauniz, 160 = Bartholdi, 161 = P. Wolff, u. s. w. Friedrich III. empfing und entzifferte das Schreiben selbst und las an der betreffenden Stelle statt des von v. Bartholdi beabsichtigten 160 (= v. Bartholdi) 161 = P. Wolff.* Die Schriftzüge der Entzifferung im kgl. Staatsarchive lassen keinen Zweifel darüber, daß Friedrich III. selbst sie vorgenommen hat. („Publikationen“ S. 373.) Der oben angeführte Satz lautete daher nach der Auffassung Friedrichs: „Das Beste wäre, wenn letzterer durch P. Wolff unmittelbar dem Kaiser seine Vorstellungen machen ließe.“**)

*) Nikolai macht die Bemerkung: „An der 0 (in 160) war zufällig oben links der Anfang des Strichs etwas höher geraten, wie es oft in geschwindem Schreiben geschieht“. (Neue Berliner Monatschrift. 1799. 2. S. 338.) Wie es sich damit verhält, steht dahin. Jedenfalls aber paßte der Name des P. Wolff sachlich ebenso gut und sogar besser in den Gegankengang, als derjenige v. Bartholdis.

***) Vergl. das Schreiben v. Bartholdis im Original (frz.) bei Droysen: „Zur Geschichte Friedrich I. und Friedrich Wilhelm I.“ S. 235 ff. Ueber die Verhandlungen v. Bartholdis siehe: „Droysen, Friedrich I. König von Preußen“.

IX.

Anrufung und Eingreifen des P. Wolff S. J. am Wiener Hofe. (Februar-April 1700.)

„Dem Herrn Baron aber will Ich auch deshalb eine große Obligation haben und in Erwartung einer guten schleunigen Resolution allezeit verbleiben des Barons wohl-afiektionierter u. s. w.“

Friedrich III. Anfang Februar 1700 an Baron von Wolff S. J. (324.)

Der Kurfürst zauderte keinen Augenblick auch in Wien, wie in Warschau, die Hilfe des befreundeten Jesuiten anzurufen. In seiner Antwort vom 17./27. Februar 1700 auf Bartholdis Schreiben war zu lesen: „weil Graf Kaunig geraten, die Sache durch den P. Wolff an den Kaiser zu bringen, so lasse er es sich gefallen und habe einen eigenhändigen Brief an denselben geschrieben.“ Der Brief kam in P. Wolffs Hände, und Herr v. Bartholdi war recht sehr erfreut, daß der Jesuit sofort bereit war, sich zu Gunsten seines Herrn ins Mittel zu legen. Hatte P. Wolff ja ehemals Friedrich III., wie der Brief besagt, das Versprechen gegeben, diesem allemal gern an die Hand zu gehen. Friedrich gab seiner Zuversicht auf eine „gute schleunige Resolution“ durch die Hilfe des Jesuiten den Ausdruck, „daß Niemand besser als er (P. Wolff) bei Ihrer Kaiserlichen Majestät Mir dienen kann“. Dieser erste Brief des Kurfürsten an P. Wolff lautet wörtlich:

„Lieber Baron von Wulffen!

Weilen derselbe Mir bisher verschiedene Proben von Seiner vor Mich habenden guten Intention gegeben, auch sich erboten, in Meinen Angelegenheiten Mir allemal gerne an die Hand zu gehen und ich

Anf. Mich deshalb an Ihn nur adressiren sollte, so hat
Febr. Mich solches bewogen, ihm durch Meinen Residenten, den
1700. von Bartholdi, eine gewisse Sache eröffnen zu lassen, die
Frd. III. Mir von der grössesten Wichtigkeit ist, und worin Ich
an glaube, daß Niemand besser, als Derselbe, bei Ihrer
P. W. Kaiserl. Majestät Mir dienen kann. Ich will Ihm auch
dannenher dieselbe aufs allerbeste rekommandiret haben
und versichere Ihn, daß Ihre Kaiserl. Majestät Mich hie-
durch zu einer ewigen Dankbarkeit gegen sich und Ihr
Haus verbinden werden: dem Herrn Baron aber will Ich

auch deshalb eine große Obligation haben und in Erwartung einer guten Resolution allezeit verbleiben des Barons wohlaffektionirter u. s. w." (324.)

P. Wolff war weder durch das geheimnisvolle eigenhändige Schreiben des Kurfürsten, noch durch den inhaltreichen Besuch und die Eröffnung vom brandenburgischen Verlangen nach der Krone durch den Gesandten von Bartholdi sehr überrascht. Dasselbe war ihm seit Langem von den Polen her schon bekannt, wie wir schon wissen. Zwar glaubte er anfänglich, je wichtiger die ihm angetragene Angelegenheit erscheine, um so untauglicher sei seine „Geringheit“, die sich in so hohe Dinge kaum einmischen („einschmücken“) dürfe. Dennoch aber sah er in dem gemeinsamen hohen Interesse des Kaisers und des Kurfürsten den günstigen Boden, auf welchem er trotzdem für das Verlangen des Kurfürsten eintreten dürfe beziehungsweise sollte. Unverzüglich ging er an die Arbeit und trug zwischen dem Empfang des in Berlin am 11. Februar geschriebenen kurfürstlichen Briefes und seiner vom 4. März datierten Antwort dem Kaiser Leopold nach Berlin zu drei verschiedenen Malen vor. Ueber den Erfolg berichtete P. Wolff im genannten Schreiben vom 4. März „er habe auch bei dieser Proposition so wenig einiges Mißfallen oder Widerwillen gespüret, daß, viel lieber Ihre Kaiserl. Majestät mit nachdrücklichen Worten eine ungemaine Zuneigung und Konfidenz“ zum Kurfürsten bekundet habe. Auch habe der Kaiser großes Verlangen ganz klar zu verstehen gegeben, dem Kurfürsten in allen thunlichen Begebenheiten zu willfahren. In dieser Sache aber solle man, so meinte der Kaiser zu P. Wolff weiter, gar reiflich überlegen, „daß sie weder dem Kaiser, noch insbesondere auch dem Kurfürsten mehr Schaden als Nutzen verursachen werde.“ Damit also war die Sache aufs Beste beim Kaiser eingeleitet und deren Erwägung in Aussicht gestellt. Es war das Höchste, was in so kurzer Zeit erreicht werden konnte, trotzdem daß P. Wolff „zum andern und dritten Male diesen Diskurs mit dem Kaiser angefangen“.

P. Wolff nahm sich des Wunsches des Kurfürsten nun auf alle Weise an. Um sicherer denselben fördern zu können, bat er in seinem allerersten Schreiben in dieser Angelegenheit an den Kurfürsten vom 4. März um absolutes Geheimnis über seine Thätigkeit für den letzteren, daß die Sache, was seine „geringste Person anbelanget, im höchsten Secreto gehalten werde.“ Auch bat er, was ja in Berlin nur höchst erwünscht sein konnte, um die Zustimmung zur Entgegennahme seiner bezüglichen Mitteilungen, sei es direkt an den Kurfürsten, sei es durch den Gesandten von Bartholdi. Und sogleich teilte er dann mit, daß man schon früher in polnischen Kreisen zu Wien das Projekt „von einem bewußten Titul in Preußen“ besprochen und „eine ungewöhnliche Gelosie darüber gefasset mit dem Vorgeben: dieser Titul sehe weiter hinaus, als auf einen Teil des Landes von Preußen. Redeten derowegen im höchsten Geheim unter einander, man müßte, koste es was es wolle,

mit allen Potenzen, denen an der Konservirung des königlichen und bischöflichen Preußen soviel gelegen wäre, Allianzen machen, diesem Titul zu widerstreben.“ Zur Zeit war allerdings die Frage in Vergessenheit geraten, und P. Wolff riet sie auch weiterhin überhaupt „im höchsten Geheim zu traktieren und nichts ehender vorzunehmen, als nachdeme die Gemüter der Interessirten genugsam capaces gemachet worden.“ Zum Schluß versichert P. Wolff, daß er sich glücklich schätzen werde, wenn er des Kurfürsten „gnädigsten Befehl dem Buchstaben nach werde erfüllen können.“ P. Wolffs Schreiben aber hat folgenden Wortlaut:

„I. H. S.

„Durchlachtigster Kurfürst, Gnädigster Herr Herr!

Daß J. K. D. (Ihre Kurfürstliche Durchlaucht) Dero gnädigstes Vertrauen auf meine mehr nicht als Wenigkeit zu werfen und mich nicht allein durch Dero Residenten, Herrn Bartholdi, sondern auch 4. III. 1700. P. W. an Frd. III. durch Vermittlung eigenhändigen gnädigsten Zeilen Dero dem gütigsten Befehl zu begnaden sich gewürdigt haben, erstatte mit einem unterthänigsten Handkuß meinen treuehorsaamsten Dank, mit demüthigster Versicherung, daß ich Deroselben auch nur einziges Zeichen Dessen Willens für einen gnädigsten Befehl annehmen und in allen mir thunlich auch möglichen Sachen Dero Interesse niemals entfallen werde. Welches nicht allein J. K. D. mir allezeit erwiesene hohe Gnaden, sondern auch Deroselben mit J. K. M. meines allergnädigsten Herrn perpetuirlichen Wohlstand und Aufnahmen also hauptsächlich vereinigte hohes Interesse mit höchsten Recht von mir erfordert. Allein je die Sache, so mir durch Dero Residenten vorgetragen worden, von höherer Wichtigkeit, desto untauglicher finde ich darzu meine Geringheit, als welche in so hohe Affären kaum einschmücken darf. Nichts desto weniger meine treuehorsaamst obliegende Devotion, (die) zu J. K. D. und Dero Kurhause allezeit trage, zu erweisen, habe ich mich selbstens hasardiret und alsogleich nach dem empfangenen Befehl J. K. M. die Sache allerunterthänigst vorgetragen: von welcher ich auch aus dieser Proposition so wenig einiges Mißfallen oder Widerwillen gespüret, daß viel lieber J. K. M. mit nachdrücklichen Worten eine ungemeyne Zuneigung und Confidenz, welche J. K. D. mit vielerlei Proben bei Deroselben meritiret hätten, zu Deroselben gnädigst kontestiret, wie auch großes Verlangen, J. K. D. in allen thunlichen Begebenheiten zu gratifiziren, ganz klar zu verstehen gegeben haben. Allein in dem gegenwärtigen Passu sagten J. K. M. solle man gar reiflich überlegen, daß die Sache sowohl J. K. M., als auch in specio J. K. D. nicht mehr Schaden als Nutzen verursache. Und weiter haben sich J. K. M.,

wiewohlen ich zum andern und dritten Mal diesen Diskurs angefangen, nicht ausgelassen.

Nun, gnädigster Kurfürst und Herr, weiln J. K. D. in diesem höchwichtigsten Passu Dero allergnädigste Konfidenz zu meiner Wenigkeit zu haben beruhen, so habe ich um einige hohe Gnaden unterthänigst zu bitten. Erstlich zwar, daß die Sache, so meine geringste Person belanget, im höchsten Secreto gehalten werde, damit ich in diesem Fall J. K. D. zu dienen nicht untauglich (welches durch Palesirung [Nennung] meiner Person gewiß geschehen möchte,) gemacht werde. Andertens, damit ich J. K. D. mit meinem treuehorsaamsten Dienste keinen Undienst thue und anstatt dessen gnädigsten Dankes keinen Undank verdiene (welches, wann ich die mir einfallende oder von ander gehörten Diffikultäten, so zur Warnung J. K. D. etwan dienen möchten) und von andern vernommene (welche mehr an sich haben können) jedoch unvorgreifliche Gedanken entweder mit meiner Feder oder durch Dero Herrn Residenten J. K. D. treulich zu offenbaren.

Wie ich mir auch anjeko diese J. K. D. zu Dero Vorhaben (damit die Hindernisse abgeleinet werden) nicht wenig dienende Freiheit antecipando nehme und Deroselbten offenbare, was ich vor Zeiten, wann man von einem bewußten Titul in Preußen allhier redete, von denen Herrn Polen unter der Hand erfahren habe, daß sie nämlich eine ungewöhnliche Gelosie darüber gefasset, mit Vorgeben: dieser Titul sehe weiter hinaus, als auf einen Theil des Landes von Preußen. Redeten Derowegen in höchstem Geheim unter einander: man müßte, koste es was es wolle, mit allen Potentien, denen an der Konservirung des könig- und bischöflichen Preußen so viel gelegen wäre, Allianzen machen, diesem Titul zu widerstreben, weiln der Kron Polen an dem noch unter derselben verharrenden Theil des Preußen so viel als an ihrer Freiheit gelegen wäre. Solche seind damals der Herren Polen Gedanken gewesen, von welchen anjeko, indeme die Prätension in die Stille gerathen, allhier kein Mensch redet, ich auch keinem mit einigem Wort melden werde. Dahero dann ich J. K. D. treuehorsaamst bitte, Sie genehmen die Sache wohl zu überlegen, ob wann die Prätension publique wird, die Polen nicht auf die vorige, jeziger Zeit unter den Aschen begrabenen Gedanken fallen und Extremitäten attentiren werden. J. K. D. erkennen besser, wie groß die Devotion der Herren Polen seie zu ihrem von Gott vorgesezten König, und beinebens, wie starke Affektion zu ihrer Freiheit. Darum dann meine treuehorsaamste unmaßgebige Meinung wäre, die ganze Sache im höchsten Geheim zu traktieren und nichts ehender vorzunehmen, als nachdeme alle Gemüther der Interessirten genugsam capaces gemacht

worden. In welchem, wann ich J. K. D. (welche noch mehr andere Consequenzen nach Dero erleuchtetsten Verstand daraus zu eruiiren wissen werden) nicht treulich gewarnt hätte, so würde ich wider das gnädigste von Deroselben zu mir gefasste Vertrauen und meine treugehorsamst verbundenste Schuldigkeit mich gröblich versündigt haben.

Und dieses ist, gnädigster Kurfürst und Herr, was mir zur gehorsamsten Erwiederung dero gnädigsten zu mir gefassten Confidenz Deroselben unterthänigst zu überschreiben auf dies Mal beigestiegen, mit Versicherung, daß ich mich für glücklich schätzen werde, wenn ich Dero gnädigsten Befehl dem Buchstaben nach werde erfüllen können. Mich hiermit in J. K. D. hohe Gnaden und Hulden gehorsamst empfehlend, ersterbe

J. K. D. treugehorsamst unterthänigster
Fridericus von Lüdinghausen
gen. Wolff. Soc. Jesu. m. p." (325.)

Nachdem der Jesuit die Frage der Hohenzollerschen Königskrone einmal beim Kaiser zur Sprache gebracht, hatte der brandenburgische Abgesandte freie Bahn, seine diplomatischen Künste spielen zu lassen. Er war unermüdet und unerschöpflich in Widerlegung auftauchender Bedenken. Dieselben wurden sowohl aus den Verhältnissen des Reiches wie des Königreiches Polen hergeleitet und sollten demnächst in einer Konferenz ausführlich besprochen werden. Vor derselben aber machte P. Wolff dem Kurfürsten mittels Schreibens vom 28. April 1700 weitere günstige Mittheilungen über die Gemüthung des Kaisers. Er trage gar keinen Zweifel, daß v. Bartholdi „in der vornehmenden Konferenz die Sache in einen ziemlich guten Stand setzen werde.“ Der Kaiser aber werde, falls bei der Beratung keine übeln Folgen im Reich und in Polen sich herausstellen würden, die Absichten des Kurfürsten mit Freuden unterstützen, „J. K. D. Intentionen mit Freuden sekundieren,“ wie P. Wolff schreibt. Er fügt noch hinzu, daß er zu diesem Ende sein „Gebet unaufhörlich der göttlichen Majestät präsentiren werde.“

„Mit diesen treugehorsamsten Zeilen mich unterthänigst bei J. K. D. anzumelden, berichte Dieselbte, daß Dero allhiefige Resident Herr Bartholdi das bewußte Negotium bei diesem Hofe gar weislich sollicitiret und mit großer Vernunft alle die Ursachen, welche aus 28. IV. 1700. P. W. an Frd. III. notwendig-unumgänglicher Vorsichtig- und Behutsamkeit dargegen müssen vorgeworfen werden, abzuleiten sich beflisset: also daß ich keinen Zweifel trage, daß er in der vornehmenden Conferenz die Sache in einen ziemlich guten Stand setzen werde. J. K. M. aber, als welche J. K. D. ohnedem inniglich affektioniert sein, wann sie nur nach der überlegten Sache keine übleren Consequenzen im Römischen Reich, wie auch in Polen, so etwan zu befürchten wären, finden werden, werden

S. K. D. mit Freuden sekundiren. Zu welchem Ende ich mein unwürdiges Gebet unaufhörlich der göttlichen Majestät präsentiren werden“. (327.)

X.

Friedrich III. und P. Vota im Frühling des Entscheidungsjahres 1700.

„Der Kurfürst hat Niemanden um die Krone anzubitten. Seine Macht und die Zustimmung seines Volkes verleihen sie ihm, oder vielmehr, er selbst kann und darf sie sich nehmen auf Grund seiner Verdienste Im Uebrigen ist Schnelligkeit im Handeln unter den gegebenen Umständen das Beste.“

P. Vota an Friedrich III. d. d. 27. April 1700. (326 frz.)

Was zwischen Friedrich und seinem Freunde P. Vota vom Herbst 1698 bis in den Frühling 1700 verhandelt wurde, darüber enthalten die „Publikationen“ Nichts. Keinesfalls aber hat die Verbindung zwischen ihnen geruht, da die Ursache derselben, den Polenkönig und die polnischen Großen in guter Stimmung zu erhalten, fortbauerte. Dieser Grund war um so dringlicher jetzt, als von Wien aus in den Briefen des P. Wolff, nach kaiserlichen Aussprüchen, wiederholt auf das Einverständnis mit Polen hingewiesen worden. P. Votas Bemühungen waren für Friedrich III. jetzt um so wesentlicher geworden, als inzwischen dessen Absicht den Königstitel anzunehmen, in Polen neuerdings allgemein bekannt geworden, und eine furchtbare Erregung hervorgerufen hatte. Welche Schwierigkeiten hätte P. Vota jetzt aufhäufen können! Statt dessen aber sehen wir ihn mit verdoppeltem Eifer an der Arbeit zu erklären, zu belehren, zu beschwichtigen. Zuhöchst aber galt es, König August bei seiner für Friedrich III. in Johannisburg und um den Jahreswechsel 1699—1700 auf der zweimaligen Zusammenkunft zu Oranienbaum bekundeten Bereitwilligkeit, Friedrich III. als König anzuerkennen, zu erhalten. Alles dies spiegelt sich gleich im ersten der veröffentlichten Briefe dieses Jahres d. d. 27. April 1700. Darin wird ausdrücklich auf die fortlaufende Verbindung Friedrichs mit P. Vota Bezug genommen. Auch vernehmen wir, daß in einem andern (nicht veröffentlichten oder nicht erhaltenen) Briefe an P. Vota der Kurfürst selbst eine neue persönliche Zusammenkunft mit dem Jesuiten gewünscht hatte. Vielleicht auch war P. Vota persönlich auf den Zusammenkünften Friedrichs und Augusts II. zu Oranienbaum zugegen. Jedenfalls stand er fortwährend an der Spitze der Bewegung in Polen und darüber hinaus für das Königtum der Hohenzollern. Er (P. Vota) schreibt aus Warschau d. d. 27. IV. 1700:

27. IV. „Er (P. Bota) könne seinem Eifer für die Sache des Kurfürsten und
1700. den glücklichen Erfolg der Königskrönung keine Schranken setzen.
P. V. Man sehe dieselbe in Warschau als ausgemacht und zweifellos
an. Darüber habe er eine unaussprechliche, aber auch schwer
Frđ. III. erkämpfte Freude, da er so viele Schwierigkeiten zu be-
seitigen gehabt, welche jene erhoben, welche von dem Rechte und
der Macht des Kurfürsten und von seinem Vorteil bei der Rängerhöhung
nicht unterrichtet beziehungsweise für den letzteren nicht günstig gestimmt
sind. Er habe bei den Einen geltend gemacht, daß man keineswegs
ein Land ganz und ungeteilt besitzen müsse, um den Königstitel
desselben zu führen; die Annahme des Titels „König von
Preußen“ bedeute keineswegs die Inanspruchnahme der
Herrschaft über die beiden Preußen und den Versuch einer
Schmälerung der Rechte der Republik Polen. Bei Vertretern der
letzteren habe er darauf hingewirkt, daß sie anerkannten, es sei für
die Republik ruhmreicher, den Kurfürsten als König anzuerkennen;
das schade Niemanden etwas, dem Könige von Polen so wenig, wie
demjenigen von Spanien. **Uebrigens habe der Kurfürst Nie-
manden um die Krone anzubitten, seine Macht und die Zu-
stimmung seines Volkes verleihen sie ihm, oder vielmehr, er
selbst kann und darf sie sich geben auf Grund seiner Verdienste.**
Der König von Polen habe also nicht nötig, in Anerkennung des
Kurfürsten als König das Beispiel eines Anderen abzuwarten,
sondern solle vielmehr Anderen hierin vorangehen. Das sei seiner
Ehre förderlich und ebenso seinem Vorteil unter den Umständen, in
welchen seine Kriegsmacht in Aktion komme; da sei ein solcher Beweis
der Freundschaft für den Kurfürsten recht angebracht und geboten.
Außerdem habe er (P. Bota) auch geltend gemacht, daß fast
alle Könige der Erde von sich selbst aus und unter Zu-
stimmung ihrer Völker ihre Kronen genommen, so namentlich
bei fast allen Nationen Europas. Mit dieser Thatsache also, schloß
der Vater, müssen jene, welche auf die Hilfe des Kurfürsten zählen,
rechnen, um sich nicht selbst zu schaden; des letzteren Freunde
werden sich aus der Anerkennung Friedrichs als König
eine Freude machen, und seiner Feinde wegen habe er
sich nicht zu beunruhigen. Im Uebrigen sei Schnellig-
keit des Handels unter den gegebenen Umständen das Beste.
Der König werde bald nach Preußen abreisen und zur Zeit der
Verkündigung der neuen Würde des Kurfürsten sich dort befinden.*)

*) Die Erwartung, daß die Krönung in allernächster Zeit vorgenommen werde, ging zwar nicht in Erfüllung. Sie beweist aber, wie genau P. Bota über Alles unterrichtet war. Friedrich III. selbst hatte in seinem ersten Brief an P. Wolff um „eine gute schleunige Resolution“ gebeten. (S. S. 33.)

Es sei kein Zweifel, daß die anderen Könige Europas seinem Beispiele in Anerkennung der neuen Würde folgen werden. Zu Schluß kommt der Brieffschreiber auf Friedrichs Wunsch eines erneuten persönlichen Besuches zu reden, von welchem dieser in seinem **letzten Briefe** gesprochen habe. Eine Nachschrift beweist, daß P. Vota von der ergangenen Entscheidung des Kurfürsten, die Krone anzunehmen, **vertraulichst** unterrichtet worden war. (326 frz.)

Nicht lange nachher (8. Mai) berichtete P. Vota in einem neuen Schreiben an Friedrich III. von seiner ferneren Bekämpfung der polnischen Vorurteile:

„Er fahre in der Belehrung der Beschränkten und Unwissenden in Sachen der Erhebung des Kurfürsten zur
8. V. Königswürde unausgesetzt und mit Erfolg fort. Mehrere
1700. Paladine und Senatoren der Republik sind von ihrem Irrtum und
P. V. der Grundlosigkeit ihrer Aufregung bekehrt. Selbst die Reider ge-
an stehen, daß ein gutes Teil Bosheit dazu gehört, einen Titel nicht
Frd. III. anerkennen zu wollen, welcher Niemanden schadet und der nur die
Anerkennung des Verdienstes und der Macht eines Hauses sei, das mehreren anderen königlichen Häusern hierin geradezu überlegen sei. Jene Böswilligen aber, welche den Titel „König von Preußen“ als einen Anspruch auf die beiden Preußen bekämpfen, habe er die verschiedenen Beispiele ähnlicher Titelverhältnisse in Europa (Könige von Spanien und Frankreich, zugleich beide als Könige von Navarra u. s. w.) entgegengehalten, wodurch an den bestehenden Machtverhältnissen doch auch nichts geändert werde. Um schließlich alle Bedenken nachdrücklichst zu beschwichtigen, könne Friedrich III. eine ausdrückliche Erklärung in einem Briefe an den König von Polen geben, wonach er nur sich auf das ihm gehörige Preußen beschränken und die mit der Republik Polen geschlossenen Verträge gewissenhaft und unentwegt halten werde. Diese Erklärung sei darum an den König zu richten, weil dieser gerade den besten Gebrauch davon machen könne; an die Republik gerichtet, werde sie doch kaum beruhigende Wirkung haben, dann aber sei es sehr gefehlt. Der König aber werde sie einfach **nach** einer Senatssitzung mitteilen, ohne daß darüber diskutiert werde, und dann sei alles geglättet. Dem König werde so das Hindernis für die Anerkennung der preußischen Krone weggeräumt, ohne daß man die Herren von der Republik zur Äußerung ihrer Ansichten aufgefordert habe, was sicher sehr gefährlich wäre. Die Einsendung an den König aber sichere das Recht sowohl des Kurfürsten, sich den Titel zu

geben, der ihm gefalle, als auch des Königs, denselben ohne Zustimmung der Republik nach seinen Entschliessungen anzuerkennen. Für letzteres liege ja auch ein Beispiel bereits in der Anerkennung des Königs Wilhelm III. von England durch König Johann Sobieski vor. Man sage zwar, er (P. Vota) habe das gethan, aber das sei doch unrichtig, denn der König hat doch den Brief unterzeichnet und den Befehl zur Versiegelung gegeben. Wenn man aber weiter ihm vorwerfe, den König dazu bewogen und die Adresse geschrieben zu haben, so mache er sich daraus ein großes Verdienst gerade um die Republik Polen, welche sich niemals von dem Vorwurf der Unklugheit und Böswilligkeit hätte rein waschen können, wenn sie dem Könige von England den gebührenden Titel hartnäckig verweigert hätte, während der Kaiser und alle katholischen Souveräne ihn anerkannt hätten. In dieser und ähnlicher Weise suche er also die von so chimärischen Befürchtungen Behafteten zu heilen, welche Manche der weisen und gerechten Entschliessung des Königs von Polen, Friedrich als König anzuerkennen, entgegenbringen. P. Vota fügt alle dem hinzu, daß man seinen Weg gehen und sich nicht von den Launen Uebelgesinnter und Böswilliger abhängig machen soll“ u. s. w. (329.)

Schon 8 Tage später, am 15. Mai schrieb P. Vota wiederum an Friedrich III. In diesem Briefe berührte er neue Gründe für die Erhebung des Kurfürsten zur Königswürde, welche namentlich gegen die Einsprache gerichtet waren, als sei die letztere eine unerhörte Neuerung. Diese Gründe beruhten auf der Thatsache, daß bereits im 6. Jahrh. im Preußenlande Könige existierten, eine Entdeckung, welche der kurbrandenburgische Gesandte Werner, in Folge der wiederholten Hinweise des P. Vota auf die Geschichte Preußens in alter Zeit, bei dem Geographen Abraham Ortelius aufgestöbert hatte. P. Vota weist gleichzeitig darauf hin, daß auch das ehemalige Reich der Vandalen (Wendenland), von dem der Kurfürst einen Teil besitze, Könige gehabt habe. Auch darüber sagt er, werde die Geschichte Aufschluß geben, wenn man nur richtig suche und forsche. Diese Thatsachen müssen jene verstummen lassen, welche sich gegen die Königswürde Friedrichs als eine willkürliche Neuerung sträuben:

„Die Entdeckung des Residenten Werner bei Abraham Ortelius von der Existenz ehemaliger Könige von Preußen sei ausgezeichnet und das
15. V. um so mehr, als der Königstitel von damals nur dem im Besitze des Kur-
1700. fürsten befindlichen Gebiete des Preußenlandes zugestanden habe ...
P. V. Er (P. Vota) habe stets darauf verwiesen, daß die alten
an Geschichtschreiber über diesen Punkt Auskunft gäben. Man
Frd. III. könne nun nicht mehr sagen, daß der Kurfürst mit seiner Erhebung
zur Königswürde eine Neuerung vollführe, vielmehr müsse man an-
erkennen, daß er nur den ehemaligen eigentlichen Titel des Landes,

15. V. dessen Souveränität er besitze, wiederherstelle und erneuere. Indem
1700. sich der Kurfürst, „König von Preußen“ („Rex Borussiae“) nenne,
P. V. bediene er sich nur wieder des Rechtes und des Gebrauchs seiner
an Vorgänger im 6. Jahrhundert Wenn man richtig nach-
Frđ. III. forsche, werde man finden, daß auch das Vandalenreich, von dem
der Kurfürst den größten Teil besitze, Könige gehabt habe, und daß
man gerade diesem Volke Königreiche in den schönsten Ländern Europas,
Asiens und Afrikas verdanke. Nach all diesem könne Niemand ein
Unrecht darin finden, wenn Sr. Kurfürstl. Durchlaucht den Königs-
titel annehme, welcher mit den Rechten auf seine Staatsgebiete ver-
bunden sei.

Recht der Könige sei es, mit den Souveränen auf die ihnen gut
scheinende Art zu verkehren, wie (der verstorbene Polenkönig) Johann
Sobieski gegenüber Wilhelm, dem Dranier, erkennen ließ; und das
müsse allen Vorwand des Zögerns und Zauderns benehmen, da
König August für die Interessen und die Ehre des Kurfürsten so
sehr günstig gestimmt und eingenommen sei. Und seine (P. Votas)
Wünsche für das Glück Beider richteten sich auf diese vollkommene
Vereinigung und gegenseitige Unterstützung zu allen Zeiten und ganz
besonders aber in der augenblicklichen Lage.*)

P. Vota schließt das Schreiben mit dem Hinweise, welchen er
stets seinen Unterredungen mit den Gegnern der preussischen Königs-
krone einflachte: daß sie reden könnten, was ihnen beliebe, daß aber
der Kurfürst dennoch thun werde, was er für gut fände; denn
deren Worte werden die Königskrone Friedrichs nicht
erschüttern; die Geschichte aber werde dieselbe besser be-
währen („car leurs paroles n'ébranleront pas Sa couronne
royale, mais le temps la documentera mieux.“) (330 frz.)

*) Wie aus dem oben mitgetheilten Briefe P. Votas an Friedrich vom
8. Mai 1700 erhellt, war die Anerkennung des Draniers als König von
England durch Johann Sobieski das Verdienst und das Werk des P. Vota.
Er will also mit diesem Hinweise sagen: „Ich habe jene Anerkennung des
Draniers durch König Sobieski zu Wege gebracht, ich werde auch die
Anerkennung Sr. Kurfürstl. Durchlaucht als König von Preußen durch den
jetzigen König August II. durchsetzen“.

XI.

Friedrich III. und P. Bota im Sommer 1700. Krönungsbischöfe. P. Botas Wirken in Wien und bei den italienischen Höfen.

„Weilen Uns auch wissend, daß P. Bota hin und wieder starke Correspondentien hat, so würde Uns lieb sein, wenn er von dieser Sache und daß dieselbe in Polen sowohl bei der Republik als bei dem König gänzlich ausgemacht sei, an seine bei fremden Höfen (habende) gute Freunde und in specie nach Wien an des Kaisers Beichtväter Menegati und Wolff (!?), wie auch an den dortigen Nuntium, jedoch ohne Affectation, notifizieren wollte, und hast Du ihn darum zu ersuchen.“

Friedrich III. an seinen Gesandten in Warschau d. d. 15. Juni 1700. (333.)

Inzwischen konnte man bei so begeisterter Fürsprache und Förderung zu Gunsten der neuen Königskrone auch mit den Einzelheiten der Krönung selbst des Näheren sich bereits befassen. So berichtet der brandenburgische Gesandte Werner aus Warschau unter dem 10. Juni 1700, er sei von einem littauischen Staatsmann, Unterkanzler Szeruka, erinnert worden, daß die Krönung von einem Bischof vorgenommen werden müsse, weshalb dieser kirchliche Stand auch in England, Schweden und Dänemark beibehalten worden sei. Andernfalls wenn die heilige Salbung des Königs („das Sacrum der Salbung“) unterbleibe, könnten Schwierigkeiten wegen Beilegung der Titulatur „Geheiligte Königliche Majestät“ („Sacra Regia Majestas“) entstehen. Jenes Littauers Ansicht nach könnte wohl der Bischof von Ermland die Krönung vornehmen; allein, so bemerkt der Gesandte Werner, dabei entstehe sowohl wegen der Religion, als wegen der Frage der Abhängigkeit ein großes Bedenken. Er nahm daher auch mit dem P. Bota Rücksprache über die Sache und dieser riet, der Kurfürst könne Jemanden zum Bischof über irgend eines der ehemaligen Stifter ernennen und von jenem sich salben lassen. „Des P. Bota Sentiment steht mir besser an“ schrieb Werner nach Berlin (332). Bekanntlich ist danach auch bei der Königskrönung verfahren worden. Im letzten Grunde verdanken also die zur Krönungsfeier ernannten protestantischen Bischöfe, der reformierte Theologe Dr. Ursinus v. Bär und der lutherische Konsistorialrat Dr. v. Sanden, ihre Erhebung und die Ehre, den ersten König von Preußen zu salben, dem P. Bota, S. J.

Aber nicht nur für den Ausgang der Sache am polnischen Hofe und in der polnischen Republik rechnete Kurfürst Friedrich III. mit der Hilfe und

auf die Unterstützung des P. Bota S. J., sondern er erbat dessen Mitwirkung auch für die Durchführung seines Planes bei andern in Frage kommenden Kabinetten. Wir wissen, daß die Grundlage des ganzen Bemühens um die Königskrone Preußens und deren Anerkennung durch den Kaiser und Andere die Anerkennung Seitens Polens war. Der geringste öffentliche Widerspruch von dorthin, vor der Krönung offiziell und amtlich erhoben, und namentlich der Hinweis auf das polnische Heimfallsrecht hätte alles in Frage stellen können. Es mußte darum dem Kurfürsten aufs Höchste daran gelegen sein, daß den fremden Mächten und Höfen von der zuverlässigsten Person in dieser Beziehung Versicherungen und Beruhigungen zukämen. Diese konnte aber kein Anderer besser geben, als derjenige, welcher alle Fäden der Lage in Polen in Händen hielt. Friedrich III. sandte unter dem 15. Juni seinem Gesandten folgende bezügliche Weisung:

„Weilen uns auch wissend, daß P. Bota hin und wieder starke Correspondentien hat, so würde uns lieb sein, wenn er von dieser Sache und daß dieselbe in Polen sowohl bei der Republik als bei dem Könige gänzlich ausgemacht sei, an seine bei fremden Höfen (habende) gute Freunde und in specie nach Wien an des Kaisers Beichtvater Menegati und Wolff*), wie auch an den dortigen Nuntium, jedoch ohne Affectation, notifizieren wollte, und hast Du ihn darum zu ersuchen.“ (333.)

Elf Tage später, als diese Weisung von Berlin abgegangen war, am 26. Juni 1700 schon konnte der brandenburgische Gesandte Werner dem Kurfürsten die Erfüllung seines Verlangens durch P. Bota mitteilen. „Der P. Bota,“ schrieb er, „hat bereits nicht allein an dem kaiserlichen, sondern fast an allen Höfen, wo er Korrespondenz hat, Part gegeben, daß E. K. D. a rege et republica die Deklaration erhalten, sobald Sie sich würden krönen lassen, Sie pro rege (als König) zu erkennen. Und bezeiget er, daß er mit seiner unterthänigsten Devotion, insonderheit was E. K. D. Gloire betrifft, allezeit Dero Befehl zuvorzukommen sich bemühen werde.“ (335.)

Auch P. Bota gab dem Kurfürsten hievon Meldung in seinem Schreiben vom 6. Juli 1700. Dieses Schreiben ist auch darum merkwürdig, weil P. Bota darin ausdrücklich Kenntniß giebt von seiner Verwendung für Friedrichs Königtum beim Papste und den Kardinalen zu Rom, auch selbst die Ernennung eines Bischofs für die Krönung vorschlägt, zur Beruhigung der Polen aber diesen gegenüber den Namen „Nordpreußen“ zu gebrauchen empfiehlt. Schließlich spricht er seine Freude über die baldige Krönungsfeier aus.

*) P. Wolff war nicht Beichtvater des Kaisers, wohl aber P. Menegati. Der letztere wird auch der Vertraute und Freund des P. Wolff sein, welchen der Kurfürst in seinem Erlaß an seinen Gesandten Bartholdi am kaiserlichen Hofe vom 10. Januar 1701 und letzterer in seiner Antwort vom 29. Januar 1701 erwähnen, und dessen Uneigennützigkeit gleich jener des P. Wolff in den preußischen Krönungsakten gerühmt wird. (373.)

6. VII.
1700.
P. V.
an
Frd. III.

„Er (P. Botta) habe nicht ermangelt nach Wien an die andern vom kurfürstlichen Residenten ihm bezeichneten Personen, d. h. an die Beichtväter der kaiserlichen Majestäten (!)* und an den P. Wolff zu schreiben. Auch an sämtliche Souveräne Italiens, welche ihn der Ehre ihres Wohlwollens würdigten, habe er Darlegungen der gerechten Gründe abgesandt, welche den Kurfürsten zur Wiedererneuerung des Königtums in Preußen bewogen hätten, das seine Vorgänger in früherer Zeit hier aufgerichtet. Er (P. Botta) zweifle gar nicht an der Zustimmung zu diesem Entschluß des Kurfürsten sowohl seitens des Kaisers als der italienischen Fürsten. Den letzteren werden der Papst und die Kardinäle, an welche er ausführlich über die Angelegenheit geschrieben, mit gutem Beispiel vorangehen. Man solle also die Vollziehung der Krönung beschleunigen, und er (P. Botta) zähle bereits die Stunden, bis diese vor sich gehe. An der Aufrichtigkeit und Entschiedenheit des Polenkönigs sei nicht zu zweifeln; er werde als der Erste mit dem Kardinalprimas von Polen und den andern Großen des Landes Friedrich als König anerkennen und so den übrigen gekrönten Häuptern mit gutem Beispiel vorangehen, da die vom Kurfürsten zugestandene Erklärung alle Bedenken und Hindernisse der Gegner beseitigt habe. Die Vornahme der Krönung durch einen Bischof nach schwedischem oder dänischem Ritus werde dieser einen großen Glanz verleihen. Die Ernennung eines Krönungsbischofes hange von demjenigen ab, welcher sich ebensowohl als das geistliche, wie das weltliche Haupt seiner Staaten ansehe. Magdeburgs Name, dessen Erzbischof ehemals Primas von Deutschland gewesen, habe einen guten Klang und Glanz, vielleicht aber gebe seine Zugehörigkeit zum Reich und seine Säkularisation durch den westfälischen Frieden zu Bedenken Anlaß, die innerhalb des Herzogtums Preußen nicht vorhanden. Der Name „Nordpreußen“ ferner, den man Polen allein gegenüber in Anwendung bringen solle, werde die letzten Gegner in diesem Lande verstummen lassen.

P. Botta schließt das Schreiben mit der Mitteilung, in der Nähe des Königs von Polen verbleiben zu wollen, um die Befehle des Kurfürsten bei seiner bevorstehenden Krönung in Königsberg zu erwarten; er hoffe vielleicht das Glück zu haben, wenn es dem Kurfürsten nicht mißfalle, sich persönlich in der genannten Königsstadt einzufinden und die Zahl der Glückwünschenden vermehren zu dürfen unter dem Rufe: **„Es leben der König und die Königin von Preußen!“** (338.)

*) P. Menegati S. J. für den Kaiser, P. Müller S. J. für die Kaiserin.
Vergl. Hinck: „Leben Leopolds des Großen“.

XII.

Friedrich III. und P. Wolff im Sommer 1700.

„Ich werde in einer gar kurzen Zeit Ihre Kurfürstl. Durchlaucht, meinen gnädigsten Herrn, als „Ihre Königliche Majestät, meinen allergnädigsten Herrn“, mit Fug und Recht tituliren und veneriren können.“

P. Wolff an Friedrich III. d. d. 7. Juli 1700. (339.)

Unter dem 7. Juli 1700 erstattete P. Wolff, wie er schreibt, als der erste einen Bericht über den günstigen Stand der Sache am kaiserlichen Hofe. Obgleich er von der schließlichen Entscheidung des Kaisers keine unfehlbare Sicherheit geben konnte, so durfte er doch erklären: „daß das ganze Werk nunmehr bei J. K. M. und den hievon Wissenschaft habenden Ministern in so guten Terminis stehe, daß weder J. K. D. noch ich (P. Wolff) als Deroselben treuehormsamster Knecht es besser wünschen könnte.“ „Ich werde“ fährt er fort, „in einer gar kurzen Zeit Ihre kurfürstliche Durchlaucht meinen gnädigsten Herrn als „Ihre königliche Majestät meinen allergnädigsten Herrn“, mit Fug und Recht tituliren und veneriren können“. P. Wolff war seiner Sache so sicher, daß er bereits dem Kurfürsten im Voraus Glück wünschte, und auch in seiner Bescheidenheit alles Verdienst von sich abzulenken suchte: „Sein Gebet, daß er zu diesem Ende Gott aufgeopfert“, erklärt er, „sei wegen seiner Sünden gar zu gering, sein Rath sei als der eines Nicht-Statisten nicht eingeholt („gehöret“), und darum auch nicht beachtet („attendiret“) worden; nebst Gott, durch den die Könige regieren und die Rats Herren das Recht setzen, sei alles dem Kaiser zuzuschreiben.“ Trozdem hat man sich in Berlin nie darüber getäuscht, daß P. Wolff den wesentlichsten Anteil an der günstigen Stimmung des Kaisers für den Plan des Kurfürsten habe. Der Hebel, welchen er hierzu in Thätigkeit setzte, war die Betonung der Treue und Ergebenheit des Kurfürsten gegen den Kaiser, wovon P. Wolff als ehemaliger Gesandter des ersteren in der Schwiebuser Angelegenheit ein persönlicher Zeuge war, („ein augenscheinlicher Zeig selbstn ware“), da er damals, wie wir ja auch schon aus dem oben angeführten ersten Schreiben des Kurfürsten an P. Wolff in der Krönungssache wissen, von diesem und seinem Vater, dem großen Kurfürsten „die Sache zu incaminiren“ von Berlin nach Wien gesandt worden. Zum Schluß seines Briefes bat P. Wolff wiederholt, über seine persönliche Thätigkeit in der Angelegenheit, insbesondere über seine Berichterstattung das tiefste Geheimnis walten zu lassen. Das Schreiben lautet also:

7. VII.
1700.
P. V.
an
Frd. III.

„J. K. D. hohe Gnade, mit welcher Sie Sich meiner Wenigkeit Dero bei J. K. M. suchende, die königliche Würde betreffende Prätension vor allen anderen gnädigt und eigenhändig zu offenbaren gewürdiget haben, hat mir die Kühnheit gegeben, mich unterthänigst zu unterstehen, auch der erste zu sein; welcher vor allen Anderen Deroselben, wie die Sache anjeto bei diesem kaiserlichen Hofe stehe, in aller Submission zu relationiren.

Wiewohl ich nun von der schließlichen Resolution J. K. M., welche noch nicht in dieser Sache geschehen ist, und also Gott allein, dem der menschliche freie Willensbeschluß bekannt sein kann, offenbar stehet, keine unfehlbare Sicherheit geben kann, zumalen bei denen großen Höfen (wie J. K. D. bei dem Ihrigen wohl mögen öfters erfahren haben) die Sachen vor dem letzten Schluß niemalen eine aliothane Sicherheit zu haben pflegen; jedoch kann ich J. K. D. versichern, daß das ganze Werk nunmehr bei J. K. M. und den hiervon Wissenschaft habenden Ministris in so guten Terminis stehe, daß weder J. K. D., weder ich, als Deroselben treuehormsamster Knecht, es besser wünschen könnte. Also zwar, daß kein Zweifel mehr übrig seie, ich werde in einer gar kurzen Zeit „J. K. D. meinen gnädigsten Herrn“ als „Ihr königliche Majestät meinen allergnädigsten Herrn“ mit Fug und Recht tituliren und veneriren können: welches mich wohl von Herzen, von Herzen wird erfreuen, und ich schon antecipato J. K. D. von Grund meiner Seele gratulire. Wann aber solches geschehen wird, so werden J. K. D. dasselbige meiner Wenigkeit zwar davon gar im geringsten nichts (weilen mein Gebet, welches ich zu diesem Ende meinem Gott aufgeopfert habe, wegen meiner Sünden gar gering, mein Rath aber, weil ich kein Statist [Staatsmann] oder Politiker bin, darzu gar nicht gehöret, also auch nicht attendiret worden ist), nebst Gott aber (durch welchen regieren die Könige und die Rathsherrn setzen das Recht), J. K. M. gänzlich zuzuschreiben haben: als welche vom Anfang des ganzen Werkes eine besondere Affektion und Vertrauen gegen J. K. D., wie auch einen ungemeynen Eifer Deroselben einige solide Consolation zu geben charmiret sein. Und dieses zwar wegen der niemalen fallirten Erfahrung Dero unveränderten Treue und Liebe zu der allerhöchsten Person J. K. M., welcher ich noch in denen jungen Jahren Ihre damals kurprinzlichen Durchlaucht, wo sich Dieselbte Dero gloriwürdigsten Gedächtnus Herrn Vaters Durchlaucht in Vertraulichkeit mit J. K. M. zu erhalten in der zwipuschischen Materi also treu und devot gegen J. K. M. bezeiget haben, ein augenscheinlicher Zeig selbstn ware, indem ich damals die Sache zu incaminiren von Berlin anhero geschicket ware. Wiewohl auch die zu diesem Werke erwählte Ministri J. K. D. Prätension, die königliche Würde betreffend, nach

der Billigkeit J. M. zu repräsentiren, wie viel mir wissend, keineswegs ermanglet haben. So hat auch der Herr Bartholdi das Seinige mit höchstem Eifer und Bescheidenheit zu thun bei diesem Werke nichts unterlassen. Und diese meine wohlgegründete Hoffnung habe ich aus treuehorsamster Devotion, so ich zu J. K. D. und Dero Kurhause allezeit trage, Deroselben unterthänigst offenbaren wollen. Lebe dieser Zuversicht, daß inzwischen keine Aenderung vorfallen wird, welche die schließliche Resolution J. K. M. verhindern möchte.

P. S. Bitte unterthänigst solches alles, daß es von mir kommen sein, in höchstem Geheim zu halten". (339.)

Mittlerweile war es zwischen Bartholdi und P. Wolff in Wien noch zur Sprache gekommen, daß letzterer persönlich die Nachricht von der endlichen günstigen Entscheidung des Kaisers nach Berlin überbringen solle. Bartholdi hatte den Kurfürsten um seine Meinung hierüber gefragt. Unter dem 17. Juli 1700 gab letzterer dieserhalb in einem Erlaß an Herrn v. Bartholdi folgende Weisung:

„Daß P. Wolff anhero komme und Uns, wenn die Sache allorten ihre Wichtigkeit erlanget hat, die Nachricht davon überbringe, das lassen Wir uns zwar ganz gerne gefallen. Ihr habt aber denselben zu erinnern, daß er, wenn er hier anlanget, sich an Niemand anders, als an Uns selbst oder an Unseren p., den Grafen von Wartenberg adressiren, sein Anbringen auch Niemand als Uns selbst eröffnen solle. Indessen kommt eine Antwort auf sein an Uns abgelassenes Schreiben hierbei.“ (342.)

Dem Kurfürsten wäre es, wie es scheint, nicht angenehm gewesen, wenn P. Wolff irgend einem Dritten in Berlin vor ihm von dem Erfolg der Bemühungen um die Krone Mitteilung gemacht hätte. Indessen war das bei dem diskreten Charakter des Jesuiten, den wir oben aus seinen eigenen Worten über die Geheimhaltung der Sache schon kennen lernten, gewiß nicht zu befürchten. In der Antwort des Kurfürsten auf das oben mitgeteilte Schreiben des P. Wolff, welche gleichzeitig mit der angezogenen Weisung an Herrn von Bartholdi über die etwaige Berliner Reise des Paters nach Wien abging, erwähnte Friedrich III. gegen den letzteren keinerlei Klauseln. Er drückte „kein geringes Vergnügen“ aus, daß P. Wolff ihm „zu einer baldigen günstigen Resolution in der bekannten geheimen Sache gute Hoffnung giebt“, brachte seine „von Kindheit allemal getragene Treue und Devotion“ gegen den Kaiser in Erinnerung und versicherte, in seiner Ergebenheit gegen diesen „bis in sein (Mein) Grab unveränderlich continuiren“ und sich (Wir) „die größte Ehre und Freude in der Welt daraus zu machen“, wenn er dem Kaiser und seinem Hause „dienen und Nutzen schaffen“ könne. Dafür aber bat der Kurfürst den Jesuiten „derselbe sei so gut und helfe befördern, daß Ich nun bald in gedachter Sache mit einer favorablen Erklärung erfreuet werden

möge“. Zum Schluß gab der Kurfürst seinen um so größeren Wunsch zu erkennen, „den Herrn Baron in kurzem mit der so sehnlich verlangten fröhlichen Botschaft allhier (in Berlin) zu sehen“. Das Schreiben lautet im Original also:

„Desselben Schreiben vom 7. dieses hat Mir kein geringes Vergnügen gegeben, indem Ich daraus ersehen, daß der Herr Baron
17.VII. Mir zu einer baldigen günstigen Resolution in der bekannten ge-
1700. heimen Sache gute Hoffnung giebt, auch sich dabei Meiner vor
Frd. III. J. K. M. von Meiner Kindheit an allemal getragenen Treue und
an tiefen Devotion so wohl erinnert. Ich werde in solcher Meiner
P. W. Ergebenheit bis in Mein Grab unveränderlich continuiren und Mir
die größte Ehre daraus machen, wenn Ich J. K. M. und Dero glor-
würdigem Hause dienen und Nutzen schaffen kann. Ich bitte aber
auch hingegen, der Herr Baron sei so gut und helfe befördern, daß
Ich nun bald in gedachter Sache mit einer favorabeln Erklärung
erfreuet werden möge. Denn wie gern Ich auch J. K. M. aller-
gnädigste Resolution in schuldigem Respekt noch länger abwarten
wollte, so sind doch die jetzigen Konjunkturen dergestalt beschaffen,
daß Ich davon nothwendig profitiren muß, und wann solches nicht
in kurzem geschieht, durch einen oder anderen dazwischen kommenden
unglücklichen Zufall und Veränderung das ganze Werk leicht in Ge-
fahr gerathen könnte.

Ich wünsche auch demnach um so viel mehr, den Herrn Baron in kurzem mit der so sehnlich verlangten fröhlichen Botschaft allhier zu sehen, damit Er selbst persönlich aus Meinem Munde hören könne, wie sehr Ich J. K. M. und dero allerhöchstem Hause vor diese von derselben Mir widerfahrende neue Wohlthat Mich verpflichtet erkenne, und daß solches von Mir und Meiner Posterität mit aller ersinnlicher Treue und Gehorsam auf ewig erkannt werden soll, und daß Ich, wie bisher, also auch jederzeit bin und bleibe“ u. s. w. (343).

XIII.

Des P. Wolff Bericht über die kaiserliche Konferenz vom 27. Juli 1700. Seine geplante Reise nach Berlin.

„Sage derowegen: „Te Deum laudamus“ und
meine Feder zu dem unterthänigsten Glückwunsch erstummet“.
P. Wolff an Friedrich III. d. d. 28. Juli 1700. (344.)

Die kaiserliche geheime Konferenz behufs endgiltiger Beschlußfassung über die Zustimmung zur Annahme der Königswürde durch Friedrich III. fand

in der That bald darauf statt. Am 27. Juli beschloßen die kaiserlichen Konferenzräte einhellig dem Wunsche des Kurfürsten im Prinzip zuzustimmen. P. Wolff machte dem Kurfürsten am folgenden Tage davon in einem Glückwunschsreiben Meldung, welches also lautet:

„I. H. S.

Durchlauchtigster Kurfürst und bald, bald großmächtigster König
gnädigster Herr Herr,

Was für unaussprechliche Freude ich aus der gestrigen von
S. K. M. in der geheimen Conferenz mit einhelliger Einstimmung
28. VII. und also unanimen Votis aller Conferenz-Räthe (unter welchen der
1700. vornehmste S. M. der römische König waren) gefaßten allergnädigsten
P. W. Resolution empfunden habe, können S. K. D. aus meiner gegen
an Dero hohe kurfürstliche Person und Kurhause allezeit tragenden treu-
Frd. III. gehorsamsten Devotion besser erdenken, als ich mit Worten beschreiben.
Sage derowegen „Te Deum laudamus“ und indeme meine Feder
zu dem unterthänigsten Glückwunsch erstummet, vereinige meine
demüthigste Gratulation mit allen mit S. K. D. respektive freundlichst
(unter welchen S. K. M. gewiß der allererste sein) respektive treu-
gehorsamst (unter welchen ich keinem weiche) meinenden Gemüthern.
Und was alle diese zur Ersprießlichkeit und Glori Ihro hohen
Person und Dero Kurhauses mit Mund, Feder und Herz aussprechen
und zukünftig aussprechen werden, alles dieses ratifizire ich auch und
gutheiße mit meinem Blut, lebend und ersterbend“ u. s. w. (344.)

Es war nun wohl der Zeitpunkt gekommen, wo P. Wolff die Berliner Reise hätte ausführen sollen. Allein sie kam nicht zu Stande, weil der Wiener Hof dagegen war, damit es nicht das Ansehen habe, als ob „Geistliche sich in dergleichen weltliche Händel mit einmischten.“ So meldete wenigstens der Gesandte des Kurfürsten v. Bartholdi im Schreiben vom 7. August dem Berliner Kabinett. In dessen Bericht vom 7. August 1700 an den Kurfürsten heißt es:

„Wollen S. Kais. M. zu des P. Wolffs Reise nach Berlin jeko nicht stimmen, weil sie nicht haben mögen, daß es das Aussehen gewinne, daß Geistliche sich in dergleichen Händel mit einmischen. Der P. Wolff ist hierüber fast verdrießlich und wird nöthig sein, daß S. K. D. ihm durch ein obligantes Schreiben vor seine Affektion danken und temoigniren, daß Sie noch immer hoffen, ihn bald in Berlin zu sehen. Es ist nichts in der Welt, das ihn mehr als dergleichen Demonstrationes animiren kann.“ (346.)

Leider ist das „obligante Schreiben“ des Kurfürsten an den P. Wolff in den vorliegenden „Publikationen“ nicht zu lesen. Daß ein solches von Friedrich III. abgesandt wurde und an seine Adresse gelangte,

erhellet aus dem bezüglichen Antwortschreiben des P. Wolff vom 4. September 1700. Wir lesen da: „Ich aber habe hierbei nichts gethan, als was meine treuehorsaamste unendliche Schuldigkeit gegen Dero hohe Person mit höchsten Fug von mir erfordert hat. Habe auch forthin nicht ermangelt, mit unnachlässlicher Applikation die Sache dahin zu befördern, daß in gar wenig Tagen J. K. D. Residente eine zweifelsohne nicht unangenehme Antwort zu erwarten haben.“ Es handelte sich aber um die Beantwortung der brandenburgischen Kritik vom 14. August über die kaiserlichen Bedingungen (345), insbesondere auch über die Forderungen zu Gunsten der Religion der Katholiken. (348.) Unter den Bedingungen hatte neben den politischen auch jene gestanden, daß in Berlin ein beständiger öffentlicher katholischer Gottesdienst der kaiserlichen Gesandtschaft zu verstaten wäre. Die Instruktion Friedrichs III. an Bartholdi vom 14. August 1700 schlug dieses Verlangen rundweg ab (348). Hierauf erwartete man besorgt in Berlin die kaiserliche Gegenäußerung. Darüber eröffnete nun P. Wolff die günstigen Aussichten. Sein Schreiben lautet vollständig:

„Durchlachtigster Kurfürst, abermal bald bald großmächtigster König, gnädigster Herr Herr,

Daß J. K. D. meine Wenigkeit mit Dero gnädigsten eigenhändigen Zeilen abermalen (!) gewürdigt haben, erstatte unterthänig-
4. IX. gehorksamsten Dank. Im übrigen haben J. K. D., daß die Sache
1700. nunmehr so weit kommen, keinem andern zu danken oder Obligation
P. W. zu tragen, als allein nebst Gott Deroselbten hohen Meriten, und
an allezeit getragenen wie auch im Werk erwiesenen Devotion gegen
Frd. III. J. K. M., ferner aus dieser ersprossenen J. K. M. gegen Dero
kurfürstliche Person inniglichsten Gegenliebe und Vertrauen. Ich
aber habe hierbei nichts gethan, als was meine treuehorsaamste
unendliche Schuldigkeit gegen Dero hohe Person mit höchsten Fug
von mir erfordert hat. Habe auch forthin nicht ermangelt, mit un-
nachlässlicher Applikation die Sache dahin zu befördern, daß in gar
wenigen Tagen J. K. D. Residente eine zweifelsohne nicht unan-
genehme Antwort zu erwarten haben. Mir ist wohl von Herzen
leid, daß ich kaum die Gnade zu hoffen habe, J. K. D. als Kur-
fürst, das ist in einer gar kurzen Zeit, unterthänigst persönlich die
gnädigste Hand zu küssen; verhoffe aber als einen großmächtigsten
König allerunterthänigst zu veneriren.“ (350.)

XIV.

Von der Denkschrift P. Votas über die Königswürde für das Haus Hohenzollern.

„Im Falle aber, gegen jede Voraussetzung und gegen alle Wahrscheinlichkeit, weder der Kaiser, noch der Papst die Hand dazu böten, so behaupte ich noch einmal, daß die Macht, welche Gott Ihnen verliehen hat, allein hinreicht, daß Sie selbst sich zum König erklären. Und wenn man Sie fragt, mit welchem Jure und Rechte Sie das thun, können Sie antworten: Mit dem gleichen Jure und Rechte, mit welchem Pharamund und Meroväus sich als Könige im Frankenlande, und mit dem die ersten Könige fast aller Reiche Europas und der ganzen Welt sich zu solchen erklärten.“

P. Votas Denkschrift über die Königswürde für Friedrich III. Kapitel V. 7. (frz.)

Wir haben gesehen, wie und wodurch P. Vota dem Hohenzollern den nächsten Weg zum Throne, soweit er über Polen, Wien und Italien führte, gebahnet hat. Sein letzter Brief, welcher aus dem Jahre 1700 in den „Publikationen“ mitgeteilt worden, war vom 6. Juli 1700. Nach diesem Zeitpunkte bis zum ersten Tage des Krönungsjahres (366) sind wir, mit Ausnahme eines Aktenstückes, ohne weitere Belege des Briefwechsels zwischen dem Hohenzollern und dem Jesuiten zu Warschau gelassen. Allein die Korrespondenz dürfte dennoch kaum eingeschlafen sein. Daß noch Briefe gewechselt wurden, ist einmal zu vermuten, weil die Einsendung eines so gearteten Aktenstückes, wie es sogleich näher darzubieten ist, und welches das Präsentatum des 18. Oktober 1700 trägt (Publikationen I. S. 372), ohne ein Begleitschreiben und vielleicht auch ohne eine ausdrückliche Aufforderung des Kronbewerbers an der Spree schwerlich anzunehmen ist. Sollte das Letztere aber dennoch der Fall sein, so wäre das Aktenstück selbst in sich der Beweis, wie eingehend, allseitig und unausgesetzt P. Vota sich mit der preußischen Königskrone beschäftigt hat. So kam er dazu, derselben Perspektiven zu eröffnen, welche weit über den Gesichtskreis klein- und mittelstaatlicher Minister und konfessionell befangener nordländischer Staatsmänner um die Wende des 17. und 18. Jahrhunderts gingen. Er bereits faßte die Aussichten auf die deutsche Kaiserkrone für das Haus Hohenzollern ins Auge. Zuhöchst aber zielten jene Bahnen, auf welche der Gedankenflug P. Votas das werdende preußische Königtum hinweisen wollte, auf die hehrste Kulturaufgabe der Neuzeit ab, welche nach der Glaubensspaltung in Europa denkbar und heute noch zu lösen ist. Es ist dies die Einigung und Stärkung der Christenheit in sich zur Abwehr des Unglaubens, welcher damals unter der grünen Fahne des arabischen Pseudopropheten von außen her die Christenheit bedrohte, wie er heute unter dem roten

Banner des sozialen Umsturzes die Grundlagen von Kanzel und Krone, von Thron und Altar, zu erschüttern unternommen hat. Wiedervereinigung der durch die Irrungen des 16. Jahrhunderts getrennten Christen war und bleibt das Ziel der europäischen Kultur, um selbst wieder das Mittel zur Christianisierung und Civilisation der Welt zu sein. Es ist das gewiß ein Ziel, wert des Schweißes eines P. Bota, Friedrich III. und anderer Edeln!

Das in Rede stehende Aktenstück P. Botas aber ist so bedeutend und wichtig, daß es in der Sammlung der im Königl. Staatsarchive in 20 Bänden verwahrten Akten über die Erwerbung der Königswürde die erste Stelle erhalten hat. Wir erachten es für würdig, in seinem vollen Umfang auch einmal in deutscher Sprache mitgeteilt zu werden. Und dies aus mehrfachen Gründen. Einmal enthält das Schriftstück alles, was nur immer zu Gunsten der Erhöhung des Hohenzollernhauses im Rahmen der damals bestehenden Verhältnisse ohne Rücksicht auf das Religionsbekenntnis gesagt werden konnte und unzählige Mal von P. Bota mündlich und schriftlich beim Könige und den Großen Polens, wie auch anderer Reiche dargelegt worden war. Sodann aber bringt P. Bota jenes andere wenigstens in den bekannten Briefen bisher von ihm ganz außer Betrachtung gelassene Moment in die Verhandlung. Bisher hatte er nur die nächsten Wege für den Kurfürsten, zur Königskrone zu gelangen, nämlich erstens die Annahme derselben aus eigener Machtvollkommenheit unter Zustimmung des eigenen Volkes, und zweitens unter Genehmigung und Anerkennung anderer Mächte, namentlich des Kaisers, betont. In diesem Aktenstücke aber erörtert er auch die Möglichkeit und Vorteile, welche eine Mitwirkung des heiligen Stuhles bei der Erhebung Friedrichs zum König und die Wiedervereinigung des Hohenzollernhauses mit der Gesamtkirche für letzteres mit sich brächten. Die Denkschrift selbst in ihrem Wortlaut trägt in sich den neuen Beweis, daß P. Bota durchaus nicht die Wiedervereinigung mit der Kirche als eine seiner Voraussetzungen der Königskrone hinstellte. Das so wenig, daß er den Weg über Rom nicht einmal als den sichersten, vielmehr als einen mühevollen Umweg dazu bezeichnete! Jener Annahme widerspricht schon der ganze bisher zwischen P. Bota und dem Kurfürsten geführte Briefwechsel. Vielmehr hat der Jesuit, wie wir bisher sahen, und später noch finden werden, das Interesse des Kurfürsten und sein natürliches Recht auf die Krone, selbst bei der zu Tage getretenen völligen Erfolglosigkeit etwa erweckter Erwartungen auf die Wiedervereinigung mit der Kirche, nach allen Seiten, sogar beim heiligen Stuhle und bei dessen Vertretern in Polen und sonstwo, aufs Eifrigste geschützt und verteidigt.

Man kann hier fragen, wie P. Bota dazu kam, diese Denkschrift einzusenden, nachdem er doch bereits Alles in der Sache gethan hatte, ohne deren religiöse Seite unter dem päpstlichen Gesichtswinkel schriftlich zu betrachten. Die Veranlassung ist vielleicht in der Annahme eines erneuten Wunsches des Kurfürsten zu suchen. Im Sommer 1700 war gerade für den Kurfürsten erneute Ursache gekommen, sich mit der Möglichkeit einer Mitwirkung des

Papstes bei einer Erhebung zum König zu befragen. Bischof Zaluski von Ermland hatte unter dem 5. Juni 1700 durch den Gesandten Werner in Warschau mitteilen lassen, er habe, sobald er in Rom (!) gehört, daß der Kurfürst die Sache wirklich zu vollziehen gedächte, „den Papst selbst und das ganze Kollegium der Karbinäle dahin engagirt, daß sie bei denen katholischen Puiffancen (als dem Kaiser, Spanien, Frankreich) nicht conträr, sondern vielmehr behilflich sein wollen“. Der Kurfürst habe zwar keine Verbindung mit Rom, aber er dürfe erwägen, „daß die Opposition des Papstes bei den katholischen Höfen viel Diffikultät und Verbruß erwecken“, hingegen seine Zustimmung „das Werk befördern helfen könnte“. (331. Vergl. auch 333, 334, 336). Allein Friedrich meinte Gründe zu haben, „von der Sincerität gedachten Bischofs in diesem Negotio wenig Gutes (zu) glauben.“ (337.) Da mag er nun wohl, auf welche Weise immer es geschehen ist, dem P. Bota den Wunsch zu erkennen gegeben haben, sich auch darüber schriftlich wieder im Zusammenhange zu äußern, wie es im Sommer 1698 zu Berlin schon mündlich geschehen war. (Vergl. S. 28.) Sollte man aber lieber anzunehmen haben und dazu geneigt sein, P. Bota habe aus eigenem Antriebe die Denkschrift verfaßt und eingesandt, so wäre auch dagegen nichts zu erinnern. Ein Friedrich befreundeter Staatsmann, dazu ein Jesuit, welchen der Kronwerber in seiner Angelegenheit mündlich schon öfter und länger zu Rathe gezogen und dessen persönliche Hilfe so oft in Anspruch nahm, durfte sich wohl auch eine aufrichtige Beleuchtung der Königsfrage unter dem römischen Gesichtswinkel gestatten, ohne daß man ihn einer besonderen propagandistischen Zudringlichkeit verdächtigen dürfte. P. Bota wäre nicht der gute Freund der Hohenzollern gewesen, der er war, wenn er, aufgefordert oder nicht, Friedrich III. die blinkende und gerade auch durch seine eigenen Mühen bereits winkende Krone nicht allseitig beleuchtet und nicht auch die Möglichkeit ihrer Fertigstellung unter Mitwirkung der ganzen Kirche und des Papstthums gezeigt hätte. Der Jesuit aber konnte diese eine Frage nicht lösen, ohne wieder sämtliche Wege, auf denen Friedrich zur Krone gelangen konnte, mit zu beleuchten. Und so entstand denn jenes Aktenstück, dem in Ansehung sowohl seines landes- wie reichs- und weltpolitischen Gehaltes, wie auch seines so hochsittlichen Zweckes der Wiederherstellung der Einheit der Christenheit, kein Zweites als ebenso gleich christlich ideal wie hochpolitisch praktisch gedacht an die Seite gestellt werden kann. Wer sich des viel gerühmten, deutschnationalen Vorzuges bewußt ist, fremde Größe verstehen zu können und anerkennen zu wollen, der lese und beherzige P. Botas Denkschrift über die dem Hause Brandenburg gebührende königliche Krone und Majestät aus dem Herbst des Jahres 1700.

Aber gerade der blizende Gedankenflug Botas in dieser Denkschrift hat Manche wohl geblendet und verwirrt, so daß sie dieselbe kaum näher anzusehen wagten. Außer von dem Begründer der preußischen Königswürde selbst, sowie auch von Friedrich dem Großen dürfte sie von nicht gar Vielen mit vollem Verständnis gelesen und beherzigt worden sein. Friedrich der Große

erblickte in ihr eine Untersuchung über die Wahl des Titels „König der Vandalen“ oder „König von Preußen“, und über „die Vorteile, welche das Haus Brandenburg aus seinem Königthum ziehen werde“. („Ce mémoire roule sur le choix des titres de „roi des Vandales“ ou de „roi de la Prusse“ et sur les avantages, que la maison de Brandebourg retirera de ce royaume.“ Oeuvres de Frédéric le Grand. I. p. 101.) Nikolai maß der Denkschrift alle möglichen Pfiffe und Kniffe bei, wie man sie Jesuiten nachzusagen die wenig verdienstliche Gewohnheit angenommen hat. Insbefondere schrieb er P. Bota die geheime Absicht zu, „den Kurfürsten mit zwei mächtigen, protestantischen Königen zu veruneinigen, (außer mit Dänemark) besonders mit Schweden“. Horn hintwiederum im Jahre 1816, wie neuerdings ebenfalls anscheinend auch Paulig (1886) wußten gar nichts weder von den sonstigen Verdiensten des P. Bota um die preußische Krone, noch auch von seiner Denkschrift. Stenzel hinwiederum im Jahre 1840 folgte ganz und gar den Nikolaischen Spuren, wonach auch ihm die Denkschrift als ein Mittel zur Veruneinigung Brandenburgs mit Dänemark und Schweden erschien, ihr Hauptzweck aber darauf hinausginge, daß der Kurfürst die königliche Würde nicht vom Kaiser (?), sondern vom Papste annähme. Der Jesuit ging, so meint Stenzel weiter, „bei einer offenbar nur oberflächlichen Kenntniß des wahren Charakters Friedrichs davon aus, dieser werde die königliche Würde um jeden Preis zu erhalten suchen.“ Werner Hahn (1851) verkündete munter aller Welt, P. Bota habe dem Kurfürsten vornehmlich zwei Dinge vorgeschlagen, „zuerst: er solle sich nicht (?) König von Preußen, sondern nach dem Volksstamme, der anfänglich im Lande gewohnt hätte, König der Vandalen oder König der Wenden nennen lassen. Und das andere war, er solle die königliche Würde **nicht** (?) vom Kaiser, sondern vom Papste fordern“.*) Droysen, welcher von den vorherigen und sonstigen Mühen des P. Bota um die Krone für Friedrich nichts offenbarte, aber den

*) Werner Hahn: „Friedrich I. König von Preußen“ Berlin 1851. Der bezügliche Passus lautet: S. 161. „Was der Pater Bota dem Kurfürsten riet.“ „Der P. Bota war ein Jesuit. Hierin liegt die Erklärung des ganzen sonderbaren Rates, den er in einer weitläufigen Denkschrift auseinander setzte. Er schlug dem Kurfürsten vornehmlich zwei Dinge vor: zuerst er solle sich nicht König von Preußen, sondern nach dem Volksstamm, der anfänglich im Lande gewohnt hatte, „König der Vandalen“ oder „König der Wenden“ nennen lassen. Und das andere war, er sollte die königliche Würde nicht vom Kaiser, sondern vom Papste fordern. Der schlaue Mann begründete seine Forderungen geschickt durch allerhand Quergedanken. Es war ihm sehr darum zu thun. Denn durch den ersten Vorschlag wollte er den neuen König mit Schweden und Dänemark uneins, des Schutzes der Polen bedürftig machen; den polnischen Großen auch wollte er die Demüthigung ersparen, daß ein früherer Teil ihres Königreiches nun den Namen zu einer selbständigen souveränen Monarchie hergäbe. — Der andere Vorschlag aber lag ihm noch weit mehr am Herzen; denn er konnte sicher vorauswissen, daß der Papst einen protestantischen Fürsten nicht zum Könige erheben würde, bevor dieser katholisch geworden wäre.“

Wortlaut der Denkschrift 1870 veröffentlichte, hat den Gedankengang dahin charakterisirt: daß P. Bota Friedrich III. „in beredter und stachelnder (!) Argumentation die Angemessenheit, die Ausführbarkeit der Königskronung wie von sich aus (!) darlegte; der Weg dazu sei entweder die Affklamation seiner Völker oder die Ernennung durch den Kaiser oder, und das sei der beste Weg, die Erhebung durch den Papst, die zu erreichen sei auf Grund jener Union, zu der die Entwürfe schon soweit gediehen seien (?).“ Der Herausgeber der „Publikationen“ endlich 1878, hält die Denkschrift für „ein wahres Meisterstück diplomatischer Kunst,“ in dem die beiden ersten Wege zur Königsmürde (Affklamation der Völker und kaiserliche Anerkennung) nur als „Folie für den dritten Vorschlag“ der päpstlichen Verleihung erscheinen, und daß „den Uebertritt (!) zur römischen Kirche in einem so verführerischen (!) Lichte darstelle.“ („Publikationen“ S. 370 und 372.)

Von allen diesen Urtheilen über die Denkschrift aber krankt nur jenes des Königs Friedrich II. an keiner Schiefheit oder Unleidlichkeit. Alle anderen aber weisen die eine oder die andere oder auch mehrere unzierliche Eigenschaften auf. Es wäre böshaft, mit Nikolai und Stenzel u. a. heute noch zu wähnen, P. Bota habe Friedrich III. durch den Titel „König der Vandalen“ mit Dänemark und Schweden veruneinigen wollen: Denn er giebt ja gerade die gediegensten Gründe an Hand, deren vielleicht auftauchende Bedenken dagegen zu beseitigen (Kapitel III. 9). Es wäre albern, heute noch mit Stenzel zu träumen, P. Bota habe geraten, die Königskrone nicht vom Kaiser zu erlangen: Denn er bezeichnet diesen Weg ja geradezu als den sichersten (Kapitel III, 1.) Weiterhin wäre es das Gegentheil der historischen Wahrheit, mit Hahn zu meinen, P. Bota habe geraten, Friedrich solle sich nicht „König von Preußen“ sondern nur „der Vandalen oder Wenden“ nennen lassen: Denn er hat ausdrücklich beide Titel zusammen in Vorschlag gebracht und ihre gleichzeitige Führung als besonders schön empfohlen (Kapitel V. 6). Es ist weiterhin nicht richtig, mit Droysen zu reden von der „Erhebung durch den Papst auf Grund jener Union der Bekenntnisse, zu der die Entwürfe schon so weit gediehen seien“: Denn P. Bota stellt diesen Weg vornherein als einen bedingten hin. Die Bedingung aber, die Vereinigung der Getrennten, war „hundert Mal aufs Tapet gebracht und immer wieder zurückgestellt worden“ (Kapitel IV. 6). P. Bota selbst versucht von Neuem und bezeichnet nur wiederum erst „neue Auskunfts-mittel, von denen er selbst einen größeren Erfolg, wie von den bisherigen, kaum sich zu versprechen wagt“ (ebends.). Er legt vor „neue Aufklärungen und Präliminarien, welche ohne die weitere ausgedehnte theologische Erörterung vielleicht nicht hinreichen, zu überzeugen“ (Kapitel VI. 19). Es ist endlich, und so thut gerade auch der „darstellende Theil“ der „Publikationen“, mehr krumm als grade, den Anschein gelten zu lassen, als ob P. Botas Mühen für die preußische Krone erst mit dieser Denkschrift aus dem Herbst 1700 begonnen hätten, um erst bei Darlegung der „Stimmung“, in welche „Rom durch das

Scheitern seiner Hoffnungen versetzt wurde“, es beiläufig (!) „nicht zu bezweifeln, daß namentlich die beiden Jesuiten Wolff und Bota, der eine in Wien, der andere in Warschau und überhaupt in Polen sehr wesentlich dazu beigetragen haben, König Friedrich die Wege zu ebenen.“ (S. 379.) Denn wie die vorgelegten Urkunden und Briefe beweisen, hat P. Bota unabhängig, vor jeder Besprechung mit Friedrich 1698, unabhängig insbesondere vor dem bedingten Vorschlage der Erwerbung der Königskrone unter Mithilfe des Papstes aus dem Herbst 1700, und selbst nach Verabschiedung jeden Gedankens hieran, Friedrich III. stets „die Wege geebnet, so viel er konnte und vermochte. Es wäre ebenso schief, P. Bota als „Verführer“ des Kurfürsten anzuschwärzen, ihn, der Friedrich III. als zu „edelmütig“ und dessen „Gottesfurcht als zu aufrichtig erkannt hatte, um die Religion den zeitlichen Interessen zu opfern“. „Ev. K. D.“, schreibt er selbst, „verlangt zuerst das Reich Gottes, um dann dessen Verfügungen über die Reiche dieser Welt entgegen zu harren“. (Kap. IV. 5. vergl. S. 64.)

Jene von so vielen edeln Geistern ersehnte Wiedervereinigung aber ließe sich, wie P. Bota ausführte, auf der Grundlage der vier ersten christlichen Jahrhunderte bewerkstelligen, und würde zugleich das Gewissen, die Ehre, die Interessen des Kurfürsten aufs Höchste befriedigen. (VI. 21.)

Wer hiebei, nach heutigen Begriffen, außer einer unerbetenen Befehrungssucht keinen anderen Grund für P. Botas Freundschaft zu den Hohenzollern erkennen kann, der sei wiederholt auf die Weltpolitik des Papsttums gegen die heranstürmende Barbarei von außen, wie gegen die dräuende soziale Untergrabung von unten, zum Schutze und zur Rettung der Christenheit verwiesen, auf jene Weltpolitik, in deren Diensten P. Bota die Freundschaft zwischen Polen und Brandenburg pflegte. Die Wiedervereinigung der Getrennten berührte er in dieser Denkschrift mit aus den gleichen Gründen, die er aber durch die weiteren Gründe der Ehre Gottes, des Triumphes der christlichen Liebe, des Heiles der Seelen um so Vieles verstärkte und verklärte. (VI. 19.)

„Die Denkschrift, so urteilt der Herausgeber der „Publikationen“ weiter, und darin ist ihm voll und ganz beizustimmen „ist ein wahres Meisterstück diplomatischer Kunst. „War es möglich,“ fragt er, „mit größerem Geschick die unionistischen und reichspatriotischen Neigungen des Kurfürsten in den Dienst (?) der Kurie zustellen? Nicht geringer, so erklärt er weiter, ist die Kunst, mit welcher bewiesen wird, daß diese Union sich auf der dogmatischen Basis der vier ersten Jahrhunderte herstellen lasse“. („Publikationen“ 370 u. 371.)

Wäre es möglich, fragen wir, der europäischen Gesellschaft eine größere Wohlthat zu erweisen, als ihr die einheitliche, christliche Denkweise zu verleihen? Ohne Anerkennung des Statthalters Christi, wie die letzten drei Jahrhunderte bewiesen, ist sie nicht zu ermöglichen. Denn Himmel und Erde werden vergehen, aber Christi Worte nicht, und zu diesen gehört auch das Wort: „Du bist Petrus und auf diesen Felsen will Ich Meine Kirche bauen“.

Doch es ist Zeit, dem P. Bota selbst das Wort zu erteilen!

P. Notas S. J. :

„Betrachtungen über die königliche Krone und Majestät, welche Sr. Durchlaucht dem Kurfürsten von Brandenburg und seinem so hohen und mächtigen Hause zukommen“. (d. d. 18. Oktober 1700).

„Diese Denkschrift handelt . . . von den Vortheilen, welche das Haus Brandenburg aus seinem Königthum ziehen wird“. Friedrich der Große: Oeuvres I. 101.

Erstes Kapitel.

[Dem Kurfürsten Friedrich III. und seinem Hause kommt die Königswürde zu nach Macht und Verdienst.*]

1.

Ohne auf die einzelnen Vorrechte des kurfürstlichen Hauses und der erhabenen königlichen Person Sw. Durchlaucht näher einzugehen, ist es unbestreitbar, daß die Macht, welche zu allen Zeiten die Könige von den andern Fürsten unterschieden hat, Ihnen das festeste und bestbegründete Recht verleiht, eine Königskrone zu tragen, wie sie Ihnen reichlich die Mittel an die Hand giebt, deren Glanz und Majestät aufrecht zu erhalten.

2.

Es ist nicht nöthig, die schönen und weiten Provinzen aufzuzählen, welche Ihrem Szepter unterworfen sind. Es genügt anzuführen, daß von Lithauen bis zum äußersten Niederrhein, ein kleines Stück ausgenommen, Sie auf eigenem Gebiet sich bewegen können. Ihre Provinzen übertreffen an Ausdehnung mehrere Königreiche, wie Portugal, Navarra, Schottland, Dänemark, Neapel, Sizilien, Sardinien.

3.

Einige Ihrer Provinzen haben ehemals selbst den königlichen Titel geführt. Der Theil Ihrer Besitzungen, welcher in dem ehemaligen Gebiete der Vandalen liegt, hat Europa Könige gegeben, deren Namen und Eroberungen die Annalen der Geschichte verzeichnen und welche ihre Herrschaft in den vorzüglicheren Theilen des Erdballes ausgebreitet haben.

*) Eine kurze Inhaltsangabe je der einzelnen Kapitel wird gegenwärtiger Uebersetzung der Uebersicht wegen hinzugefügt. (Original frz. bei Droysen: „Zur Gesch. Friedrichs I. und Frd. Wilhelm I.“ 1870. S. 321 ff.)

4.

Außer den so ausgedehnten Staatsgebieten, von denen das herzogliche Preußen allein jedes der oben genannten Königreiche an Größe übertrifft, besitzen Sie Land- und Seestädte in guter Anzahl, welche würdige königliche Residenzen abgeben, so Berlin, Königsberg und andere. Eine zahlreiche Bevölkerung liefert Ihnen Heere, welche Sie gefürchtet erscheinen lassen. Ein hoher Adel und mehrere Fürsten königlicher Abkunft zieren Ihren Hof, der an Pracht und Hoheit in Nichts irgend einem größter Könige nachgiebt. Ihre Reichthümer offenbaren sich in den zahlreichen in vollkommenem Stande befindlichen und wohlgeschulten Heeren, in den erstaunlichen Staatsbauten, welche Sie allenthalben errichten, in der Pracht und dem Glanze Ihrer Hofhaltung, in Ausstattung, Kleidung, Festen, Schauspiel- und Jagdveranstaltungen, und in aller jener Gebahrung, welche den wahren Monarchen bekunden. In besonderer Weise aber offenbaren sich Ihre Reichthümer in der mehr als königlichen Freigebigkeit Ihrer unerschöpflichen Güte. Zu den Schätzen endlich, welche Ihnen Ihre großen Gebiete und die Staatsgüter liefern, haben Sie den Betrieb der Gewerke, welche lebendige Gold- und Silberminen darstellen, nach Berlin gezogen, nach jenem Berlin, welches man das deutsche Paris und das zweite Potosi des deutschen Peru bezeichnen kann.

5.

Wie man es nicht als eine Neuerung betrachten könnte, den Namen eines Königs von Mazedonien oder der Allobroger anzunehmen, falls man jene Provinzen, welche diesen Titel führten, besäße, ebenso wenig wird man es als eine solche bezeichnen können, wenn Ew. Kurfürstl. Durchlaucht sich den Titel des Königs über irgend eines Ihrer Gebiete beilegen wird, welche ehemals des Namens und der Vorrechte des Königthums sich erfreuten.

6.

Die Herzöge von Savoyen haben den Titel „Königliche Hoheit“ angenommen, um sich von den Fürsten mit gleichem Namen, aber weniger Bedeutung zu unterscheiden. Schließlich haben sie auch die königlichen Ehren vom Kaiser im gleichen Maße erlangt, wie die Könige Frankreichs, Spaniens, Englands und des Nordens. Die Großherzöge von Toskana haben ihrem Titel die Bezeichnung „der Große“ hinzugefügt. Und ganz neuerlich haben sie, ebenso wie auch der Herzog von Lothringen, den Titel „Königliche Hoheit“ erhalten.

7.

Warum also wird Ew. Kurfürstliche Durchlaucht, deren Macht um so viel größer ist, als die jener Fürsten, nicht die Königshren für sich in Anspruch nehmen dürfen, ohne den Einspruch zu befürchten, daß man eine Neuerung einführe? Wenn Durchlaucht es verabsäumten, würden Sie der Vorsehung nicht entsprechen, welche durch Verleihung so großer Staaten, die im Stande sind, jene Würde zu behaupten, so freigebig gegen Sie gewesen ist.

Zweites Kapitel.

[Der nächste und kürzeste Weg wäre die selbstherrliche Annahme der Krone mit Zustimmung des eigenen Volkes, wie es fast bei allen alten Völkern Europas geschehen ist.]

1.

Der nächste und kürzeste Weg zu diesem Ziele zu gelangen, wäre die Zustimmung der Bevölkerung Ihrer Staaten, ganz unabhängig von jeder andern Macht. Es ist das jene natürlichste und älteste Art, auf welche die vornehmsten Königreiche und Monarchien der Welt begründet worden sind. Um hier nur auf europäische Beispiele hinzuweisen, so haben Schweden, Dänemark, England, die alten Sachsen, Frankreich, Spanien, Gothen und Westgothen, Vandalen, Hunnen, Lombarden und andere sich Könige gegeben, einzig gestützt auf ihre Macht und ihren Willen.

2.

In der That und Wirklichkeit, von Naturrechtswegen und im Besitze ihrer Selbständigkeit, hatten nur sie die freie Entscheidung darüber, sich einem einzigen Herrscher zu unterwerfen oder aber eine Republik zu errichten.

3.

Und in derselben Weise haben mehrere Staaten, welche vor uralten Zeiten Wahlfürstentümer waren, sich in erbliche verwandelt, wie man es kürzlich in Dänemark erlebt hat.

4.

Dennoch aber bleibt es wahr, daß auf diesem Weg des Vorgehens auf eigener Autorität viele Hindernisse von Seiten der kaiserlichen Majestät und selbst von Seiten des Papstes liegen. Das würde die Schwierigkeiten vermehren, welche die Könige und die Fürsten niederen Ranges finden könnten, neben sich einen neuen König anzuerkennen. Aber alles unterliegt der Macht, der Zeit und dem Interesse. Und wenn wir einen Cromwell, ganz Revolutionär und Tyrann zugleich, wie er war, von allen Königen, die, falls er gewollt, selbst bereit waren, ihm ihren eigenen Titel zu geben, den Namen eines Protektors sich beilegen und von Anderen sich geben lassen sahen, welche Schwierigkeit würde es dann sein, daß ein so legitimer und so mächtiger Fürst, wie Sw. Kurfürstl. Durchlaucht, sich die königlichen Ehren beilegt und mit etwas Zeit und Diplomatie bei den anderen Fürsten sich sichert? Staatsräson, Handelsinteressen, Allianzbedürfnis, Freundschaft und sonstige Umstände werden mit der Zeit gewiß sie alle günstig stimmen.

Drittes Kapitel.

[Der **sicherste** Weg zum Throne **ist** die Erhebung durch den Kaiser. Derselbe kann sie für das zum Reichsgebiet gehörige Land zuerkennen insbesondere für das dem ehemaligen Wendenreich zugehörige Gebiet. „König der Vandalen.“]

1.

Das zweite Mittel zum Zweck — und zwar das sicherste, — ist die Erlangung der Königskrone vom Kaiser. Die polnischen und anderen Könige empfangen ihre Kronen von Kaisern. Die Grafen von Savoyen, die Markgrafen von Mantua, und mehrere andere Fürsten erhielten von ihm den Herzogstitel. Philipp Herzog von Burgund, Brabant und Graf von Flandern erbat vom Kaiser Friedrich diese Rangeshöhung sehr inständig, ohne daß ihm willfahrt wurde.

2.

Dennoch könnte man auch von Seiten Sr. Majestät des Kaisers Befürchtungen hegen, aber nicht aus Mangel an seiner Güte, sondern infolge der Eifersucht der anderen Fürsten. Aber von deren Zustimmung hängt die kaiserliche Anerkennung gar nicht ab. Und es wird nicht schwer sein, den Kaiser Leopold in seiner Milde, welche so sehr zum Wohlthun hinneigt, dafür zu gewinnen, daß er ein so mächtiges Haus, wie das Brandenburgische, sich verpflichte und es an sein Interesse fessele. Das wird um so leichter sein in einer Lage, wie die gegenwärtige, da der Zerfall der spanischen Monarchie droht und das Haus Oesterreich gute und mächtige Freunde nötiger hat, als jemals.

3.

Wenn die Errichtung der neunten Kurwürde so vielen Hindernissen seitens der Kur- und sonstigen Fürsten begegnet, so liegt der Grund davon in der Begrenzung der Zahl der Kurstimmen auf sieben, wie sie in der goldenen Bulle ausdrücklich festgesetzt ist. Die achte Kurwürde — das ist wohl zu beachten — wurde im Westfälischen Frieden nur mit Zustimmung der Kurfürsten und der Reichsstände zur Beruhigung und Wohlfahrt des Reiches zugelassen. Man wollte damit die Angelegenheit des Hauses Kurpfalz begleichen, welches von Frankreich, Schweden und England zugleich unterstützt wurde.

4.

Mit der königlichen Würde verhält es sich nicht in derselben Weise. Denn weder die Goldene Bulle, noch ein Reichsgesetz haben betreffs Erhebung zum königlichen Rang die Autorität der Kaiser beschränkt, denen die Befugniß hiezu sowohl auf Grund des Rechtes wie dessen fortgesetzter Handhabung seit alten Zeiten zusteht.

5.

Und wenn man Hartherzigkeit, Härte, Einhaltung seitens der Rätthe des Kaisers befürchtet, so sind das ja deren besondere Handelsartikel, die sie verkaufen wollen. Ein guter goldener Schlüssel erschließt überall Thor und Thür. Man muß ihn nur zu handhaben wissen, um nicht betrogen zu werden. Und ohne nicht schon das Pferd, das man kaufen will, am Zügel zu halten, darf man das Geld nicht springen lassen, damit nicht beide zugleich laufen gehen.

6.

Wenn der Kaiser eine günstige Erklärung gibt, wie man sie hoffen kann und darf, dann würde man sich wenig Unruhe wegen der verdrießlichen Gesichter der andern Fürsten zu machen haben; diese würden sich nämlich bald wieder glätten. Seine Kaiserliche Majestät würde den Fürsten nur zu erwidern haben, daß im Falle sie gleich große und gleich mächtige Staatsgebiete besitzen, wie das Haus Brandenburg, und im Falle sie dem Reiche ebenso beträchtliche Dienste wie dieses, das es zuletzt noch mit seiner gewaltigen Macht und auf eigene Kosten Bonn, Neuß, Kaiserzwerth und andere Punkte gedeckt und gehalten, erwiesen haben werden, sie alle auch die gleichen Ehren erhoffen dürften.

7.

Frankreich, Spanien, England, Polen, Schweden, Dänemark, Portugal, Benedig, Savoyen, Holland und die Schweiz müssen den neuen König anerkennen, wenn sie mit ihm in gute Beziehungen eintreten wollen. Das Interesse wird aller dieser einziger Rathgeber sein. Und um diesen stets auf der Seite zu haben, darf man nur abwarten und sich nothwendig machen. Wenn Masaniella, der arme Fischer und Tyrann von Neapel, die Geduld zu leben und auf seinem Posten auszuhalten besessen hätte, ganz Europa würde ihn nach dem Beispiele Frankreichs anerkannt und ohne Schwierigkeiten zur runden Tafel der andern gekrönten Häupter zugelassen haben. Denn das Interesse und die Kraft überwiegen Alles. Und wir sehen hiervon ein schönes Beispiel an Portugal und Holland, welches (letztere) sich gegen seinen Herrscher auflehnte und jetzt von den Gekrönten anerkannt ist. Mit wie viel stärkeren Gründen wird das erlauchte Haus Brandenburg, gestützt auf seinen großen Machtbesitz und unter Zustimmung des Kaisers, die Vorrechte des Königthums im Kranze der übrigen königlichen Geschlechter in Kurzem sich sichern?

8.

Näherhin besitzt der Kaiser aber keinerlei Oberhoheit über das Herzogthum Preußen. Darum kann er auch dasselbe nicht zum Königreich erheben. Denn das hieße Preußen abhängig erklären von seiner und des Reiches Autorität. Dies aber widerstritte Gw. Krfftl. Durchlaucht absoluter Souveränität in diesem Lande und würde auch in Polen böses Blut absetzen, da diesem

Reiche nach den Linien des Hauses Brandenburg, welches Gott bis zum Ende der Zeiten erhalten möge, das in den Verträgen vorbehaltene Heimfallrecht an Preußen zusteht. Es scheint also, daß vor allen anderen Theilen Ihres Machtgebietes demjenigen, welcher zum ehemaligen Vandalenreich gehörte, der königliche Name und die darauf zu gründende Majestät zukommen.

9.

Dieses Land besaß ehemals Könige, welche in Europa geblüht und der Welt Schrecken eingejagt haben. Und kein anderer Name würde besser klingen, als derjenige „Rex Vandalorum“, „König der Vandalen“, welcher jene ruhmgekrönte alte Zeit in der Person Ew. Kurfürstl. Durchlaucht wieder aufleben ließe. Und da diese Provinz zum Reiche in Beziehung steht, so wäre der Kaiser auch berechtigt, sie zum Königreich zu erheben.

10.

Schweden, welches den gleichen Titel führt, würde kein Recht haben, sich zu widersetzen, weil Ihre Durchlaucht ebenso gut, wie Schweden, Ihren Theil vom ehemaligen Vandalenlande besitzen. In ähnlicher Weise führt auch Navarra den Namen eines Königthums, dessen in der Folge sowohl Frankreich, welches nur den kleineren Theil des betreffenden Gebietes, als der König von Spanien, welcher seinen größeren Theil in Besitz hat, sich erfreuen. Ebenso führt der Herzog von Savoyen den Titel „Herzog“ oder „König der Allobroger“, obgleich der größte Theil des von diesen ehemals besessenen Landes nicht in Savoyen, sondern in der zu Frankreich gehörigen Dauphiné liegt. Dieses Reich beunruhigt sich darüber gar nicht. Und der Herzog von Savoyen führt auch den Namen Herzog von Montferrat, eben so wie auch der Herzog von Mantua, welcher den größeren Theil dieses Gebietes besitzt. In gleicher Weise führt der Großherzog von Toskana seinen Titel, obgleich der Papst in einem großen Theil des toskanesischen Landes der Gebieter ist. Und der König von Dänemark hat den Titel „Herzog von Holstein“, welchen so viele Fürsten theilen, um nichts noch von England zu sagen, das sich des Namens und des vollständigen Wappens Frankreichs geradezu im Angesicht und vor der Nase des letzteren bedient.

Viertes Kapitel.

[Drittes Mittel zur Krone zu gelangen, wäre die Autorität des Papstes. Derselbe hat von Alters her Königskronen verliehen. Bei der möglichen Vakanz der Kaiserkrone wäre seine Hilfe sehr nützlich, letztere zu erringen. Vortheile und Voraussetzung einer Ausöhnung mit dem heiligen Stuhle].

1.

Das dritte Mittel, sich zum Königthum zu erschwingen, wäre die Autorität des Papstes. Davor braucht zunächst ein andersgläubiger Fürst keinen

Schrecken zu haben, wie man dies später erkennen wird. Zudem ist Königskronen auszuthemen in der ganzen Vergangenheit ein besonderes Vorrecht der Päpste. Zum vollen Beweise dessen dienen die Königskronen von Ungarn, Neapel, Sizilien, Neu-Polen und Irland. Kastilien, Arragonien und selbst England zahlten dem Papste ehemals den Peterspfennig zur Bekundung, daß sie ihm ihre Krone verdankten. Neapel verharret noch heute in diesem Verhältnis und zahlt noch fortgesetzt jene Abgabe. Auch der Herzog von Florenz hat von Sr. Heiligkeit den Titel „Großherzog“ erhalten.

2.

Die Freundschaft und die Autorität des Papstes können Sw. K. D. sehr nützlich werden. Seine Bereitwilligkeit, Sie zum Könige zu erklären, würde die katholischen Mächte bestimmen, seinem Beispiele zu folgen. Und er kann nicht nur Ihre Ehre, sondern auch Ihre Interessen je nach Gelegenheit fördern durch das große Vertrauen, welches er in der ganzen Welt besitzt, wie auch durch seine eigenen nicht unbeträchtlichen Machtmittel.

3.

Im Falle Krone und Diadem des Kaiserthums zu vergeben sind, — alle Dinge dieser Welt sind dem Wechsel unterworfen — könnte der Papst mit dazu beitragen, denjenigen mit dem kaiserlichen Diadem zu zieren, den er bereits mit der Königskrone erfreut hat. Das ist sicher, daß seine Abneigung ein wesentliches Hinderniß wäre, zu diesem Ziele zu gelangen.

4.

Außer dem erlauchten Hause Oesterreich, welches Gott sehr lange erhalten wolle, existirt im Deutschen Reich thatsächlich nur noch das Haus Hohenzollern, welches das Gewicht des kaiserlichen Diadems zu tragen vermöchte. Das französische Herrscherhaus ist der Freiheit der deutschen Fürsten zu gefährlich. Die anderen fremden Fürsten aber sind entweder zu schwach, oder zu fern oder von ganz unvereinbarem Religionsbekenntniß. Daraus folgt, daß die Freundschaft des Papstes verdient ins Auge gefaßt zu werden, damit Se. Heiligkeit in dem beregten Falle nicht nur keinerlei Hindernisse bereite, sondern vielmehr mit all seiner Macht und seinem Ansehen dazu helfe, Ihrem Hause die höchsten Ehren der Welt zu verschaffen.

5.

Aber hier blühen — Arbeit und Mühen. („Hoc opus, hic labor!“) Ich will nicht, daß man von Sw. K. D. Aehnliches behaupte wie von Heinrich IV., König von Frankreich, dem man die Ansicht nachsagt, „daß man für eine Krone wohl zur Messe gehen könne“. Sw. K. D. ist zu edelmüthig und Ihre Gottesfurcht zu aufrichtig, um Ihre Religion den zeitlichen Interessen zu opfern. Sw. K. D. verlangt zuerst das Reich Gottes, um dann dessen Verfügungen über die Reiche dieser Erde ent-

gegen zu harren. Aber ohne das Gewissen, das in Sachen des Religions-Bekennnisses so zart ist, zu beunruhigen, so behauptete ich, könnte man dennoch einen für beide Parteien annehmbaren Mittelweg finden, um die Kirche unter dem einen und wahren Hirten zu vereinigen und endlich einmal in Liebe mit einander in demselben Glauben zu leben. Man hätte dann nicht jene Spaltung fortzusetzen, welche der Christenheit ebenso verderblich, als der Türkenmacht nützlich gewesen, und die auf den völligen Untergang der germanischen Freiheit hinausläuft.

6.

Ebendieselbe Aufgabe aber stand schon hundertmal zur Erörterung, wurde aber immer wieder zurückgestellt, weil beide Parteien gegen einander stets von mehreren falschen Meinungen eingenommen waren. Auch hat an den Unterredungen über Religionsfachen immer mehr der Eifer Theil gehabt, als der Glaube und die Liebe. Ich wage nicht zu sagen, daß meine Vorschläge größere Zustimmung finden müssen, als die andern. Aber ich darf wohl erklären, daß ohne im Mindesten die Reinheit der Lehre und die wesentlichsten Glaubenspunkte anzurühren, ich einen etwas leichteren Zugang zu einer für beide Theile so wünschenswerthen Vereinigung andeuten werde. Davon wird im letzten Kapitel die Rede sein.

7.

Angenommen, diese Wiedervereinigung sei ohne jede Verletzung Ihres Gewissens oder der Ehre Ew. Durchlaucht erfolgt, und zwischen Ihnen und Sr. Heiligkeit sei ein gutes Einvernehmen hergestellt, dann bliebe noch zu untersuchen, welche Ihrer Provinzen durch den Papst zum Königreich erhoben werden könnte. Derselbe würde ohne Zweifel die Hand dazu bieten.

Fünftes Kapitel.

[Der Papst könnte den Kurfürsten zum König für Preußen erklären. Preußen ist ein so großes, schönes, reiches und bevölkertes Land mit so vielen Hilfsquellen. Die Erhebung durch den Papst beeinträchtigt die Souveränität in Nichts.]

1.

Da kommt nur in Betracht das herzogliche Preußen. Die anderen Provinzen Ew. Durchlaucht gehören zum Reichsgebiet, und eine von diesen zum königlichen Rang zu erheben, würde Sache des Kaisers sein. Hierfür aber würde der ehemals wendische Theil Ihres Gebietes, wie wir gesehen, am besten geeignet sein.

2.

Da Ew. kurfürstl. Durchlaucht über das Herzogthum Preußen die Souveränität besitzen, so würde zunächst Polen mit Grund sich nicht widersetzen können. Der in den Verträgen vorgesehene Heimfall dieser

Souveränität nach einem an sich ja möglichen Erlöschen der Linien Ihres Hauses liegt wohl in weiter Ferne. Und selbst angenommen, er träte ein, welchen Abbruch würde es Polen thun, eine Provinz zurückzunehmen, aus der inzwischen ein Königreich geworden? Es wäre dies dann ja selbst ein Zuwachs an Ehren für Polen, indem es dann ein Königreich zu Lehen befäße. —

3.

Diese Provinz besitzt alle Eigenschaften, die sie eines gekrönten Souverains würdig machen. Sie ist groß, gut so groß, wie mehrere andere Provinzen zusammen. Sie ist reich; sie hat Ueberfluß an schiffbaren Flüssen, die ins Meer münden. Sie hat Seehäfen und für den Handel nach den baltischen Ländern sehr bequeme Stapelplätze. Sie ist fruchtbar, hat Ueberfluß an Getreide, Wiesen, und an allen Lebensmitteln. Sie ist die Heimat sehr waffentüchtiger Adelsgeschlechter, welche sich sehr zur Bildung eines Königshofes eignen. Sie hat eine Fülle guter wohlangelegter und sehr handelsbeflissener Städte, eine Unmenge von schönen Burgen und Adelschlössern und zahllose Dorfschaften. Sie erfreut sich einer Masse sehr schöner Waldungen und einer großen Anzahl fischreicher Teiche. Binnengewässer wetteifern mit dem Meere, sie zu verschönern und zu bereichern. Endlich hat sie zur Hauptstadt das große Königsberg, das in Ansehung der Ausdehnung und ausgezeichneten Lage, der schönen Bauten und der Einwohnerzahl, der Industrie und der Wissenschaften, die dort blühen, seines königlichen Namens sich so sehr würdig macht. Mit einem Worte, Nichts ermangelt dieser ausgezeichneten Provinz, zum Königreich erhoben zu werden.

4.

Ihre Erhebung durch den Papst würde weiterhin die bestehende Souveränität in keiner Weise berühren. Jene würde diese lassen, was sie ist, wie es bei Ungarn geschehen, als der Papst dieses Reich mit der königlichen Krone auszeichnete.

5.

Und auch der Umstand, daß Polen bereits ein königlich benanntes Preußen besitzt, würde kein Hinderniß dafür sein, daß Ew. Durchlaucht ebenfalls den Titel König von Preußen führen. Ew. Durchlaucht haben den größten und den edelsten Theil dessen inne, was Preußenland heißt, und der Name haftet an diesem, wie die Philosophen sagen: („Et denominatio sequitur nobiliorem sive potiore partem“). Das genügt, um hier nicht dasselbe zu wiederholen, was in Betreff des Vandalenreiches (Wendenlandes) gesagt worden.

6.

Wenn so Ew. K. D. der Papst zum Könige von Preußen und der Kaiser zugleich zum Könige von Wendenland erklärten, würden Sie dieser

Ehre unter dem schönen Titel „König der Preußen und der Wenden“ (rex Borussorum et Vandalorum) sich erfreuen, gleichwie der Franzosenkönig den Titel „König von Frankreich und Navarra“, und der König von Großbritannien den Titel „König von England, Schottland, Frankreich und Irland“ führen.

7.

Im Falle aber, gegen jede Vorausberechnung und alle Wahrscheinlichkeit weder der Kaiser noch der Papst die Hand dazu böten, so behaupte ich noch einmal, daß die Macht, welche Gott Ihnen verliehen hat, allein hinreicht, daß Sie selbst sich zum König erklären. Und wenn man Sie fragen würde, mit welchem Fug und Recht Sie das thun, können Sie antworten: Mit dem gleichen Fug und Recht, womit Pharamund und Meroväus sich als Könige im Frankenlande und womit die ersten Könige fast aller Reiche Europas und der ganzen Welt sich zu solchen erklärten.

8.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Vernünftigkeit Ihrer Absicht, unterstützt von Ihrer großen Macht, den Widerstand der andern Könige und Souveräne überwinden wird. Frankreichs einzige Triebfeder ist das Interesse; dieses Reich würde Sie zuerst anerkennen. Der König von England ist Ihr Verwandter und Ihr guter Freund. Der König von Polen hegt eine mehr als brüderliche Hochachtung und Freundschaft für G. K. Durchlaucht. Die Eintracht zwischen beiden Mächten ist die festeste Grundlage des Glückes des einen wie des andern. Dieselbe wird Sie furchtbar und unbefleglich machen. Alle andern Mächte und insbesondere Schweden und Dänemark werden Sie achten und nicht wagen, Sie zu beunruhigen. Das ganze Reich zusammen wird nicht so mächtig sein, als der Dreibund von Brandenburg, Polen und Sachsen. Auf diesen glückverheißenden, aufrichtigen und dauerhaften Bund müssen die guten und getreuen Rätke Gw. K. D. sowie jene dieses tapferen, hochherzigen und weisen Königs von Polen, Ihres so biederen Bruderfürsten, hinarbeiten und ihm alle ihre Bemühungen widmen.

Sechstes Kapitel.

[Vorbegriffe einer Verständigung über das gemeinsame Christenthum. Man gehe auf die ersten Jahrhunderte zurück, welche nach aller Ansicht die reine und unversehrte Lehre besaßen.]

1.

Um den Weg zu einer Verständigung mit der römischen Kirche zu ebenen, welche ebenso sehr dem Gewissen, als der Klugheit, entspräche und ohne Bedenken, ohne Preisgabe der Ehre oder des Interesses von beiden Theilen annehmbar wäre, will ich hier weiter nichts als einfach und kurz jene Mittel bezeichnen, welche die Wiedervereinigung erleichtern können, ohne diese dem

Geräusch und Gepolter der Religionsgespräche, den Mänken der theologischen Schulzünfte und der Greiferung der Parteien auszusetzen, welche Dinge stets zur Erbitterung treiben, aber nie zu einem Abschluß führen.

2.

Die wesentlichsten Unterscheidungslehren zwischen den Herren Protestanten und den Katholiken betreffen die Realität Christi in der hl. Eucharistie, die Transsubstantiation, den Gebrauch des Kelches für die Laien, die Bilder- und Reliquienverehrung, die Fürbitte und Anrufung der Heiligen, das Fegfeuer, die Ablässe, die Zahl der Sacramente, der Bücher der hl. Schrift, die Ueberlieferung, die Autorität des Papstes u. a. Da scheint mir nun jenes Entgegenkommen der Katholiken und des Papstes, welches von den Herren Protestanten vernünftiger Weise gewünscht werden kann, in der Erklärung zu liegen, daß man nicht mehr über die genannten Punkte zu glauben und anzunehmen für nothwendig ansehen wolle, als die vier ersten Kirchenversammlungen, welche für ebenso viele Evangelien gehalten wurden, und die hl. Väter der vier ersten Jahrhunderte geglaubt, gebilligt und zu glauben vorgestellt haben.

3.

Ohne in die fachgelehrte Erörterung der Einzelfragen einzutreten, würde die Gewinnung einer solchen gemeinsamen Voraussetzung die Verständigung sehr erleichtern. In der That sind ja beide Parteien darüber einig. Denn ein guter, gelehrter und wohlgesinnter Protestant würde kaum gegen das Widerspruch erheben, was die vier ersten Konzilien und die hl. Väter und selbst die Päpste der vier ersten Jahrhunderte, St. Augustin, St. Ambrosius, St. Hieronymus, St. Athanasius und St. Damasus wie auch St. Cyprian und die anderen Zeitgenossen von allgemeinem Ansehen in der lateinischen, griechischen und afrikanischen Kirche geglaubt und gelehrt haben. Die Herren Protestanten geben ja zu, daß in jener Zeit die Kirche rein und unversehrt war. Wenn man sie also zu nichts mehr als zum Glauben jener ersten vier Jahrhunderte verpflichten will, dann wird die Sache um Vieles leichter sein. Denn die Katholiken versichern hoch und theuer, in Sachen des Glaubens nur das anzunehmen und festzuhalten, was die vier ersten Kirchenversammlungen, d. h. die wahre Kirche und die hl. Väter der vier ersten Jahrhunderte geglaubt, gehalten und zu glauben vorgestellt haben.

4.

Die Katholiken ihrerseits verlangen nur einen Akt der Gerechtigkeit, welchen die Protestanten von Gewissens- wie von Klugheitswegen ihnen nicht verweigern dürften. Es ist die Bitte um leidenschaftslose und vorurtheilsfreie Anhörung der Aufklärungen, welche sie über eine Anzahl von falschen Unterstellungen gegen ihre Religion zu geben haben. Gerade diese falschen

Voraussetzungen, welche dem wirklichen Thatbestand und dem Sinne der katholischen Religion so sehr widerstreiten, haben ja die bestehenden Mißverständnisse, Abneigung, Spaltung und Abkehr von einander zu Wege gebracht.

5.

Nach Kalvin z. B. wirft man den Katholiken vor, in der hl. Eucharistie eine unmögliche und neue Realität des Leibes Christi zu lehren. Sie aber erklären, sich an die genauen Worte des Evangeliums und Jesu Christi selbst zu halten, welche buchstäblich nur von der Realität zu verstehen sind. Und sie erweisen das Alter und die Beständigkeit ihres Glaubens durch eine ununterbrochene Reihe von Jahrhunderten, und erhärten denselben durch die Aussprüche der Konzilien und aller hl. Väter.

6.

Bezüglich des Gebrauches des Kelches für die Laien geben die Katholiken den Lutheranern zu, daß derselbe erlaubt und lobenswerth gewesen ist. Aber sie sagen, daß er nicht wesentlich ist, weil derjenige, welcher den Leib empfängt, nothwendiger Weise auch das Blut empfängt, und daß das Gebot, den Kelch zu nehmen, nur die Priester verpflichtet, da das Gebot, den Leib und das Blut Christi zu bereiten, d. h. zu opfern, sich nur auf die Priester beziehen kann.

7.

Man beschuldigt die Katholiken, mit der Verehrung der Bilder Götzendienst zu treiben. Dem widerspricht aber der Thatbestand. Denn sie erklären, die Bilder nur insofern zu verehren, als diese die Heiligen vorstellen, aber weit davon entfernt zu sein, dem Papier, der Leinwand, der Farbe und dem Stoffe, woraus sie hergestellt sind, ihre Verehrung zu widmen. Wo bleibt also der Götzendienst? Geschieht der schuldigen Verehrung gegen die Fürsten ein Abbruch dadurch, daß man ihre Bilder achtet? Im Gegentheil heißt das doch vielmehr denselben Ehre erweisen, weil man die Bilder doch nicht an sich mit Rücksicht auf das ehrt, woraus sie gemacht sind. Vielmehr ehrt man sie wegen jener, die sie vorstellen; man ehrt in ihnen in der That nur die Fürsten, welche durch sie vorgestellt werden.

8.

Man wirft den Katholiken weiter vor, durch Anrufung der Fürbitten der Heiligen dem Mittler Jesus Christus Abbruch zu thun. Jene aber erklären, daß davon keine Rede sein könne, daß vielmehr die ganze Kraft deren Fürbitte auf dem Leiden und den Verdiensten Jesu Christi beruhe. Die Kirche schließt ja auch alle ihre Gebete zu den Heiligen mit den Worten: „Durch unsern Herrn Jesum Christum, Deinen Sohn“ („per Dominum nostrum Jesum Christum, filium tuum“).

9.

Man nimmt auch an, daß die Katholiken Gott ein Unrecht zufügen, wenn sie nicht unmittelbar, sondern durch die Vermittelung der Heiligen sich an ihn wenden. Sie aber erklären, daß sie sich gerade durch die Heiligen unmittelbar an Gott wenden, welche sie ja eben nur anrufen in ihrer Eigenschaft als Diener und Freunde Gottes, der wunderbar ist in seinen Heiligen, von welchen geschrieben steht: „Gar sehr geehrt sind deine Freunde o Gott!“ Welches Unrecht begeht man denn gegen die Könige, denen man durch die Vermittelung und die Fürsprache ihrer Mütter und Gattinen, ihrer Freunde und treuen Diener Bitten vorträgt? Heißt das nicht gerade hinwiederum sie selber ehren in der Person derjenigen, welche sie ihrerseits ehren?

10.

Man beschuldigt die Katholiken weiter, das Fegefeuer und die Ablässe aus Geldgier erfunden zu haben. Sie aber antworten, daß es nichts Unrichtigeres gibt, als diesen Vorwurf. Der Glaube an Fegefeuer und Ablässe ist nämlich gegründet auf die hl. Schrift und die apostolische Ueberlieferung. Die Kirche verpflichtet Niemanden, Messen lesen zu lassen, noch auch den Priestern Geld zu Gunsten der armen Seelen zu geben. Wenn man das thut, so ist das Ausfluß freiwilliger Frömmigkeit. Im Uebrigen: wer dem Altare dient, soll auch vom Altare leben. („Qui de altari est, doit vivre de altari“). Die geistigen Vortheile der Ablässe kann man auch gewinnen ohne zu bezahlen. Es ist ein Irrthum zu glauben, daß man sie bei den Jubiläen verkaufe. Denn die Verpflichtung, ein Almosen an die Armen oder zur Wiederherstellung einer Kirche zu geben und Gebete, Fasten und andere gute Werke zur Gemüthung für unsere Sünden zu verrichten, das heißt keineswegs die Verdienste Jesu Christi verkaufen, welche gerade durch die Ablässe in Anwendung kommen.

11.

Wenn in dem Gebrauche und in der Verkündigung der Ablässe zur Zeit Leo X. irgend welche Mißstände vorlagen, so waren diese doch nicht die Folge einer Anordnung des Papstes oder eines Verschuldens der Kirche, sondern nur der Einzelnen. Letzteres aber hat mit den Glaubenssätzen nichts zu schaffen. Die Gesetze hören nicht auf, gut und heilig zu sein, obgleich die Bösen sie nicht beobachten. Das ist die Antwort für die Herren Dissidenten, wenn sie jene Beschuldigungen und jenen Tadel gegen die Katholiken, deren Geistlichkeit, und selbst gegen den römischen Hof richten wollen. Wenn die Religion schlecht wäre, weil es schlechte Menschen gibt, dann gäbe es überhaupt keine Religion auf der Welt. Zudem auch sind die Herren Reformirten sowie die Anhänger der Augsburgerischen Konfession hinreichend erleuchtet, um zuzugeben, daß auch sie nicht frei von Fehlern und menschlichen Schwächen sind.

12.

Bezüglich der Zahl der Bücher der hl. Schrift aber, ist es da nicht besser und sicherer und selbst nothwendig, sich an das Urtheil der allgemeinen

Kirche zu halten, von welcher wir allein wissen, daß das, was wir als solche verehren, überhaupt die wirkliche hl. Schrift ist, als den Meinungen eines oder mehrerer zu folgen, denen kein Recht und keine Befugnis zusteht, darüber zu entscheiden? Wer hat es denn dem Herrn Johannes Kalvin und dem Herrn Martin Luther gesagt, daß diese Sammlung von Büchern die wahre hl. Schrift ist, wenn nicht die katholische Kirche, von der sie sich getrennt haben? Und wenn die Genannten sich entschlossen, dieses oder jenes Buch von der hl. Schrift auszuscheiden, indem sie dieselben für nicht kanonisch hinstellen, wie sie z. B. mit dem Buch der Makkabäer verfahren, wo das Gebet für die Verstorbenen und das Fegefeuer bezeugt sind, so frage ich: „Warum würde denn nicht jedem anderen spaltungssüchtigen Neuerer gerade so wie diesen erlaubt sein, wiederum ein anderes Buch auszuscheiden, welches ihm grade nicht gefällt? So aber zerfiel die ganze hl. Schrift. Es bleibt also nichts übrig, als sich an Das zu halten, was die allgemeine Kirche festgehalten hat und festhält.

13.

Ganz ebenso verhält es sich mit den Sakramenten, welche die Kirche auf göttliche Einsetzung gründet. Es ist durchaus nicht Sache der Herren Neuerer von gestern und heute, die Zahl der Sakramente festzusetzen. Sonst werden sich andere Neuerer, welche noch ferner erstehen können, das Recht anmaßen, auch die anderen Sakramente aufzuheben, welche Kalvin und Luther noch persönlich zulassen und annehmen. Und so wird schließlich kein einziges Sakrament mehr übrig bleiben.

14.

Um aber auf die andern Unterscheidungslehren, die Rechtfertigung, die guten Werke und ihre Verdienstlichkeit gegenüber den Verdiensten Jesu Christi nicht näher hier einzugehen, so will ich nur sagen, daß es sehr leicht ist, darüber sich zu verständigen, weil sowohl die Katholiken, als auch die Protestanten von der Nothwendigkeit der guten Werke zum Heile überzeugt sind.

15.

Es erübrigt im Grunde nur die Verständigung über den wichtigen Artikel von der Autorität des Papstes. Die Herren Dissidenten müssen in diesem Punkte doch gestehen, gegen die Wahrheit der Thatsachen etwas voreingenommen zu sein. Man läßt sie glauben, daß der Statthalter Christi der Antichrist und das apokalyptische Thier sei, und man läßt die Päpste Verbrechen und Abscheulichkeiten begehen, welche nicht existieren. Man darf sich aber nur der Leidenschaftlichkeit entledigen, und sie (die Päpste) in der Nähe ansehen, und man wird ganz das Gegentheil von jenen Anklagen bemerken. Das beweist das Beispiel eines protestantischen Fürsten, welcher mit Absicht länger als ein Jahr aus der Ferne das Gebahren, die Sitten, den Ernst, die Bescheidenheit, den Fleiß und die Rechtlichkeit des Papstes Clemens VIII. beobachtet hatte. Er hat dann auch in der Nähe die Dinge gemustert den päpstlichen Hof, die Kongregationen, die Tribunale, die Konsistorien, die

Kardinäle und jene unbegrenzte Zahl von Prälaten, welche der Regierung der Kirche dienen, die gute Ordnung, welche in Allem beobachtet wird, die gute Zucht, welche sie alle zusammenhält und die Strafe für alle Verbrechen mit jener zahllosen Menge guter und frommer Werke, welche die Fremden, die nicht grade für das Gute blind sein wollen, erbauen. Dieser Fürst nun gestand, daß er durch die allgemeine Stimmung der Herren Protestanten, welche den Papst für den Antichrist und Rom für ein Babel verschreien, gröblich getäuscht worden sei. Und ohne sonstige mündliche Erörterung und andere Ueberzeugungsgründe als seinen Augenschein zu Rathe zu ziehen, trat er zum Katholizismus zurück. Er folgte nicht dem Beispiele jener, welche selbst sich täuschen wollen, indem sie nur die Fehler ins Auge fassen, welche die Päpste und deren Gesetze doch verbieten, ohne aber zugleich so vielen christlichen Tugenden und einer so großen Anzahl guter und gelehrter Männer Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, die in jener Hauptstadt der Welt und in dieser römischen, der Mutterkirche aller Kirchen der Christenheit blühen.

16.

Auf die Lehre von der Autorität des Papstes und von der Wahrheit der Kirche, von welcher man sich nicht trennen darf, ohne Heide und Publikan zu werden, will ich nicht eingehen. Aber ich sage: Eine erleuchtete Vernunft, Frömmigkeit und Klugheit gebieten, je nur einen einzigen Stellvertreter Jesu Christi anzuerkennen, den unanfechtbaren Nachfolger auf dem Lehr- und Bischofsstuhle des hl. Petrus, welcher als solcher in ununterbrochener Reihenfolge durch die Jahrhunderte herab bis zur Gegenwart von den Kirchenversammlungen, den Kirchenlehrern aller Welttheile, den Kaisern und Königen der Erde, von den berühmtesten Universitäten anerkannt und als solcher in der Person des Petrus, dessen Nachfolger auf dem hl. Stuhle er ja ist, feierlich eingesetzt worden. Wenn es nicht so wäre, müßte man die schreckliche Gotteslästerung gelten lassen, daß die ewige Weisheit und Güte mit den Worten: „Du bist Petrus,“ „weide Meine Schafe“, „stärke Deine Brüder“ („Tu es Petrus!“ „pascere oves meas!“ „confirma fratres tuos!“) ihn und die ganze Kirche habe verhöhnen wollen, indem er (trotz jener Worte) sie ohne einen Leiter und Hirten, ohne einen wahrhaften Stellvertreter, welcher die Macht hätte, sie zu leiten und die Brüder zu stärken, zurückgelassen hätte. Berräth es nicht, sage ich, mehr Klugheit und Ueberlegung, unter allgemeiner Zustimmung der Kirche nur diesen einzigen zur guten Regierung derselben vom hl. Geiste geleiteten Statthalter Jesu Christi anzuerkennen, als ebenso viele Päpste zuzulassen, wie es protestantische Fürsten, Synoden und Einzellehrer gibt? Die Folgerung geht noch weiter: Ein jeder, mag er Fuhrmann, Kammerdiener oder Koch sein, kann sich nach der letzteren Prinzip eine Unfehlbarkeit beilegen, welche man dem Papste aber selbst in der Auslegung der hl. Schrift verweigert. Und dabei ist doch offenkundig, daß unter den Herren Protestanten eine solche Verwirrung und Regellosigkeit (in dogmatischen Dingen) herrscht, daß sie Niemanden hindern

können, bei ihrer Zerrissenheit ebenso viele religiöse Meinungen als Köpfe zu erblicken.

17.

Man müßte sehr eigenwillig und ebenso selbstgefällig als jeder Demut und Empfänglichkeit baar sein, um sich zum Orakel und den eigenen Geist zum Ausleger der hl. Schrift zu machen, und diesen dann selbst über die Päpste zu erheben, indem man, um das Papstthum zu zerstören, sich selbst als Erzpapst erklärt. Aber selbst nach der Ansicht der gelehrtesten Herren Protestanten, welche über ihren wahren Sinn mit einander streiten, ist die hl. Schrift in mehreren wesentlichen Punkten, wie die Realität Christi in der hl. Eucharistie u. a, recht dunkel.

18.

Und wenn man den Herrn Kalvin und den Herrn Luther, welche doch nicht die Heiligsten noch unsündlich waren, fragen würde, wer ihnen den Auftrag und die Autorität verlieh, das Papstthum, welches in allen Jahrhunderten nach Christus von der Kirche anerkannt wurde, zu verwerfen und nicht nur die sittlichen Zustände, sondern auch den Glauben selbst zu ändern (reformer), so befänden sie sich wegen der Antwort in großer Verlegenheit. Wohl, sie sagen, der hl. Geist, oder vielmehr ihr eigener Geist habe sie dazu getrieben. Aber wie können sie das behaupten? Demnach wird jeder Andere auch das Recht für sich beanspruchen und herleiten können, auch die protestantische und reformirte Kirche sowohl im Glauben als in den Sitten wiederum umzuformen. So werden wir also verurteilt sein, jeden Tag neue Kirchen und Religionen entstehen zu sehen, welche behaupten, ebenso allgemein (katholisch) zu sein, als das die Kirchen Luthers und Kalvins für sich in Anspruch nehmen. Wenn sie aber sagen, die wahre Kirche habe ihnen jenen Auftrag und jene Macht gegeben, so frage ich: Wie beweisen sie das? Wie hätte die alte wahre Kirche ihnen den Auftrag und die Macht geben können, sie selbst zu zerstören?

14.

Diese Andeutungen, die ich nur als Einleitung zu einer tieferen, theologischen Auseinandersetzung gebe, welche letztere Material für ganze Bände und Bibliotheken liefern dürfte, genügen vielleicht nicht um zu überzeugen. Das wenigstens aber wird man nicht leugnen, daß sie, weil leidenschaftslos und frei von jeder Selbstsucht, auf beiden Seiten den guten Willen für eine heilige Wiedervereinigung zur Ehre Gottes, zum Triumph der christlichen Liebe wie auch zum Heile der Seele fördern und erleichtern. Und dieses Ziel einzig und allein habe ich mir in diesem Entwurfe vorgesetzt.

20.

Ich füge noch einen Hinweis hinzu, welcher ebensowohl durch seine Vernunftgemäßheit, als durch die Beachtung seitens eines großen Königs von ge-

wichtiger Bedeutung ist, um die Gewissenhaftigkeit und die Ehrenhaftigkeit einer Wiedervereinigung im Glauben ins rechte Licht zu setzen. Die Herren Protestanten, sowohl Calvinisten wie Lutheraner, kommen darin überein, daß die Katholiken, wenn sie als gute solche leben, ihr Heil wirken können. Diese Auskunft gaben auf die entsprechende Frage des Königs Heinrich IV. die Herren Du Moulin und Duplessis Mornay. Derselbe fragte darauf den Bischof von Beauvais, ob die Hugenotten beim Verharren in ihrer Religion ihr ewiges Heil wirken könnten. Darauf erhielt er ein rundes „Nein“ zur Antwort! Daraus schloß der König: „Um mit meinem Seelenheile sicher zu gehen, muß ich zur katholischen Kirche zurückkehren. Denn in diesem Falle kann ich dasselbe sowohl nach Ansicht der Hugenotten wie der Katholiken wirken. Aber als Hugenotte erreiche ich es nur einzig nach hugenottischer Ansicht, während ich dasselbe nach der Lehre der Katholiken gefährde.“

21.

Um endlich ein letztes Entgegenkommen zu einer so heilsamen Wiedervereinigung zu zeigen, sind die Trugbilder zu verschleichen und die Anstände wegzuräumen, welche die weltlichen Herrscher gegen das von den Herren Protestanten so sehr gefürchtete Papstthum erheben könnten. Man erklärt also bezüglich der Autorität des Papstes, daß es nicht nöthig ist, dieselbe auch über die weltlichen Angelegenheiten der Fürsten anzuerkennen. Es reicht hin, sie für das geistige Gebiet und mit Rücksicht auf deren und ihrer Völker Seelenheil ohne Verletzung ihrer weltlichen Herrschergewalt anzunehmen. So machen es Frankreich und Venedig, beide sehr gut katholische Staaten. Um so mehr wird es nur von jenem Fürsten selbst, welcher sich mit der Kirche vereinigen will, abhängen, alle Gebiete säkularisirter Bisthümer und alle Kirchengüter, die er im Besitze hat, zu behalten. Der Papst, welcher nicht seinen Nutzen, sondern das ewige Heil der Seelen sucht, wird ihm, wenn es nöthig sein sollte, eine ausdrückliche Erklärung über deren bedingungslosen Verbleib in seinem Besitze geben.

Ebenso verhielte es sich mit der Inquisition. Wenn sie dem Fürsten zu hart erschiene, kann er sie von seinen Staaten ausschließen, indem er sie nur in den alten Formen der geistlichen Gewalt überläßt. Wenn die Zuwendung unbeweglicher Güter und von Liegenschaften an die tote Hand oder zu Kirchenzwecken mißfällt und den Fürsten schadet, so steht bei diesen die Entscheidung, das zu dulden oder zu untersagen, wie in Frankreich, Venedig und Polen, wo man darum nicht aufhört, sehr gut katholisch zu sein. Wenn die Ueberzahl von Kirchen, Klöstern und Stiftern zu den Städten und den Fürsten nicht im richtigen Verhältniß steht, werden diese sich das Recht wahren, sie zu beschränken. Und so wird sich nichts ohne ihren ausdrücklichen Willen vollziehen. Dasselbe gilt von der Ausdehnung der kirchlichen Gerichtsbarkeit und von den Steuervorrechten.

So wird man durch Anschluß an die katholische Kirche das Gute ohne das Uebel haben, man wird den zeitlichen Besitz befestigen, indem man das ewige Heil sicher stellt, Man wird der Freundschaft und Hilfe des Papstes sich erfreuen, ohne von dem Seinigen das Geringste dranzugeben.

Ende.

XVI.

Die Entscheidung zu Wien am 16. November. Des neuen Königs Dankschreiben an P. Wolff.

„Gelobt sei ewiglich die unermessene Güte Gottes, daß sie die Tugend und hohe Meriten in S. K. D. und Dero durchlachtigsten Hause also zu krönen allergnädigst resolviret“

P. Wolff an Friedrich III. d. d. 17. November 1700.

„Denn Wir wohl wissen, daß ohne seine (P. Wolff) Assistenz und gute Offizia Wir es schwerlich so weit würden gebracht haben.“

Friedrich III. an seinen Gesandten zu Wien d. d. 30. November 1700.

Endlich waren Mitte November die Punktationen des Kronvertrags zwischen dem Kaiser und dem Kurfürsten bereinigt. Es hatte sich dabei auch viel um die religiöse Frage und namentlich um Zulassung jenes öffentlichen katholischen Gottesdienstes der kaiserlichen Gesandtschaft in Berlin, um die Religionsstreitigkeiten in der Pfalz u. s. w. gehandelt. Der Kaiserhof ging in seinen Forderungen immer mehr herunter. Die kirchliche Zulässigkeit des Absehens von den kaiserlichen Forderungen dargethan zu haben, ist zweifelsohne das Verdienst des P. Wolff. Unter dem 17. November richtete er nach Abschluß des Kronvertrages an den Kurfürsten das folgende Schreiben, worin er letzterem zum ersten Male die königlichen Titel beilegt:

„Durchlachtigster Kurfürst! nunmehr, wenn es Dero beliebt, großmächtigster König, gnädigster Herr Herr,

Ich erstunne von innigster Freude, daß nunmehr der Traktat
17. XI. wegen der von S. K. D. mit höchster Billig- und Gerechtigkeit ge-
1700. suchten königlichen Würde zu einem so glücklichen Ende gerathen.
P. W. Sage also mit inbrünstig demüthigsten zu Gott, mit treuehorsamsten
an Herzen zu Ihrer Durchlaucht: Te Deum laudamus! Gelobt sei
Frd. ewiglich die unermessene Güte Gottes, daß sie die Tugend und hohe
(III) I. Meriten in S. K. D. und Dero durchlachtigsten Hause also zu

krönen allergnädigst resolviret und J. K. M., wie auch dem ganzen römischen Reiche, mit dieser Consolation einen so hohen Beistand zu mehrer Hilfe animiret habe.

Ich kann E. K. D. unterthänigst versichern, daß J. K. M., als welche vor allen andern zu diesen E. K. D. Exaltation allezeit propendiret und sich appliziret haben, nach diesem gestern abends gethanen Schluß eine ungemeyne Freude erwiesen, durch welche das bald darnach durch einen spanischen Kurier wegen der neuen Unpäßlichkeit J. M. des spanischen Königs hergebrachte Leid gar sehr moderiret worden. Die Herren Ministri haben J. K. M. allergnädigste zu J. K. D. allezeit tragende Zuneigung treulich sekundiret. Muß auch bekennen, daß der Herr Bartholdi das Seinige unausläßlich und tapfer gethan habe. Meine Wenigkeit belangend habe alles gethan, was ich gekonnt habe: bin ein unnützer Knecht. Meine Mühe konnte in dieser Sache gar nicht groß sein, zumal ich mit diesem allergnädigsten Herrn zu thun hatte, welcher von ganzem Herzen J. K. D. zu gratificiren geneigt ware.

Wenn ich nun um einige Gnad bei Deroselben suppliciren darf, so bitte unterthänigst nur um diese, daß J. K. D. ohne einzigen Zeitverlust sich zum König deklariren und krönen lassen, und dieser meiner treugehorsamsten Bitte habe ich großmächtigste wohlfundierte Ursachen. Ich schließe diese meine unwürdigen Zeilen mit dem aber- und abermaligen: Te Deum laudamus! Und mich in Dero bald königliche Majestät hohe Gnade und Hulde unterthänigst empfehlend ersterbe“ u. s. w. (357.)

Dieses Glückwünschschreiben des Jesuiten und der Wink, die Annahme der Königswürde und die Krönung zu beschleunigen, fanden bei Friedrich dankbare Aufnahme und höchste Billigung. In seinem Erlaß vom 30. November an v. Bartholdi bekundete er ausdrücklich das wesentliche Verdienst des P. Wolff um die Erlangung der so heiß ersehnten Krone mit diesen Worten:

„Dem P. Wolff habt Ihr auch ein höflich Kompliment zu machen und ihm aufs höchste zu danken; denn Wir wohl wissen, daß ohne seine Assistenz und gute Officia Wir es schwerlich soweit würdigen gebracht haben.“ (359.)

Gleichzeitig mit diesem Erlaß ließ der neue König ein eigenes Dankschreiben an den P. Wolff abgehen. Er führt selbst wieder aufs Neue dessen Verdienste um seine neue Krone vor, zeigte ihm auch an, in der Beschleunigung der Krönung seinem Rathe folgen zu wollen und bat für die Zukunft um die Unterstützung des Jesuiten. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

„Deselben Schreiben ist Mir wohl geworden und kann Er versichert sein, daß Ich mehr, als Ich nicht exprimiren mag, begreife, wieviel Gutes Er zu dem nunmehr (Gott sei Dank!) soweit avancirten Werk der königlichen Dignität beigetragen. Ich habe aber

30. XI. dabei den Verdruß, daß Ich nicht weiß, wie Ich Ihn meine Dank-
1700. barkeit dafür zu erkennen geben soll, weil sein Mir bekanntes des-
Frd. interessirtes Gemüth Mir alle Gelegenheit dazu benimmt. Indessen
(III) I. will Ich Seinem Einrath folgen und Mich in Gottes Namen je eher,
an je lieber nach Preußen begeben, um allda diese Sache zu völliger
P. W. Endschaft zu bringen. Ersuche Ihn auch inständig, Mich und Mein
Haus J. K. M. ferner bestens zu rekommandiren und dabei persuadiret
zu sein, daß Ich jederzeit und mit aller Sincerität und Estime zu
sein erweisen werde, wie Ich bin“ u. s. w. (360.)

Dieses königliche Guldschreiben wurde von P. Wolff mit einem ferneren
Briefe vom 8. Dezember 1700 erwidert. Er betonte darin auch, welcher
Vorthail aus der neuen Königswürde dem ganzen römischen Reich und allen
ehrliehen deutschen Patrioten erwachsen werde. Er versicherte aufs Neue, nur seine
Schuldigkeit für Friedrich III. gethan zu haben, und beschwor diesen wiederum
um Beschleunigung der Krönung, „es sei die höchste ihm bekannte Noth.“
Das Schreiben aber lautet wörtlich:

„I. H. S.

„Allerdurchlauchtigster, großmächtigster König, allergnädigster
König, Kurfürst und Herr, Herr —

Dann diesen meritirtesten Titul haben J. K. Durchlaucht nun-
mehr in Ihren Händen.

Ich finde nicht Wörter genug, meine inniglichste Freude, so ich
aus diesem, was jetzt gesaget, nachfinde, zu expliziren und Jr. Kön. M.
8. XII. darum zur gratuliren. Uberschicke derowegen Jr. Kön. M. das ganze
1700. A B C, aus welchem alle treuehorsaamste Wunsch- und Freudenrede
P. W. können zusammengebracht und aufgesetzt werden. J. K. M. con-
an cipiren selbst, was für ein Wunsch- und Freudenzeichen Deroselbten
Frd. von Ihrem treuehorsaamsten Vasallen, Diener und Knecht am aller-
(III) I. liebsten wären; diese alle werde ich nicht allein mit meinem unwür-
digsten Namen unterschreiben, sondern auch mit meinem Blut ver-
siegeln. Weiter habe ich zu einem J. Kais. M., dem ganzen rö-
mischen Reich und allen ehrliehen teutschen Patrioten so ersprieß-
lichen, J. Kön. M. aber und Dero Durchlauchtigsten Hause nicht
weniger gloriwürdig von Dero gloriwürdigsten Vorfahren so emsig
gesuchten, von keinem aber als von Deroselbten soweit und bis zum
Ende gebrachten hohen Werk nichts anders zu sagen, als aber- und
abermaliges Te Deum laudamus! Beinebens auch den ewigen
Gott inständig zu bitten, daß er diese neue Glori J. Kön. M. und
Dero königlichen Posterität als auch dem ganzen Durchlauchtigsten
Hause zur ewigen Selig- und zeitlichen Glückseligkeit gedeihen lasse.
Amen, Amen!

Daß nun Ihre Kön. M. mit Dero allergnädigsten Handbrief meiner Mühe in diesem hohen Werke auch etwas allergnädigst zuschreiben wollen, ist mir die größte Gnade. Versichere aber dieselbe, wie ich schon öfters gethan, daß mir diese Mühe gar nichts gekostet hat, weil ich bei diesem allergnädigsten Kaiser und Herren die Sache zu sollicitiren hatte, welche von sich selbst J. Kön. M. von Dero Jugend an, von Herzen zugethan und alle mögliche Consolation Deroselben zu erzeigen geneigt ware. Haben also J. K. M. keinen Verdank daraus zu fassen, daß wie Dieselbte in Dero gnädigsten Zeilen schreiben, Sie nicht wissen, wie Sie mir Dero Dankbarkeit dafür zu erkennen geben sollten, zumalen ich dabei gar wenig und dieses zwar aus höchster Schuldigkeit gethan habe, beinebens J. Königl. Majestät hohe Gnade und mir allezeit erwiesene hohe Zuneigung über alles ist, was J. Königl. M. in Ihro König- und Kurfürstlichen Macht haben, als welcher nicht was Sr. M. haben, sondern was Sie sein, das ist Dero allergnädigstes meiner Benigkeit geneigtes Herz allerunterthänigst suche.

Mich erfreut von Herzen, daß Sr. Königl. M. meinen unwürdigsten Rath, die Krönung zu beschleunigen, allergnädigst approbiren. Es ist auch die höchste mir bekannte Noth.

Es ist ganz überflüssig Sr. Kais. M. meinem allergnädigsten Herrn Dero königliche Person und durchlauchtigstes Haus zu recommendiren, weil ich Sr. Kais. Majestät Deroselben, wie ich öfters geschrieben, vom selbstnen eigenen Antreiben ganz herzlich zugethan sein.“ (363.)

XVII.

Friedrich I. und P. Wolff im ersten Viertel des Krönungsjahres 1701. Vergebliche Dankbemühungen.

„Wann nun honores mutant mores, so ergiebt sich“ an J. Königl. M. ganz klar, daß an Dero die hohe königliche Liebe die zu Sr. Kais. M. allezeit tragende Würde nicht in was Anderes, sondern in was Größeres verändert habe; zumalen in der gar zarten kurprinzlichen Jugend J. Kais. M. gar bekannte (Affektion) gar groß, in der kurfürstlichen Dignität größer, in der königlichen allerhöchsten Würde (als in der Zeit, wo man den Freund am besten erkennen kann) die allergrößte erschienen.“

P. Wolff an Friedrich (III.) I. d. d. 17. März 1701. (379.)

Trog der in jedem Schreiben des Jesuiten zu Tage getretenen Bescheidenheit und Uneigennützigkeit, wie wir sahen, suchte der neue König in

dankebarer Gesinnung nach einem Mittel, sich erkenntlich zu zeigen. Er gab daher seinem Gesandten folgende diesbezügliche Weisung:

„Wir wären wohl Vorhabens, dem P. Wolff und seinen bekannten
10. I. Confidenten wegen ihrer in der Sache der königlichen Dignität ge-
1701. habten Mühe eine Recognition zu thun. Dem P. Wolff haben Wir
Frd. eine Medaille von 400 Dukaten zugebracht und habt Ihr zu berichten,
(III) I. ob Ihr meinet, daß ihm solches oder was ihm sonst angemessen
an sein würde, wie auch was und wieviel seinem guten Freunde etwa
Barth. zu geben“. (368).

Das wahrhaft goldene Herz des P. Bota aber stellte alle Versuche in Schatten, seine den Hohenzollern geleisteten unschätzbaren Dienste durch eine irdische Belohnung sich entgelten zu lassen und auch nur von Weitem als etwas anderes, denn als einen Ausdruck seiner Verehrung gegen seinen gnädigen Freund an der Spree darzustellen. Der Gesandte v. Bartholdi muß ihm die verlockendsten und zudringlichsten Vorstellungen gemacht haben, er möge doch etwas annehmen. Er ließ auch einen guten Freund des P. Wolff, den Gesandten der Reichsstadt Nürnberg, denselben bearbeiten, aber mit demselben Mißerfolg. Der Jesuit blieb dabei, er nähme in Ewigkeit kein Geld, er habe kein Geld nötig und er werde ganz untauglich, für den neuen König sich in Zukunft noch zu verwenden, sobald er etwas von ihm annähme. Das Schreiben des brandenburgischen Gesandten stellt dem P. Wolff das glänzendste Zeugnis aus. Es lautet also:

„Habe nicht ermangelt, den P. Wolff von weiten zu sondiren, ob von
G. R. M. er nicht wegen gehabter Bemühungen ein Zeichen einer
29. I. Erkenntlichkeit annehmen wollte. Ich habe aus erheblichen Ursachen
1701. die Summe, so G. R. M. dazu gewidmet, nicht benennet und hand-
Barth. greiflich verspüren müssen, daß die Weigerungen, womit er alle Ge-
an schenke gleichsam von sich gestoßen, aus einem wahrhaftig desin-
Frd. I. teressirten Gemüthe entspringen. Maassen er denn auch beständig
darauf beharrt, daß G. R. M. ihn nicht erfreuen, sondern äußerst
betrüben würden, wann Sie ferner in ihn dringen ließen, viel oder
wenig an Geld oder Geldeswerth zu empfangen. Er würde es doch
in Ewigkeit nicht thun. G. R. M. Gnade sei etwas Unschätzbares
und die vergelte nur allzu-reichlich alles, was er Gedeihliches gethan;
er wäre wie vor so nach begierig, sich so aufzuführen, daß er der-
selben immer würdig sein möge u. s. w. Auf die Weise, aller-
gnädigster König und Herr! sehe ich nicht, wie man dem P. Wolff
das Geringste werde beibringen können: ein Schreiben von G. R. M.,
worin Sie sein Desinteressement loben, ist ihm lieber als alles. Ich
habe zum Ueberfluß seinen guten Freund, den nürnbergischen Ab-
geordneten, an ihn geschicket, der aber hier so wenig, als ich, ausge-
richtet, und bleibet er dabei, daß er kein Geld nöthig habe, und
daß er inutile sei, vor G. R. M. ferner zu arbeiten, sobald von

Ihro er was bekommen. Im übrigen muß ich mit Wahrheit sagen, daß des P. Wolff's Freund so desinteressiret, als jener selbst und wird er mit allem vergnüget sein, so C. K. M. ihm zuwenden wollen; es hat aber damit ebenfalls keine Gil." . . . (373.)

König Friedrich erließ auf diesen Bericht seines Gesandten an P. Wolff das folgende erneute Dankschreiben:

„Lieber Herr Baron,

10. II. Es hat Mir Derselbe in der Sache Meiner nunmehr angenommenen
1701. königlichen Dignität soviel Freundschaft und gute Intention bezeiget,
Frd. I. daß Ich Ihm gerne dafür einiges Kennzeichen Meiner Erkenntlichkeit
an hätte geben mögen. Ich kenne aber Sein Gemüth und weiß, daß
P. W. Er in dergleichen Dingen keine Rekompensen, sondern einzig und
allein J. K. M. Interesse suchet und darum hat Er seinen Zweck so
vollkommenlich bei dieser Sache erreicht, daß Er Mich und Mein
Haus nimmer an dieses großen Kaisers Interesse fester hätte verbinden
können, als Er dadurch gethan, daß Er J. M. Kaiserliches Herz
und Gemüth zur Etablirung dieser Meiner Kron dignität hat dis-
poniren helfen. Die Nachwelt wird die gedeihliche Wirkung dieser
unauflösllichen zwischen J. K. M. und Meinem Hause getroffenen
Verbindung empfinden und kann der Herr Baron nimmer etwas von
Meiner gegen J. K. M. habenden Ergebenheit deroselben versprechen,
daß Ich nicht noch ein weit Mehreres gerne und mit allen Freuden
bei allen Gelegenheiten nach allem Meinem Vermögen thuen sollte.
Der Herr Baron wollen dessen J. K. M. versichern, vor seinen Theil
aber glauben, daß Ich allezeit sein und bleiben werde“ u. s. w. (377.)

Der gute P. Wolff konnte dieses erneute Dankschreiben des neuen Königs
„ohne süße Thränen mit nichten“ lesen, wie es eingangs seines vom
17. März 1701 datirten Antwortschreibens an Friedrich I. heißt. Dessen
Freundschaftsversicherungen für den Kaiser machten ihn ganz glücklich. Er
schrieb in dem gleichen Schreiben an den König also:

17. III. „ . . . Wann nun honores mutant mores, so ergiebt sich an
1701. J. Königl. M. ganz klar, daß an Dero die hohe königliche Würde
P. W. die zu Sr. Kais. M. allezeit tragende Liebe nicht in was Anderes,
an sondern in was Größeres verändert habe; zumalen in der gar
Frd I. zarten kurprinzlichen Jugend J. Kais. M. mir bekannte (Affektion)
gar groß, in der kurfürstlichen Dignität größer, in der königlichen
allerhöchsten Würde (als in der Zeit, wo man den Freund am
besten erkennen kann) die allergrößte erschienen. Für alles dieses,
besonders daß die göttliche Majestät durch Vermittlung J. Kais. M.
mit der meritirtesten Königl. Kron Dero königl. Haupt, J. Kön.
M. aber Dero herzliche zu J. Kais. M. allezeit tragende Affek-
tion mit einer unauflösllichen (wie mir J. Kön. M. schreiben) Verbündnuß
gekrönt haben, erstatte ich meinem großen Gott ein aber — aber —

und abermaliges „Te Deum laudamus“ inbrünstigst bittend, daß an J. K. M. hier zeitlich und dort ewiglich erfüllet werde jenes „Gloria et honore coronavit eum Dominus“, daß also von J. K. M. mit allem Fug gesaget könne werden: „ipsi gloria“, daß nämlich Dieselbte nicht allein ein König zu Preußen, sondern auch ewig zu preisen sein: Amen, Amen.

Daß aber J. K. M. auch meiner geringen Cooperation einiges Mérite dabei zuschreiben wollen, ist mir solches wie eine allergrößte, also auch unmeritirteste Gnade, welches meine Unvermögenheit genugsam bezeuget; wiewohl ich meiner Schuldigkeit gemäß nichts habe unterlassen, was mir nur möglich ware, **zumal mit meinem unwürdigen Gebet. Daß ich in solchen Fällen keine Rekompensen, sondern einzig und allein J. Kais. M. Interesse suche, in diesem thun mir J. Kön. M. die höchste Gerechtigkeit.** Weil ich aber das Interesse J. Kais. M. mit Jr. Kön. M. Interesse also verknüpft sehe, so versichere ich allerunterthänigst J. Kön. M., daß ich auch in diesem keine mögliche Mühe ersparen werde. Jr. Kön. Majestät erhalten mich in Dero hohen königlichen Hulden und Gnaden“ u. s. w. (379.)

XVIII.

König Friedrich I. und P. Wolff im weiteren Verlauf des Krönungsjahres 1701: P. Wolffs Verwendung für Friedrichs Anerkennung im deutschen Reich und durch Schweden. Bitte Friedrichs um Hilfe in der Differenz mit dem Papste Clemens XI.

„Wie Ich Ihm dann vor Alles Gute, so Er hiezu beigetragen, sonderlich obligiret bin“.

Friedrich I. an P. Wolff d. d. 8. Sept. 1701. (401).

P. Wolff aber half Friedrich I. nicht nur zur kaiserlichen Zustimmung zu seiner Königswürde, sondern auch zur Anerkennung seitens anderer Mächte. Auch leistete er ihm die besten Dienste in Abwehr von Angriffen auf seine neue Krone. Ersteres erschen wir aus der Anweisung, welche König Friedrich I. an seinen Wiener Gesandten Bartholdi d. d. 19. III. 1701 richtete:

. . . . „Dem Grafen v. Kaunitz und dem P. Wolff habt Ihr vor die gute Officia, so dieselbe wegen Unserer

Agnoszierung bei Schweden namens J. Kaiserl. M. anwenden, aufs höflichste zu danken und ihnen das Werk ferner bestens zu rekommandiren". (380.)

Eine weitere Dankfagung ließ Friedrich durch den Grafen Solms am 19. April 1701 dem Jesuiten überbringen. Im Bericht v. Solms nach Berlin vom 20. April 1701 heißt es darüber:

"Ich habe gestern P. Wolffen besucht und E. K. Majestät gnädigsten Gruß und Dankfagung vor seine geleistete Dienste überbracht und abgelegt. Der sich dann E. K. M. allerunterthänigst empfiehlt und viel Respekt, Devotion und Veneration vor E. K. M. geheiligte Person zu haben bezeuget, nichts mehr wünschend, als so glücklich zu sein und die hohe Gnade zu haben, E. K. M. als König die allerunterthänigste Reverence machen zu können, nachdem er als Kurprinzen und Kurfürsten E. K. M. unterthänigst aufzuwarten die Ehre gehabt hätte . . ." (385.)

Auch in seinem gespannten Verhältnis zum hl. Stuhle (über die Ursache in den folgenden Abschnitten) zählte König Friedrich auf P. Wolff. Unter dem 20. Mai 1701 erließ er an seinen Gesandten v. Bartholdi folgende Weisung:

. . . "Es scheint . . . als wollte der Papst dem Kaiser das ius creandi reges (Recht, Könige zu ernennen) disputieren, welches Wir dahin gestellt sein lassen. Ihr habt aber mit dem P. Wolff daraus zu reden. Und zweifeln nicht, es werde sowohl J. K. M. als auch gedachter Pater in Zeiten vorbauen, damit des Papstes wider diese Unsere neue Dignität Oppositiones keine widrige Suiten haben mögen". (388.)

Inzwischen waren weithin und auch zu Ohren des P. Wolff in Wien Gerüchte gedrungen, Friedrich beabsichtige die katholische Religion in Preußen auszurotten und habe diesbezügliche Anordnungen getroffen. Friedrich hatte aber, abgesehen von dem Gefühl der Erkenntlichkeit gegen den guten Freund und Helfer, fortlaufende Ursache, mit P. Wolff es nicht zu verderben. Er überwies seinem Gesandten v. Bartholdi am 30. Mai 1701 die spezialisierten Angaben, um jene Gerüchte zurückweisen zu können (390). Gleichzeitig hiermit entsandte er ein neues Schreiben an P. Wolff, woraus zu entnehmen, daß letzterer dem Könige in einem weiteren Briefe die erneute Zusage seiner Bereitwilligkeit und Bundesgenossenschaft gemacht hatte. Dieses neue Schreiben des P. Wolff aber ist nicht in den „Publikationen“ zu finden. Daß Friedrich I. dasselbe empfing, geht aus dem ersten Satze seines Schreibens an P. Wolff vom 30. Mai 1701 hervor:

"Es hat Mir der Graf von Baar Sein Schreiben wohl überbracht, und ersehe Ich daraus mit nicht geringem Vergnügen Desselben noch immerhin gegen Mich continuirendes, aufrichtiges, gutes Gemüth. Es sollte Mir auch nichts lieber sein, als wenn Ich Ihm dafür einige Erkenntlichkeit erweisen könnte. Weil Ich aber weiß,

30. V. 1701. Frd. I. an P. W. daß Er dieselbe in nichts anders suchet, als daß Ich an S. Kaij. M. und Dero Interesse fest attachiret bleibe, so kann Er versichert sein, daß Er hierin allemal seinen Zweck vollkommenlich erreichen wird, und daß nichts in der Welt jemalen capable sein soll, Mich von einem so großen Kaiser, den Ich allezeit so hoch consideriret habe, in dem allergeringsten zu trennen. Vielmehr will Ich solche meine Intention in Meinem Hause auch auf Meine Posterität fortzupflanzen und, solange dieselbe währet, zu stabiliren und zu erhalten bemühet sein. Ich hoffe aber, daß man dort auch hinwieder vor Mich in denen bisher bezeigten guten Sentimenten beharren und bei vorfallenden Gelegenheiten Mich solches in der That empfinden lassen werde. Es wolle Derselbe (P. Wolff) das Seinige dazu mit beitragen". (391.)

Auch für die Anerkennung des Königs durch deutsche Reichsstände war P. Wolff thätig. Wir finden dies in dem Erlaß Friedrichs I. vom 11. August 1701 an den Residenten Friedrich Heinrich v. Bartholdi (Bruder des vorigen) bezeugt, worin es heißt:

„Daß P. Wolff es dahin befördert, daß wegen Unserer Agnition pro Rege von S. M. dem Kaiser an den Bischof von Würzburg geschrieben werden solle, das vernehmen Wir gerne und hast Du ihm dafür zu danken". (398.)

Unter dem 31. August 1701 konnte der Jesuit dem König melden, daß auf seine „vielfältige Repräsentation und Ermahnung“ „Dero königlichen Würde Recognition und Acceptation nunmehr auch bei der schwedischen königlichen Majestät schon in der nächsten Nähe sei“. Der Brief lautet:

31. VIII. 1701. P. W. an Frd. I. „Mit höchster Freude meines S. K. M. unendlich obligirtest — und devotesten Herzens habe ich dieser Tage von dem schwedischen Abgesandten vernommen, daß die von mir so emsig gesuchte und dem gemeinen Wesen so hoch erspriessliche Dero königlichen Würde Recognition und Acceptation nunmehr auch bei der schwedischen königlichen Majestät schon in der höchsten Nähe sei. Zu welchem Ziel der hiesige schwedische Abgesandte auf meine vielfältige Repräsentation und Ermahnung, wie auch der kaiserliche Abgesandte Graf Belz (wie mir der schwedische Gesandte selbst bezeuget) das Meiste contribuiret hat. Welches ich S. K. M. als meinem allergnädigsten Herrn aus freudensvollem Herzen nicht habe vorenthalten können". (400.)

Dem Könige war diese Botschaft des Jesuiten um so angenehmer, als er von anderer Seite recht ungünstige Nachrichten über die Gesinnungen des schwedischen Königshofes besaß. Er ermangelte nicht, seinen Dank abermals in einem besonderen Dankschreiben d. d. 8. September abzustatten:

„Ich habe Desselben Schreiben vom 31. August wohl erhalten und ist Mir die darin überschriebene Zeitung von Sr. M. des

er vergewissert, daß Dero königlichen Würde Agnition von sich selbst gar bald erfolgen würde, zu welcher, wie auch allen friedsamem Gedanken dieser ehrliche Mann gar fleißig concurrirret. Zweifle auch gar nicht daran, daß der liebe Gott die nordische weitaussehende Kriegsrüstungen gar bald aufheben und wider den allgemeinen Feind der teutschen Nation wenden werde. Zu welchem J. K. M. am meisten mit Rath und That contribuiren werden, ich auch mein unwürdiges Gebet nicht ersparen kann, und J. Kais. M. zu diesem Ziel alle möglichen Anstalten thun werden. Wie nun dies höchstgemelter J. Kais. M. meinem allergnädigsten Herrn die genannte und auf Information des jüngeren Herrn v. Bartholdi von mir K. Kais. M. referirte wider die Grenze J. K. M. vornehmende schwedischen Anstalten einen ungemeinen Kummer verursacht: also haben meine vorerwähnte mit dem schwedischen Abgesandten abgeredete sichere Vertröstung, wie auch der Brief, den ich J. Kais. M. allerunterthänigst communicirret habe, deroelben eine große Freude verursacht: zumalen auch aus diesem die unauflöbliche Freundschaft, welche J. K. M. gegen dieselbe beständigst behalten, sonnenklar zu ersehen ware". (403.)

Hiermit endigt die Darstellung der aus den publizirten Urkunden ersichtlichen Verdienste des Jesuiten P. Wolff um die Errichtung des preußischen Königthrones für das Herrschergeschlecht der Hohenzollern. Vielleicht aber endigten damit noch nicht seine Beziehungen zum neuen Königshofe selbst. Wiederholt haben wir in dem Briefwechsel von der Absicht seiner Reise nach Berlin gehört. Eine handschriftlich im „Geheimen Staatsarchiv“ aufbewahrte „Geschichte der Erwerbung der königlichen Würde von Preußen“, welche der preußische Kriegsrat G. W. Cuhn Ende des vorigen Jahrhunderts geschrieben hat, läßt ihn im Sommer des Jahres 1701 in Berlin erscheinen, um die Vermählung der jüngsten Tochter des Kaisers Leopold mit dem Kronprinzen von Preußen anzubieten. Der Herausgeber der „Publikationen“ bemerkt dazu (I. S. 395), daß sich bis jetzt nicht hat feststellen lassen, woher Cuhn diese Kunde nahm, daß er, der Herausgeber, aber kein Bedenken trage, ihm zu folgen. Wir können nur erklären, daß bis zum sichern Erweise seiner Wichtigkeit der Inhalt der Mittheilung verdächtig erscheint. Denn sie besagt, daß P. Wolff, der Jesuit, angeboten, nur die Prinzessinnen aus dieser Ehe brauchten der Religion der Mutter zu folgen, die Prinzen sollten protestantisch werden.

XIX.

König Friedrich I. und P. Vota im ersten Viertel des Krönungsjahres 1701. Neue Bitten Friedrichs. Neue Verdienste P. Votas.

„Ich hoffe, daß Sie diese Angelegenheit Meiner Krönung zum König jetzt ebenso gut zu Ende führen, als Sie begonnen“.

König Friedrich I. an P. Vota d. d. Königsberg,
1. Januar 1701.

„Ich weiß meine Sehnsucht kaum zu bemeistern, welche dahin geht, unter den Huldigenden und Gratulanten aus dem Auslande der erste zu erscheinen, wie ich auch glaube, unter denselben mit Geist und Herz, Wort und Schrift der erste Vorkämpfer der neuen Königswürde gewesen zu sein“.

P. Vota an König Friedrich d. d. 12. Januar 1701.

„Niemals wird ein Lobredner, und ich wage es selbst zu sagen, ein Vertreter des Staatsrechts erstehen, welcher mit größerer Kraft und Ausdauer, als ich gethan, das Recht und die Berechtigung zu der Krone vertritt, welche der Himmel Ew. Majestät Verdiensten und Ihrem königl. Hause verliehen. Das Ereigniß dieser Tage und aller Widerstand dagegen werden nur zur Erhöhung Ihrer berühmten Entschließung dienen, die um so ruhmreicher erscheinen wird, in je größerer Unabhängigkeit sie vollzogen wurde“.

P. Vota im Huldigungsschreiben d. d. 21. Jan. 1701.

Wiederholt haben wir die politischen Freunde Friedrichs in der Gesellschaft Jesu auf eine Beschleunigung der Krönung in den mitgetheilten Briefen dringen sehen. (Vergl. S. 39 u. 76.) Dieser Rat fand bei Friedrich willigstes Gehör, wie er das in dem Briefe an P. Wolff vom 20. Nov. 1700 (Vergl. S. 77) selbst bezeugte. Am 16. Dezember 1700, am Vortage der Abreise nach der Könungsstadt Königsberg, erschien eine öffentliche Erklärung zur Begründung der Annahme der Königswürde. Es hieß darin, ganz im Einklang mit den von P. Vota stets betonten, natürlichen und geschichtlichen Gründen für den Schritt, daß Friedrich „den Titel eines Königs in Preußen annehmen werde: indem dieses zuvörderst eine an sich völlig zulässige, durch Gründe und Beispiele überflüssig gerechtfertigte Sache sei, und ferner durch solche Erhebung keinem in der Welt an seinem wohlhergebrachten Rechte das

Geringste entzogen würde. Er hege deshalb zu den sämtlichen Mächten in Europa, sonderlich zu den Kurfürsten, Fürsten und Ständen des deutschen Reichs das ungezweifelte Vertrauen, dieselben würden aus bloßer Mißgunst und Neid einem an sich so unschuldigen Werke sich nicht widersetzen; noch wegen des Namens und des Außerlichen von einer Sache, die Sr. Kurfürstl. Durchl. bereits vorlängst gehabt, und ihr kein Mensch in der Welt mit Fug streitig machen können, Schwierigkeiten erregen, welche darunter erzeugte Gunst und Willfährigkeit dieselben in dergleichen und andern Fällen dankbarlich anerkennen würden. Doch wolle er nichts aus Schuldigkeit fordern, sondern alles auf eines jeden Billigkeit ankommen lassen.“

Der Krönungszug entsprach vollkommen den Begriffen königlicher Pracht. In vier Abteilungen machte sich derselbe auf den Weg, weil sonst die Unterbringung der Teilnehmer auf den einzelnen Reifestationen zu schwierig geworden wäre. Dreißig Tausend Pferde waren zur Fortschaffung der Personen, Koffer und Reiseeffekten erforderlich. Winterliches Schnee- und Thauwetter machten die Reise überaus beschwerlich. Die über die Ufer getretene Weichsel machte den Umweg über Danzig nötig. Je mehr man sich der Krönungsstadt näherte, um so größer ward der Zustrom der Reisebegleiter. Wie Heereszüge bewegten sich die Massen auf den Straßen nach der Krönungsstadt, da jeder der vielbesprochenen, prächtigen Krönungsfeier beiwohnen wollte.

Nach zwölfstägiger Reise, am 29. Dezember 1700, langte der Krönungszug in Königsberg an. Drei Tage darauf, als man sich eben von den Strapazen erholt, am 1. Tage des Jahres, das ihm die ersuchte Königskrone bringen sollte, sehen wir den angehenden König die Feder ergreifen, um von Neuem die Hilfe seines Freundes aus der Gesellschaft Jesu am Königshofe zu Warschau, P. Bota, anzurufen. Denn noch hegte er einen heißen Wunsch, daß nämlich der König von Polen ihm die Anerkennung seines Königtums in Preußen grade während des Krönungsaufenthaltes im neuen Königreiche selbst zukommen lasse. Diesem Wunsche stand wohl auch die quälende Befürchtung gegenüber, daß diese Anerkennung am Ende doch noch etwa ausbleiben und das für Friedrich so gute politische Wetter in Warschau, welches bisher mit Hilfe des P. Bota so dauernd sich gezeigt, in etwa umgeschlagen sein möchte.

Eine Antwort Friedrichs auf die oben mitgeteilte Denkschrift des P. Bota ist nicht bekannt. Sie war auch weder durch die Form, noch durch den Inhalt des Schriftstückes erfordert, falls man nicht auf den Weg zur Krone über Rom eingehen wollte. Und das wollte der Kurfürst nicht, wie hinreichend bekannt ja ist. Auch den Jesuiten konnte das nicht verborgen bleiben. Sinnlich waren sie beide ja Männer, denen die tiefste Erfahrung, Menschenkenntnis und Unterscheidungsgabe der Geister in so seltenem Maße zu Gebote stand. Sodann aber verfügten sie über alle Mittel des diplomatischen Aufklärungsdienstes, falls die von ihnen so viel gerühmte Großherzigkeit des Hohenzollernschen Kronbewerbers darüber nicht reinen Wein eingeschenkt hätte. Das, aber ist mit aller Deutlichkeit geschehen, und zwar der Zeit nach einen Monat später, als die

P. Bota'sche Denkschrift in Berlin (18. Oktober 1700) präsentiert worden war. Bereits am 14. August und dann wiederholt am nächsten 13. November war die schärfste Zurückweisung der kaiserlichen Forderung eines öffentlichen katholischen Gesandtschaftsgottesdienstes vergangen (348, 356). „Dann herodann, wenn man sich mit Unserer deshalb gethanen Deklaration nicht contentiren will, Wir des beständigen Vorfazes sein, ein vor allemal von der ganzen Sache zu relaxhiren und deshalb nicht das geringste Wort weiter zu nehmen.“ (365)*) Also hatte der Kurfürst erklärt, und es wäre gewiß verfehlt anzunehmen, P. Bota in Warschau habe das und Ähnliches nicht erfahren. Er war von der Ansicht des Kurfürsten zweifellos unterrichtet. Wir selbst stehen nicht an zu glauben, daß Friedrich III. ihm direkt mittheilen ließ, der Denkschrift dritter Weg zur Krone zu gelangen, sei für ihn nicht gangbar, obgleich darüber keine Dokumente noch bekannt geworden sind. Eine solche Erklärung erforderte die diplomatische Verbindung, wie auch das Bewußtsein, daß man die Hilfe des Jüngers Loyolas in Warschau wohl noch werde brauchen und anrufen müssen. Einer der ersten Akte des Kronbewerbers im neuen Krönungsjahr und grade aus der Krönungsstadt, wo er soeben angekommen, war der neue Bittbrief an den Freund aus der Gesellschaft zu Warschau, P. Bota. Der Brief atmet ein wenig die Empfindung, mit welcher Friedrich nach Nichtbeachtung der Darlegungen der Denkschrift über den Weg zur Krone über Rom sich von Neuem an den Jesuiten wandte. „Ich glaube daß Sie über Meine Krönung nicht böse (!) sein werden,“ schreibt der angehende König. Dieser neue Bittbrief, weil eben nach Nichtbeachtung des Weges über Rom geschrieben, ist der klarste Beweis dafür, wie sehr Friedrich von der Freundschaft des Jesuiten für ihn, sein Haus und seine politischen Interessen ohne Rücksicht auf sein protestantisches Bekenntnis durchdrungen war.

*) Die protestantischen Staatsmänner jener Zeit standen noch zu sehr in den Begriffen, womit die Verhegung und Verbissenheit der rabies theologica des 16. und 17. Jahrhunderts die von Rom Getrennten erfüllt hatte. In der Kritik der kaiserlichen Forderung eines ständigen öffentlichen katholischen Gottesdienstes für die Gesandtschaft zu Berlin bezeichnen die Berliner Staatsmänner Wartenberg, Dohna und Ilgen die hl. Messe geradezu noch als „Gözendienst“: „(es) muß solches Anmuthen platterdings verworfen und den kaiserlichen Ministris, um alle Hoffnung ihnen deshalb zu nehmen, deutlich deklarirt werden, daß Ew. K. D. lieber das ganze Werk abandonniren, als deshalb das Geringste einräumen wollten. Und was könnten auch wohl Ew. K. D. vor Segen und Gedeihen von Gott dem Höchsten bei Ihrer Kronedignität erwarten, wenn Sie deshalb Gott hintansetzen und nur des bloßen königlichen Namens willen einen öffentlichen Gözendienst in Ihren Landen und in Ihrer Residenz stiften lassen sollten? (347 S. 489 f.) Diese Anschauungen wurden infolge der Beziehungen zu England, Holland u. s. w. politisch für Friedrich geradezu maßgebend, wie gerne wir auch annehmen, daß derselbe bei Gestattung des katholischen Gottesdienstes zu Johannisburg 1698 im eigenen Palaste (S. S, 27) die Anschauung wohl nicht theilte, die Messe sei ein Gözendienst.

„Ich bin eben hier angekommen um, wenn es Gott gefällt, die Angelegenheit Meiner Krönung zu vollenden.
1. I. Ich glaube, daß Sie darüber nicht böse sein werden, weil
1701. Sie allezeit bekundet haben, daß Sie die Sache so trefflich
Frd. I. und nach allen Beziehungen so gerechtfertigt finden. Aus
an diesem Grunde auch bin Ich völlig überzeugt, daß Seine Majestät
P. V. der König von Polen Mir **bei diesem Anlaß** einige Beweise seiner
guten Gesinnung zukommen lassen wird, die er einer Angelegenheit
entgegenbringt, welche die Ehre Meines Hauses so nahe berührt; Ich
würde Mich dafür ewig verpflichten. Ich weiß, daß Sie dazu
viel beitragen können durch die weisen Rathschläge, die
Sie ihm hiebei wohl geben wollen, Wie Ich Sie andurch bitte zu
thun. Wollen Sie glauben, daß Ich u. s. w. (Nachschrift:) **Ich hoffe,
daß Sie diese Angelegenheit Meiner Krönung zum König
jezt ebenso gut zu Ende führen, als Sie begonnen“.**
(„J'espère, que Vous finirez à cette heure dans l'affaire de la
dignité royale autant bien, que Vous avez commencé.“)
(366. frz.)

Von P. Botta liegt ein nach diesem Brief des Kurfürsten verfaßtes Schreiben an letzteren d. d. 4. Januar 1701 vor, welches aber vor Empfang des eben angeführten Briefes Friedrichs geschrieben scheint; denn desselben geschieht darin keinerlei Erwähnung, vielmehr finden wir diese erst in dem darauffolgenden Briefe P. Botta's vom 12. Januar. Das Schreiben vom 4. Januar ist somit ein Anzeichen der Fortdauer des Briefwechsels auch zwischen dem 6. Juli 1700 (338) und dem 1. Januar 1701 (366). Es lautet:

„In meiner Ungeduld nach der Nachricht von der glorreichen Krönung G. K. D., wo ich die alten Formen der Etiquette mit
4. I. jenen für die königliche Größe und die unvergleichlichen Verdienste
1700. G. K. D. vertauschen werde, zähle ich die Stunden und Minuten.
P. V. Inzwischen wage ich meine Huldigungen im Voraus schon darzu-
an bringen und Sie im Voraus zu einem Erfolge zu beglückwünschen,
Frd. I. welchen ich seit langer Zeit Ihnen mit aller Lebhaftigkeit
gewünscht und für den ich mich immer und allzeit mit
gleichem Eifer und gleicher Treue bei Sr. M. dem Könige
und bei den Großen dieses Landes (Polen) wie zu Rom
und an den Höfen Italiens verwandt habe. Und ich zweifle
nicht, daß alle Welt bald ihre Zustimmung dazu geben wird. Es
wäre mir wohl angenehm und erwünscht, wenn ich hievon persönlich
genaue Nachricht zu Füßen legen dürfte.“ (367. frz.)

Als Antwort auf den Brief des Kurfürsten d. d. 1. I. 1701 mit dessen erneuter Bitte, für ihn zu wirken, übersandte P. Botta am 12. Januar ein längeres Schreiben. Dasselbe ist besonders merkwürdig darum, weil der Jesuit darin u. a. erklärt, sich zu sehnen, der erste der Gratulanten aus dem Auslande zu

sein, wie er auch glaube der erste gewesen zu sein, welcher im Auslande den Plan der neuen Krönung erfaßt, schriftlich vertreten und diese habe schmieden helfen. Wir erfahren wieder in diesem Schreiben, wie auch schon aus dem vorhergehenden, daß P. Botta in seinem Briefwechsel mit dem verstorbenen Papste (Innozenz XII.) und mit dem ersten Minister des neuen Papstes Clemens XI., dem Cardinal Paollucci, seinem vertrautesten Freunde, von langer Hand her den päpstlichen Stuhl auf die neuen Ehren des Hauses Brandenburg vorbereitet habe, obgleich Andere sich dieses Verdienst zuschreiben wollen. Es ist also nicht zutreffend, wenn der darstellende Teil der „Publikationen“ (S. 373) erklärt, daß man auch bei P. Botta „Beziehungen zur Kurie nur vermuthen, nicht beweisen kann.“ Der Herausgeber legt ja selbst in dieser und anderen noch folgenden Urkunden die Beweise vor (367, 369.) Außerdem erfahren wir noch, daß der Kurfürst, wie auch die Kurfürstin dem P. Botta zur Zeit — wohl in Johannisburg oder Berlin im Sommer 1688 — das mündliche Versprechen gegeben haben, derselbe solle, wenn das Werk gelänge, noch sie persönlich auf dem königlichen Throne sehen, d. h. wohl, bei ihrer Krönung zugegen sein. Das Schreiben P. Bottas lautet:

„Ich bin außer Stande, meine Feder und meinen Eifer selbst noch vor Eingang der Krönungsnachricht zurückzuhalten und Ihnen
10. I. meine Glückwünsche noch länger vorzuenthalten. Ich weiß meine
1701. einzige Sehnsucht kaum zu zügeln, welche dahin geht, unter den
P. V. Huldigenden und Gratulanten aus dem Auslande der erste zu
an sein, wie ich auch glaube, mit Herz und Geist, Wort und Schrift
Frd. I. unter ihnen der erste Vorkämpfer der neuen Krönungswürde gewesen zu sein, einer Würde, welche ebenso sehr gerechtfertigt ist durch die Größe Ihrer Staaten und Ihres Hauses, als durch jene der unvergleichlichen Person Ew. Majestät, welche so glorreich die Freiheit Deutschlands und ganz Europas gerettet hat. Ich schmeichle mir, daß die ganz edelmüthige Milde Ew. Majestät darin keinen Anachronismus oder einen Mißgriff erblicken will, wenn ich jetzt schon, noch etwas vor der Zeit, meine Glückwünsche darzubringen wage, um meinen äußersten Eifer für Ihre Ehre zu bekunden. Ich hoffe daß dieser mein Glückwunsch bei Ew. Majestät gnädig aufgenommen werde, da er der Aufrichtigkeit und der Anhänglichkeit eines Ihnen so treuen und ergebenen Herzens entspringt.

Ich habe auch nicht die neuen Weisungen in dem Briefe mit der Meldung von Ihrer Ankunft in Königsberg abgewartet, um für Ew. Majestät Interesse zu wirken. Dieser Brief erfüllte mich, um dies noch vorher zu sagen, mit einer Freude, welche gepaart ist mit dem Staunen über ein so kostbares Pfand Ihrer königlichen Güte. Unablässig habe ich Gelegenheiten wahrgenommen und gesucht, um meinen königlichen Herren in der großen Weisheit von Neuem zu bestärken, welche er in der die För-

derung der Ranagerhöhung Ew. Majestät und Ihres Hauses in guten königlichen Treuen beweist und wodurch sich die gegenseitige Freundschaft mehr und mehr steigert. Bei hundert und abermals hundert Begegnungen mit den polnischen Großen habe ich betont und durch die Geschichte bewiesen, daß die Mehrzahl der Königstitel aus dem Bewußtsein der eigenen Macht der Herrscher hervorgegangen und auf die zu Eigenthum besessenen Gebiete sich stützt; daß die Zustimmung der Unterthanen, falls der Machtbesitz ausreicht, das älteste und das stärkste Recht der königlichen Würde ist. Das hatte man ja in Frankreich, Schweden, Dänemark in England (*parmi les rois Merceiens et les Saxons*) in Schottland und bei so vielen andern Monarchen des ganzen Altertums gesehen, welche ihre Untergebenen auf den Thron erhoben haben, ohne von außen her die Würde zu erbetteln, deren wahre Quelle sie im Innern des eigenen Landes besaßen. So habe ich diejenigen überwunden und überzeugt, welche das volle Recht nicht zu kennen schienen, daß Ew. Majestät befugte, aus eigener Souveränität heraus den Herrschertitel anzunehmen, der Ihnen am geeignetsten erschien. Ich habe weiter dargethan, daß diese Ranagerhöhung Niemanden den mindesten Abbruch thun, noch den Vertrag über den möglichen Rückfall Preußens an Polen im Mindesten brechen, vielmehr denselben nur um so werthvoller und wichtiger erscheinen lasse, um so mehr, als die Deklarationen Ew. Majestät über diesen Punkt den Vertrag und das Heimfallrecht nur noch mehr bestätigt habe. Der Königstitel, welcher Preußen in vergangenen Zeiten zukam, so legte ich weiter dar, und der durch Ew. Majestät ruhmreiches Vorgehen jetzt wieder auflebt, könne daher doch nur bei Neidern und Voreingenommenen oder wenig Erleuchteten Anstoß erregen; die volle Anerkennung durch den Kaiser, also durch die höchste Macht der Erde, wie auch das Beispiel eines so großen und weisen Königs, als der unsrige, seien auch in diesem Falle mehr als hinreichend, um den Schritt Ew. Majestät zu begreifen. Auch gegen den Titel „König von Preußen“ dürfe man nichts einwenden, wie einige wollten. Denn mehrere verschiedene Könige führen ja den Titel von einem und demselben Reich, möge dieses unter sie getheilt worden sein oder auch nur von Ihnen in Anspruch genommen werden; so führen die Könige von Frankreich und Spanien den Titel des Königreiches von Navarra, so führen die Könige von England den Titel und das volle Wappen von Frankreich im Angesichte des letztern, so führen die Könige von Dänemark und Schweden beide den Königstitel des Vandalenreiches, welchen Ew.

Maj. ebenfalls nach demjenigen des Königs von Preußen hinzufügen können. Mithin könne auch Niemand daran Anstoß nehmen, daß Ew. Majestät den Titel König von Preußen führen, obgleich Sie nicht die beiden Gebiete dieses Namens, sondern nur das kurfürstliche Preußen oder, um es genauer zu sagen, das herzogliche Nordpreußen besitzen. Auf alle Fälle wird man gut thun, in den königlichen Schreiben, welche nach Polen kommen, die Bezeichnung „Nordpreußen“ anzuwenden, um den Bedenken und Hänken den letzten Vorwand abzuschneiden. Endlich, so ermahnte ich, solle man sich lieber gutwillig an das gewöhnen, was nun einmal beschlossene Sache ist und das ins Leben tritt ohne uns, als Verdruß darüber zu zeigen und es als gegen uns geschehen und gerichtet erscheinen zu lassen. Das sind die Mittel, Sire, welche während Ihre weisen Minister mit soviel Fleiß und Erfolg sich bemüht haben und noch bemühen, ich meinerseits unablässig bei einer Zahl Personen ersten Ranges verabreicht habe, um Sie auf die gute Aufnahme des bevorstehenden großen Ereignisses vorzubereiten. Und ich versichere Ew. Majestät in aller Bescheidenheit, daß diese Mittel sehr heilsam gewirkt haben.

Um wieder auf die Haltung des Königs zurückzukommen, so ist ist zu sagen, daß seine Entscheidung ebenso gerecht ist, als sein Scharfsinn groß und unerschöpflich. Versprechen und Halten seines königlichen Wortes gehen Hand in Hand. Und Nichts in der Welt wird ihn von dem vollen Vertrauen auf Ew. Majestät und von der aufrichtigen Freundschaft für Sie abbringen. Ich weiß, daß das Recht, seine Brüder auf den Königsthronen zu ehren, ihm zusteht und jede Ausübung dieses Rechtes nur von ihm abhängt. Und durch die von Ew. Majestät abgegebene Erklärung über den eventuellen Heimfall Preußens und den Sinn des Namens König von Preußen (im Falle Ew. Majestät ihn ohne den Beisatz „König des nördlichen Preußens“ gebrauchen wollen), hat mein Herr und König genug in Händen, um den Widersachern den Mund zu schließen, falls sie noch weiteren Widerstand leisten sollten.

Herr Tovianski (der bestimmte polnische Krönungsgesandte) wird Ew. Majestät noch mehr authentische Beweise von der Freundschaft des Königs überbringen. Ich aber seufze in Sehnsucht nach dem Augenblick, der mich in Erfüllung des Befehles, welchen Ew. Majestät und Ihre unvergleichlich hohe Frau Gemahlin zur Zeit mir mündlich erteilten, zu den Stufen Ihres königlichen Thrones hintreten läßt. In der Erwartung der Bestätigung oder des Widerrufs jener königlichen Willensäußerung flehe ich zum Himmel, derselbe möge Ihre königliche Herrscherregierung mit

allem Ruhm und jedem Glück überhäufen, welche mein Ihnen ergebenstes Herz Ihnen wünschen kann!

Sw. Majestät möge noch wissen, daß ich, wie durch meinen Briefwechsel mit dem verstorbenen Papste, so durch jenen mit Cardinal Paullucci, meinem intimen und vertrautesten Freunde, dem ersten Minister des jetzigen, Clemens XI., feststeht, von langer Hand her mit glücklichem Erfolge den römischen Hof auf die Rangerhöhung Ihrer Majestät vorbereitet habe, obgleich andere sich das Verdienst hiervon zuschreiben wollen" u. s. w. (369. frz.)

Zwei Tage später (14. Jan. 1701) sandte P. Bota ein Schreiben an einen preußischen Minister, wahrscheinlich Ilgen, über dieselbe Königsfrage. Er nennt den Empfänger darin das Herz und die Seele und den rechten Arm dieses großen Königs. Er teilte mit, daß der König von Polen fortgesetzt in der Freundschaft zu Friedrich verharre, den brandenburgischen Gesandten auf einem Feste sehr bevorzugt, ihm alle Zusagen für seinen Herrn erneuert und selbst auf die Ehre des Kurfürsten und die Erfüllung aller seiner Wünsche einen Trinkspruch gethan. Er (P. Bota) bestärke den König in seinen guten Gefinnungen, sowie auch seine Umgebung. Weiterhin spricht er sich noch über den Titel aus, welcher nach seiner Ansicht einfach „König von Preußen oder Nordpreußen“, aber nicht König „in“ Preußen heißen solle. („Celui „Rex in Prussia“ je ne le saurais souffrir. Cet „in Prussia“ en Prusse ne dénote pas l'autorité sur la Prusse, mais l'existence dans la Prusse et partout „male sonnaret“ à mon zèle et à ma fidélité.“) (370. frz.)

Am nächstfolgenden Tage (15. Januar 1701) schrieb P. Bota wiederum an Friedrich. In dem übrigens nur kurzen Briefe bezieht er sich auf seine beiden vorhergehenden Schreiben und zeigt an, daß die Abreise eines polnischen Gesandten zur Ueberbringung der Anerkennung des Königs beschlossene Sache und daß Alles geregelt sei. Gleichzeitig bat er um den Wortlaut aller für die italienischen Fürsten bestimmten Benachrichtigungsschreiben über Annahme der königlichen Würde, um sie in seinem vertraulichen Briefwechsel, den er mit allen jenen führe, zum Nutzen und zur Zufriedenheit Friedrichs zu verwerten. (371. frz.)

Endlich am 21. Januar langte die Nachricht von der vier Tage vorher zu Königsberg erfolgten Krönung des neuen und ersten Hohenzollern-Königs in Warschau an. Der brandenburgische Gesandte Baron v. Hoverbeck überbrachte sie sofort dem P. Bota. Derselbe verfaßte sogleich das folgende Glückwunsch- und Huldigungsschreiben:

„Ich würde nicht genug Eifer für die Ehre und das Glück Sw. Majestät haben, wenn ich weniger Verlangen trüge, dies auch zu bekunden. Ich bescheide mich gleichwohl mit der erfurchtsvollsten Versicherung, daß Niemand auf der Welt gleich mir eine solche Freude über Ihre Krönung empfinden kann, welche Herr v. Hoverbeck mir

21. I. soeben als vollzogene Thatsache mitgetheilt hat. Niemals wird
1701. ein Lobredner, und ich darf es selbst zu sagen wagen, ein
P. V. Jurist erstehen, der mit größerer Kraft und Ausdauer wie
an ich gethan, das Recht und die Berechtigung zu der Krone
Frd. I. vertritt, welche der Himmel Ew. Majestät Verdiensten und
jenen Ihres Königlichen Hauses verliehen. Das Er-
eigniß dieser letzten Tage — welches sich gegen alle Er-
wartung vollziehen durfte — **und aller** Widerstand dagegen
werden nur zur Erhöhung Ihrer berühmten Entschließung
dienen, welche um so ruhmreicher dastehen wird, in je
größerer Unabhängigkeit sie sich vollzogen hat. Die Er-
klärung, alle Verträge halten zu wollen, welche Ew. Majestät
in Ihrer souveränen Weisheit abgegeben, wird Jedermann Muth
und Grund zum Widerspruch benehmen. Inzwischen aber werden die
Thatsachen weiter ihre Wirkung ausüben (Cependant: facta
manebunt). Und in Wahrheit war nichts weiser und ruhmreicher,
als zu handeln und die andern reden zu lassen; denn die Zeit
wird zweifelsohne das gutheißen, was mit solcher
Weisheit ins Werk gesetzt worden ist. Die offenkundigsten
Bemunftgründe, wie die Beispiele so vieler Könige, welche die Zu-
stimmung ihrer Unterthanen auf den Thron erhob, sprechen für
Ew. Majestät erfolgte Annahme der Krone. Bezüglich der Ein-
wendung Mehrerer, als wäre das polnische Heimfallsrecht
beim Aussterben des königlichen Hauses ein Hinderniß für das
gegenwärtige Recht der Souveränität, sich den Titel zu geben,
welcher Ihrer Größe entspricht, so habe ich die also Voreingenommenen
durch unwidersprechliche Beweise überführt. Sie mußten zugeben, es
würde das eine ebensolche Unrichtigkeit sein, als zu behaupten, daß ein
Monarch von Spanien nicht als Monarch handeln und auftreten könnte,
weil beim Aussterben seiner Linie die Monarchie auf einen andern
Zweig des Hauses und selbst auf ein anderes Geschlecht übergehen werde.
So ist es in der That die gleiche Thorheit, wenn Jemand sich einbilden
wollte, Ew. Majestät könnten sich in Ihrer Souveränität deshalb nicht
frei bewegen, zu thun, was Ihnen gut scheint, weil diese nach dem Er-
löschen Ihres Hauses an die Republik Polen wieder übergehen
soll. Ich meinerseits aber erflehe vom Himmel, daß er in Ew. Majestät
königlichem Hause eine so schöne Krone sehr lange erhalten möge,
welche durch dieses glückliche Ereigniß der Krönung, die Frucht Ihrer
heldenhaften Thaten, Ihren Ruhm unsterblich machen wird. Indem
ich Ew. Majestät unterthänigsten Dank sage für die Bezeugung Ihrer
königlichen Güte und Edelmüthigkeit durch Herrn v. Hoyerbeck, indem
er mich Ihres kostbaren Wohlwollens für den geringen Rest meiner
Lebenszeit versicherte, wiederhole ich meinerseits die unerschütterliche

Festigkeit meines Eifers für Sie bei Ihrer Majestät, König August, und bei allen Anlässen.“ (372 frz.)

Der neue König im Gefühle dessen, was er dem Warschauer Jesuiten zu verdanken und auch versprochen hatte, sandte an P. Bota ein weiteres eigenhändiges Schreiben. Denn immer noch war der polnische Abgesandte, welcher den ersten wirklichen königlichen Glückwunsch in den für den Verkehr zwischen Königen geltenden Formen bringen sollte, noch nicht angekommen und nicht einmal von Warschau abgereist. Daß man in Königsberg daher noch immer auf das P. Bota Beistand rechnen mußte, liegt auf der Hand. Der Wortlaut des Schreibens des neuen Königs selbst ist nicht bekannt. Dasselbe aber enthielt Mitteilungen von der eigenen Hand des Königs. P. Bota hat auch diesmal nicht versagt. Unter dem 3. Febr. 1701 gab er über die Anerkennung Friedrichs als König, über die Ausfertigung und den Inhalt des Anerkennungsschreibens, dem er ebenso zu Gevatter gestanden, wie ehemals bei jenem des früheren Polenkönigs Johann Sobieski für den protestantischen Wilhelm von Oranien, die beruhigendste Auskunft. Er schrieb:

„Zur würdigen Krönung Ew. Majestät und des würdigsten Hauptes der Welt wünsche ich Ihnen das Diadem der schönsten Kronen des Universums. Nichts Höheres kann es geben, als über die Herzen mit der Seelengröße und der Großmut Ew. Majestät zu gebieten, welche mitten in so vielen Sorgen mich ehren, erhöhen und zugleich in Erstaunen setzen wollte mit Ihren unschätzbaren Gnaden, womit Sie eigenhändig ein Schreiben an mich zu richten geruht haben. Dasselbe werde ich stets als ein Kleinod von unschätzbarem Werte in größten und höchsten Ehren halten. Und ich wünschte Ihnen mein ganzes Leben lang meinen Eifer, meinen unerschütterlichen Gehorsam und meine Dankbarkeit für die Fülle Ihrer ganz königlichen Güte gegen mich beweisen zu können.

Wie bisher, so geht auch heute mein beständiges Bemühen auf die Pflege einer aufrichtigen und wahren Freundschaft meines Königs mit Ew. Majestät. Ueber die Sendung des Herrn Lovianski kann kein Zweifel mehr bestehen, denn Herr von Hoverbeck hat Alles Bezügliche so weise und so eifrig und mit solchem Erfolge betrieben, daß mir in dieser Beziehung nichts mehr übrig blieb zu besorgen. Er veranlaßte bereits die Uebergabe des eigenhändig geschriebenen und versiegelten Briefes meines Königs an Herrn Lovianski für Ew. Majestät in den erwünschten Formen. Mein Herr und König anerkennt Ew. Majestät als König, obgleich mir die Formel „König in Preußen“ nicht gefallen will; er gibt Ihnen zu Anfang und im Verlaufe des Schreibens mehrere Male den Titel „Majestät“. Er könnte mit dem Kaiser und den Königen von Frankreich und Spanien nicht in höheren Formen reden. Auch hat man vor einigen Tagen Herrn Lovianski

die Instruktion des Königs übergeben, welche der Fleiß und die unnachahmliche Geschäftigkeit des Herrn v. Hoverbeck — soweit das in seinen Kräften stand — in der, der Ehre und den Interessen Ew. Majestät zuträglichen Weise zu beeinflussen gewußt hat. Unser gemeinsamer Wunsch und die Entschliezung des Königs gingen dahin, daß Herr Tovianski schon vor einigen Tagen in Wirklichkeit und vor der Ankunft des Herrn Grafen (v. Wallenrad) als des neuen Gesandten Ew. Majestät, abreisen sollte. Aber verschiedene Zwischenfälle und Ränke ließen die Abreise verschieben; einer warf die Schuld davon auf den andern. Ich glaube indessen, daß der Reisewagen das hauptsächlichste Hinderniß war und nicht der Mangel an Festigkeit und Beständigkeit in den Ew. Majestät gegebenen so gerechten und aufrichtigen Versprechungen. Bald wird Herr Tovianski abreisen und ganz Europa wird wissen, daß der König von Polen dem Könige von Preußen die Anerkennung als König, als Seinesgleichen, zu Theil werden ließ.

Ich ermangele nicht, die Abschrift des (polnischen) königlichen Anerkennungsschreibens an den Papst, den Herzog von Savoyen, den Großherzog von Toskana, die Herzöge von Mantua, Parma und Modena, ebenso auch nach Venedig zu übersenden. Wenn dazu Ew. Majestät mir den Wortlaut der Benachrichtigungsschreiben für diese Souveräne mittheilen will, so wird derselbe in meiner Hand die Dienste thun, welche man für die Ehre und die Interessen Ew. Majestät, deren Förderung mein stärkstes Verlangen ist, wünschen mag" (376 frz.)

XX.

P. Vota's Besuch während des Krönungsaufenthaltes zu Königsberg. Verfolgung der Polen gegen Vota.

„Sie (die Gegner Friedrichs und Votas in Polen) versuchten es zum Staatsverbrechen zu stempeln, daß ich Ew. Majestät als König von Preußen meine Huldigung dargebracht habe, Sie drohen mir selbst mit der Vertreibung aus dem Polenreiche

. . . . Ich habe ihnen allen aber versichert, daß trotzdem Ew. Majestät und Ihre Nachkommen für unabsehbare Zeit stets als Könige werden anerkannt werden“.

P. Vota an König Friedrich d. d. 17. April 1701. (384 frz.)

Aus der Zeit vom 3. Februar bis 17. April 1701 besitzen wir keinerlei Schreiben zwischen Friedrich und P. Vota. Wohl aber fällt in diese Zeit der Aufenthalt des letzteren am königlichen Hofe Friedrichs zu Königsberg,

welcher als die Folge des oben erwähnten früheren mündlichen Versprechens der neuen königlichen Majestäten (S. 92) und der Erinnerung daran mit anzusehen ist. Ueber diesen Besuch P. Botas besitzen wir zwei Nachrichten, die eine in einem Brief vom 17. April, welchen wir bald darbieten werden, die andere in der unter P. Botas Augen früher (S. 16.) erwähnten Uebersicht seiner Lebensthätigkeit, besonders in Brandenburg-Preußen. (Theiner: Herzog Albrechts u. s. w. Rückkehr, S. 37, 42, 43.) P. Bota erschien demnach in der That am königlichen Hofe zu Königsberg während der Krönungszeit daselbst und wurde mit den größten Ehren überhäuft. König Friedrich zeichnete ihn wiederum besonders aus. Während dem Bischof Zaluski von Ermland die Wohnung in der Stadt angewiesen wurde, hatte P. Bota die Ehre, im königlichen Palaste zu wohnen und zwar in den prachtvollen Gemächern neben der Schwester des Königs, der Herzogin von Kurland. P. Bota verweilte, wie aus dem Briefe vom 17. April hervorgeht, längere Zeit. Ueber seine Unterredungen mit den neuen Majestäten bei diesem Anlaß ist nichts bekannt geworden. Dagegen hatte diese Ehre und sein stets für Friedrich gezeigter Eifer für ihn große Unannehmlichkeiten und selbst Beleidigungen, Beschimpfungen und Drohungen gegen den Jesuiten seitens der Polen zur Folge. Ueber all das belehrt P. Botas Brief vom 17. April 1701:

„Des Gesandten Baron v. Goverbeck Ankunft habe ich mit Ungeduld erwartet, ehe ich meinen Brief bei dieser durch die Straßenräuberei unsicheren Jahreszeit abschicken wollte. Heute statte zu-
 17. IV. nächst meinen unterthänigsten Dank ab für so viele könig-
 1701. liche Gunsterweisungen während meines glücklichen Auf-
 P. V. enthaltes in Königsberg. Zudem beglückwünsche ich Ew. Majestät
 an unterthänigst zu Ihrem ruhmwürdigen Triumphzug nach Berlin, indem
 Frd. I. ich im Glanze der neuen Königskrone, welche ebenso sehr Ihren Verdiensten, wie Ihrer Macht entspricht, meinen Jubel mit jenem Ihrer Völker und jenem selbst von ganz Europa, verbinde.

Anschließend theile ich Ew. Majestät unterthänigst mit, daß mein König nach der Rückkehr mir den allgnädigsten Empfang gewährt hat, da er mit Vergnügen die glorreichen Nachrichten von Ew. Majestät und die Zeichen Ihrer aufrichtigsten Freundschaft annahm, einer Freundschaft, welche jede Probe abzulegen bereit ist. Ich habe indessen nicht das gleiche Glück gehabt bei Mehreren der bedeutendsten Großen, unter diesen auch nicht bei einigen Bischöfen und anderen Senatsmitgliedern, welche zwar äußerlich zum ersten, im gewöhnlichen Sinne und in dem der Zugänglichkeit aber sicherlich zum letzten Rang zu zählen sind. Sie erhoben selbst in Gegenwart des Königs, den sie vielleicht damit zugleich treffen wollten, die schwersten Vorwürfe, daß ich die Ehre hatte, in Königsberg zu sein. Sie wollten mir ein Staatsverbrechen daraus machen, Ew. Majestät als König von Preußen eine Huldigung dargebracht zu haben. Sie legten mir ein

gewisses Schreiben zur Last, das sie in Umlauf gesetzt haben, und von welchem der Kardinalprimas eine Abschrift in Händen hat, das aber gleichwohl weder meinem Sinne noch meiner Art entstammt. In diesem Falle nämlich würde es Ew. Majestät mehr Ehre machen und auch vernünftiger abgefakt sein, wie das ja einige andere Schriftstücke gezeigt haben. Man berichtete selbst über Schmähschriften gegen mich. Ihrem Gespötte, ihren Gehässigkeiten setzten sie aber die Krone auf, indem sie mich mit der Vertreibung aus dem polnischen Reiche bedrohten, welche man auf dem nächsten Reichstage beschließen werde: Alles das für treue Ergebenheit im Dienste Ew. Majestät, welche diese guten, aber unverständigen Herren als Feindin der Republik Polen betrachten wollen! Dabei vermessen sie sich, ihre thörichte Ueberzeugung dahin auszusprechen, die souveräne Herrschaft Ew. Majestät über das Ihnen gehörige Preußen könne als nichts anderes, denn als Vasallenverhältniß zu Polen gelten, ohne die Unvernünftigkeit und den unleugbaren Widerspruch zu beachten, der darin liegt, daß dasselbe politische Gebilde souverän und zugleich von einem andern noch abhängig sein solle. Ich übergehe hier die Einzelheiten meiner Widerlegungen, welche ich zum Ruhme Ew. Majestät jenen entgegenhielt. Nur das will ich anführen, daß diese wahnsinnigen Verfolgungen und Drohungen weit entfernt sind, meinen Eifer in Ihrem Dienste herabzudrücken; vielmehr werde ich mich ebenso glücklich schätzen, für eine so gerechte Sache zu leiden, als ich über die Unvernunft jener entrüstet bin, welche sich dem entgegenstellen, dessen Gründe sie weder entkräften, noch dessen Wirkung sie zu verhindern vermögen. Ich habe allen diesen Herren aber schließlich versichert, daß trotz ihrer Untriebe Ew. Majestät und Ihre Nachkommen für unabsehbare Zeit stets als Könige werden anerkannt werden von dem Kaiser, den Königen von England, Polen, Dänemark, Schweden, Portugal, von der Republik Venedig, von Holland, Rußland, Savoyen, Toskana, von der Schweiz, vom deutschen Reich und allen Kurfürsten und Gebietern in demselben, ebenso wie auch von Frankreich und Spanien, welche bereit sind, sich mit Ew. Majestät in dem Moment ins Einvernehmen zu setzen, wann es Ihnen beliebt. Ich aber, so versicherte ich Ihren Widersachern zulezt, werde es für ein Glück erachten, mich für einen so gerechten Herrn aufzuopfern. Ich weiß, daß der Verlust meines Postens dahier, wo ich so viele Jahre ohne Vorwurf und unter Anerkennung meiner Bemühungen gedient habe, in jedem Falle mir durch die Güte Gottes und Ew. Majestät zu meiner größeren Zufriedenheit und Ehre reichlich ausgeglichen würde. Der König (August) war über diese Plackereien

gegen mich, deren Spitze gegen ihn gerichtet ist, erzürnt, da er wohl einseht, daß man das Pferd schlägt und den Reiter meint. Aber bei guten Thaten muß man sich auf Gott zurückziehen und man kann dann sich über alles andere hinwegsetzen.

Der König hat mir die brutale Protestation*) mitgetheilt, welche im Schloß zu Paris vor sich gegangen ist. Es ist das ein beleidigendes Unrecht ebenso gegen die souveräne Majestät der Krone Polens, als gegen jene Ew. Majestät. Beide sind gleichmäßig verletzt durch die Berufung an und die Unterwerfung unter eine fremde Macht, die doch nichts in Polen zu suchen hat, wie durch die alberne Anerkennung der so unbegründeten Oberhoheit von Paris, wie nicht minder endlich durch die falschen Behauptungen und die Verunglimpfungen, welche dieses ebenso verbrecherische wie kindliche Aktenstück gegen Ew. Majestät enthält. Ich habe in einem langen Commentar eine Erläuterung desselben geschrieben und dem Könige (August) alle die Ungeheuerlichkeiten aufgezeigt, welche darin ebensowohl gegen die Majestät des Königs von Polen wie des Königs von Preußen enthalten sind. „Sed spreta vilescunt“ und dieser niedrige und widrige Nebel wird von selbst wieder zur Erde fallen. Ich habe sofort eine Abschrift von dem Schriftstück gemacht, um sie Ew. Majestät zuzustellen; aber ich erfuhr, daß Sie eine solche schon besitzen. Im Uebrigen kann man leicht urtheilen, wer dem Kinde den Muth zur Sprache eingegeben.

P. S. Die Feinde Ew. Majestät haben selbst zu Rom gegen Sie gewühlt, aber zu spät. Die Folgen davon am hiesigen Plage habe ich zur rechten Zeit abgewendet“. (383 frz.)

*) Es handelt sich um die Protestation des polnischen Fürsten Johann Radziwill vom 9. März 1701 vor Notar und Zeugen gegen das neue Königtum.

Bemühungen P. Votas um formelle Anzeige des neuen Königthums auch beim Papste, wie bei allen anderen Herrschern. Absichtliche Uebergehung des heiligen Stuhles Seitens Friedrichs I. Der Protest Clemens XI.

„Mit dem Papst zu Rom haben J. K. M., ohnerachtet von verschiedenen Bischöfen und Prälaten Anlaß dazu gegeben worden, nichts zu schaffen haben wollen. Denn obgleich der römische Stuhl von alten Zeiten her bei Creirung neuer Könige sich eine große Prærogative angemäset, so haben doch J. K. M. als eine der vornehmsten Stützen der evangelischen Kirche billig Bedenken getragen, diese Prætension im Geringsten zu agnoszieren, oder etwas, so auch nur dahin gedeutet werden könnte, geschehen zu lassen.

Excellenz Frhr. v. Ngen in seiner Denkschrift über die Erwerbung der königlichen Dignität. 1704. (418.)

Es war dem guten P. Vota nicht gelungen, die Politik Friedrichs I. zu einem Einvernehmen mit dem Papst, oder auch nur zu einer Benachrichtigung von der erfolgten Annahme der Königswürde an denselben zu bestimmen. Daß diese Uebergehung des Papstes Clemens XI., während man den andern Souveränen Europas jene Benachrichtigungsschreiben zugehen ließ, ein politischer Fehler war, wird heute Jedermann zugeben. War der Papst das gefürchtete Oberhaupt der katholischen Kirche, das man nicht anerkennen wollte, so war er doch auch ein Gebietsherr und Souverän, wie so viele andere, den man politisch und diplomatisch ebenso einmal gut brauchen konnte, wie jene. Man hätte ihm daher auch eine Anzeige schicken dürfen und sollen und hätte dabei besser gestanden. Bei der Errichtung des deutschen Kaiserthrones für das Hohenzollernhaus ist der Fehler nicht wieder gemacht worden. Den Kaiser Wilhelm I. haben wir die Vermittelung des Papstes in einer völkerrechtlichen Streitsache mit Spanien — sehr zum Nutzen beider Reiche — anrufen sehen. Im Jahre 1701 aber waren die Berliner Ratgeber nicht nur von der Ansicht, die hl. Messe sei Gözendienst, sondern auch von dem im 16. und 17. Jahrhundert anhypnotisirten Wahn von der Höllehaftigkeit des Papstthums zu sehr beherrscht, um dem, grade gegenüber den Protestanten und zu ihren Gunsten politisch so freien Blick, so geraden Rat und so entschiedenen Entschluß des Jesuiten P. Vota eine gleiche Unbefangenheit

entgegenzubringen. P. Bota hat das preußische Königtum ins Auge gefaßt, hat es mitgegründet und geschützt, bevor wie nachdem Friedrich III. mit ihm Religionsgespräche geführt, bevor wie nachdem Friedrich die Vergeblichkeit bezüglicher Hoffnungen zum wiederholten Male be-
bekundet hatte. Der Jesuit hatte erkannt, daß Friedrich, der das Reich gegen Frankreich so erfolgreich verteidigen und anderseits die Türken zurück-
schlagen geholfen, der Titel nicht verweigert werden dürfe noch könne, den er beanspruche. Nirgendwo als in P. Botas Rede und Thun ist die Idee des Königtums der Hohenzollern bestimmter ausgesprochen, erläutert und gefördert. In allen Wechselfällen der Verhandlungen in Polen so gut wie mit den welt-
lichen Höfen, wie mit dem Vatikan, hat er sie hochgehalten. Das würde an seiner Stelle Mancher nicht gethan haben. Welche Mühe hatte P. Bota sich seit frühe gegeben, ein leidliches Verhältnis zwischen dem Berliner Hof und dem hl. Stuhle herzustellen! Von langer Hand her hatte er mit glücklichem Erfolg den Papst Innocenz XI. auf das neue preußische Königtum vorbereitet (Kap. XIX., S. 90 u. 93). Schon im Frühlinge des Jahres 1696 hatte er das Lob des Kurfürsten im Vatikan und in ganz Rom verkündet (Kap. VI., S. 24.) Der Staatssekretär des neuen Papstes Clemens XI., Kardinal Paulucci, war sein intimer Freund, bei dem er Friedrichs neue Würde gleichfalls aufs eifrigste empfahl und rechtfertigte. Was durfte Rom und durfte P. Bota als mehr natürlich erwarten, als daß man den Papst nicht in so auffallender, und gewiß zu subjektiver Weise bei An-
nahme der Königswürde übergehen werde, von der man anderen Souveränen Europas offizielle Anzeige machte, nur nicht einzig und allein Clemens XI., weil er der Papst war? Die Sache muß offiziell in Berlin erörtert worden sein, wurde aber ganz im Sinne der konfessionellen Befangenheit der Staats-
räte entschieden. Herr v. Ilgen spricht sich in seiner Denkschrift über die Er-
werbung der Königswürde betreffs der Beziehungen oder vielmehr der Nicht-
beziehungen und des Streitpunktes mit der päpstlichen Politik also aus:

„Mit dem Papst zu Rom haben J. K. M., ohnerachtet von ver-
schiedenen Bischöfen und Prälaten Anlaß dazu gegeben worden, nichts zu schaffen haben wollen. Denn obgleich der römische Stuhl von alten Zeiten her bei Creirung neuer Könige sich eine große Prärogative angemahlet, so haben doch J. K. M., als eine der vor-
nehmsten Stützen der evangelischen Kirche, billig Bedenken getragen, diese Präten-
sion im Geringsten zu agnossciren, **oder etwas, so auch nur dahin gedeutet werden könnte, geschehen zu lassen.** Inmittelst ist aus dem Schreiben, welches der verstorbene Papst Innocentius über diese Materie an den Bischof von Ermland hat abgehen lassen, und aus der Deklaration, welche der von gedachtem Bischof anhero geschickter Canonicus Windens von J. K. M. ver-
langt, klar genug zu sehen, wie listig der Papst diese Sache an-
gegriffen und daß er wohl gar die lächerliche Meinung gehabt, J. K. M.

durch das Verlangen, so Dieselbe nach der königlichen Würde seiner Meinung trüge, wo nicht von Ihrer Religion abzuziehen, dennoch etwas zum Besten der Katholischen in Preußen und anderswo von Ihr zu extorquiren. Nachdem man aber solches alles verachtet **und es nicht einmal einer Antwort gewürdigt, so ist dieses ohne Zweifel die Ursach gewesen, daß der Papst nachgehends sich so sehr erzürnet und** durch die bekannte hin- und hergeschickte Briefe seinen Unmuth einigermassen abzukühlen gesucht. Wiewohl solches auch die römisch-katholische Erz- und Bischöfe sowohl in als außer Reichs nicht abgehalten hat, J. K. M., wo nicht sofort bei geschehener Krönung, dennoch bald hernach vor einen König zu erkennen, Ihro zu solcher Ihrer neuen Würde zu gratuliren und Ihr dabei alle diejenigen Ehrbezeugungen zu erweisen, welche andere europäische Könige von ihnen zu empfangen pflegen.“ (418.)

Dieses Geständnis Algens führt deutlich genug die Wurzel des Streitfalles zwischen dem neuen Königtum und dem damaligen Papste Clemens XI. auf die konfessionell so befangenen und thatsächlich verletzenden Entschliessungen zu Berlin zurück. Mußte man denn wirklich selbst schon eine Antwort an Rom auf Anfrage von dorthier und Angebot seiner Hilfe für zu viel Ehre für das Papsttum halten? Denn nur Rom und der Papst konnten für sich wie für die ganze Kirche und also auch für den deutschen Orden, den kanonistisch einzig legitimen Ansprecher des ehemaligen Ordenslandes, nunmehr des Stammlandes des neuen Königtums, das bieten, was P. Botas Denkschrift in ihren Vorgegriffen einer Wiedervereinigung der Getrennten (Kap. XV. S. 74 Nr. 21) von der bedingungslosen Abtretung aller säkularisierter Bistümer und Kirchengüter, die der Kurfürst im Besitze habe (*cession totale de tous les évêchés et benefices ecclésiastiques*) andeutet. Nur Rom konnte ermächtigen, eine solche Sprache zu führen und zu sagen: Der Papst wird eine solche Generalcession aussprechen. Man hätte in aller Ruhe die Wiedervereinigungsversuche Roms ablehnen und dennoch diplomatisch höflich bleiben und mit Rom Frieden halten können! Wie, wenn die Jesuiten zu Wien und Warschau, denen doch das Verbleiben Friedrichs bei seinem Bekenntnis zeitig (schon 1698) bekannt geworden, ähnliche geradezu hartherzig konfessionelle Rücksichten hätten nehmen wollen, wie die Räte Friedrichs I. zu Berlin? Die Königskrone wäre jedenfalls nicht so bald und vielleicht gar nicht noch errungen worden! P. Bota ließ es in seiner feinen diplomatischen Art nicht an Hinweisen auf die Angemessenheit eines Benachrichtigungsschreibens für den Papst und auf seine Erwartung einer Antwort auf diese Hinweise fehlen. Am 4. Januar 1701 bringt er seine jahrelangen Bemühungen für Friedrich in Polen wie in Rom und bei den andern italienischen Höfen in Erinnerung. (S. 89). Am 12. Januar 1701 erklärt er ausdrücklich, seit Jahren und noch fortwährend mit glücklichem Erfolge den hl. Stuhl für das neue Königtum ein-

genommen zu haben. (S. 93.) Am 15. Januar 1701 bittet er um den Wortlaut der Benachrichtigungsschreiben für die italienischen Fürsten, um denselben in seinen Briefen an letztere im Interesse Friedrichs zu verwenden (S. 93). Am 3. Februar teilt P. Botta seine Absicht mit, das unter seinem Einfluß ergangene polnische Anerkennungsschreiben des neuen Königtums in Abschrift an den Papst und die übrigen italienischen Fürsten abzusenden, und bittet aufs Neue um den Wortlaut der Benachrichtigungsschreiben „für diese Souveräne“, um sie in seinem Briefwechsel zu verwenden (S. 93). Alle diese Hinweise blieben unbeachtet und P. Botta's Erwartung von einer Mitteilung an den Papst unerfüllt. Wir wären begierig, wenn es geschehen könnte, einen der preußischen Staatsmänner jener Zeit, einen der Herren Ratgeber Friedrichs I., dieses Verfahren vor dem Herren- oder Abgeordnetenhaus des preußischen Landtages von heute, oder in einer Sitzung des deutschen Reichstages rechtfertigen zu hören. Wenn der Papst darüber „unmutig“ wurde, so ist dies ihm doch gewiß kaum zu verdenken. Hielt der Hohenzoller von der Spree den Papst an der Tiber wie die anderen Souveräne einer Anzeige seines neuen Königtums weniger wert, so brauchte auch der Papst dasselbe nicht anzuerkennen. Das ist nichts mehr, als die kühle Logik der Thatsachen. Ja, diese Logik verlangt noch mehr: Die preußischen Staatsräte entzogen geradezu durch jene Unterlassung der Anzeige vom neuen Königtum an den Papst diesem die Möglichkeit seiner Anerkennung. Sie wäre ihnen unangenehm gewesen, sonst hätten sie ja dieselbe gesucht. Und noch mehr: Dieselben preußischen Staatsmänner von damals — bei dem ihnen bekannten prinzipiellen Standpunkte des Papsttums hinsichtlich der ohne seine Zustimmung säkularisierten Kirchengüter — sie schufen durch jene Unterlassung die Notwendigkeit des öffentlichen und geharnischten Protestes des Papsttums, welches bei einer höflichen Anzeige selbst eine den Umständen angemessene höfliche Wahrung des Prinzips in Ansehung des Ordenslandes Preußen vielleicht unterlassen haben würde. Im Grunde hätten also die preußischen Staatsmänner eher sich selbst einer übergroßen Kurzsichtigkeit, als den Papst einer überlauten Unmaßlichkeit anklagen lassen sollen: Dies zumal, da die damals bereits so vielfachen Beziehungen des Hohenzollernschen Machtbesizes mit dem Papste ergebenen Reichen und Landen bei nur etwas divinatorischer Veranlagung die baare Unmöglichkeit hätte erkennen lassen müssen, daß man nicht doch einmal zwingende Ursache haben dürfte, das Staatsboot des Königs von Preußen in Sicht, und zwar freundliche, des Steuermannes des Schiffleins Petri zu bringen und Rom es zu nähern. Letzteres ist unter Friedrichs I. Enkel, dem Könige Friedrich II., geschehen, welcher um ein schönes katholisches Land, Schlesien, drei schwere Kriege führte. Sein ruhmreiches Leben aber beschloß er damit, daß er, wie die confessionelle Befangenheit sagt, „ein ernstes Wort“ mit dem Papste Pius VI. im Jahre 1786 über „die Lächerlichkeit“ redete, womit er im päpstlichen Staatskalender nur als „Marchese di Brandenburgo“ aufgeführt wurde. (Horn:

S. 145, Paulig: S. 147). Es bedurfte des Genies eines Friedrich des Großen, um sich von des protestantischen Nordens Furcht vor den Katholiken und von seinem Schrecken vor dem Papsttum „nicht mehr imponieren“ zu lassen. Denn seine berühmten Worte: „Alle Religionen Seindt gleich guht,“ und „hier muß ein jeder nach Seiner Fasson Seelich werden,“ zieren gerade seine ersten Verordnungen aus dem Juni 1740 und sind gerade zu Gunsten eines katholischen Zuzüglers nach Frankfurt a. d. Oder und katholischer Soldatenschulen ergangen. („Publikationen“ Bd. II. S. 1 ff.) Er auch, Friedrich der Große, vollzog erst durch jene Bewerbung, ihm auch im römischen Staatskalender seinen Titel als „König von Preußen“ zu geben, nichts anderes, als den seinem königlichen Großvater gegebenen Wink des Jesuiten P. Bota. Es ist bis jetzt nicht bekannt, daß er darum das königliche Stamm-land Preußen oder die katholische Provinz Schlesien verloren hätte. Wohl aber weiß alle Welt, daß die katholischen Provinzen im Machtbesitz der Hohenzollern sich stetig gemehrt, und daß die katholischen Einwohner, wenn auch nicht zu den bevorzugten, dann aber doch zu den treuesten und besten Unterthanen Ihrer Majestäten der Könige von Preußen und der Kaiser von Deutschland zählen.

XXII.

P. Botas Wirken für den Ausgleich des neuen Königtums mit dem Papsttum.

„Das Gewitter in der Siebenhügelstadt, Sire, wäre gefährlicher, wenn der Schlag dem Blitz entspräche. Infolge der Mächenschaften der Allmacht von der Seine an der Tiber hat es einigen Donner abgesezt. Aber ich habe hier so viele mündliche und anderwärts so viele schriftliche Vorstellungen und Darlegungen gemacht, daß die Granaten in der Luft geplatzt sind und sozusagen gar keine Wirkung gehabt haben.“

P. Bota an Friedrich I. d. d. 6. Juni 1701. (394 frz.)

Es war den Berliner Staatsmännern bei Beginn des „Gewitters in der Siebenhügelstadt“ — nach P. Botas Ausdruck „foudres des sept Monts“ — welches am 16. April 1701 begonnen hatte, doch beinahe etwas schwül geworden. Am 20. Mai 1701 gab Friedrich seinem Gesandten v. Bartholdi zu Wien die Weisung: „Ihr habt aber mit dem P. Wolff daraus zu reden. Und zweifeln Wir nicht, es werde sowohl J. A. M. selbst, als auch gedachter Vater in Zeiten vorbauen, damit des Papstes wider diese unsere neue Dignität formirende Oppositiones keine widrige Suiten haben mögen.“ Am

29. Mai erhielt Friedrichs Gesandter v. Spanheim in London den Auftrag, in einem Briefe an den Nuntius in Paris „etwas von der Protestation mit einfließen zu lassen,“ jedoch dergestalt, daß es nicht scheine, als ob Wir deshalb sehr en peine wären.“ (386 a 389). Am 20. und 30. Mai gingen an den Gesandten in Warschau die Befehle, gegen die auf dem polnischen Reichstage beabsichtigte drohende Protestation des päpstlichen Nuntius sofort Vorsorge zu treffen mit dem Anfügen: „Und wird wohl auch der P. Bota darunter gute Dienste thuen.“ (387 u. 392.) P. Bota hat in der That auch dabei nicht versagt, wie wir schon wissen. (S. 99). Er hatte von den Verhältnissen des Nordens Europas eine zu genaue Kenntniß um zu verkennen, daß die auch noch so berechtigte Empfindlichkeit gegen jenen Fehler der brandenburgischen Politik, wie stets die Konflikte zwischen Staatsgewalt und Kirchengewalt, für alle Teile unheilvoll werden können. Er that daher Alles, um die offizielle, unter der Spannung des Augenblicks und unter dem Drucke Frankreichs entstandene Protestation Clemens XI. gegen Friedrichs neue Würde, welche durch den politischen Fehler, den Papst gänzlich als nicht vorhanden zu behandeln, verursacht war, in ihren Wirkungen abzuschwächen und so die von beiden Seiten, in Berlin wie im Vatikan, hervorgetretene Entrüstung für das praktische Verhalten und die aktuelle Politik unschädlich zu machen. Bereits sechs Tage später berichtete der Gesandte aus Warschau, daß die Sache durch Hilfe u. a. des P. Bota „schon in so guten Terminis stehet, daß hoffentlich wenig Gefährliches mehr zu erwarten sein wird.“ (393.) P. Bota aber erstattete unter dem 6. Juni selbst einen längeren Bericht an den Freund auf dem neuen Thron. Er beglückwünscht den letzteren zu seinem königlichen Triumphzug von Königsberg nach Berlin und zu dem glänzenden Empfang in dieser seiner Hauptstadt, macht dann Mitteilung über die Verhehungen und die Drohungen mit der Ausweisung aus dem Lande, die er, wegen seiner Freundschaft für Friedrich, erhalten, und von seinen Bemühungen beim Nuntius zu Warschau und sonst durch seinen Briefwechsel, die Wirkung der Opposition gegen das neue Königtum abzuschwächen. Am Schluß aber deutet P. Bota in seiner Weise an, daß es anders gekommen, wenn man ihm die erbetenen Benachrichtigungsschreiben für die italienischen Fürsten zur Verfügung gestellt hätte. Der Brief lautet:

„Schon lange erwarte ich eine sicherere Gelegenheit, als die Post sie bietet, um Ew. Majestät meine unterthänigste Huldigung darzubringen, Sie zu dem glorreichen Triumph- und Einzug in Berlin zu beglückwünschen und einen gehorsamen Bericht über die hiesigen Vorgänge zu erstatten, wie auch um ein Zeichen der unverbrüchlichen Festigkeit meines Eifers und meiner Treue für Ew. Majestät zu geben.

6. VI. 1701. P. V. an Frd. I.

In letzterer Beziehung, Sire, erkläre ich es für eine Ehre und ein unschätzbares Glück, erfahren zu haben, was Böswilligkeit und Unwissenheit erfinden und in Schmähschriften zu Tage fördern konnten

durch öffentliche und private Vorwürfe, Drohungen und Ankündigungen der Landesverweisung und der Verbannung. Sie klagen mich an der Miturheberschaft und der Mitschuld der Erhebung Ew. Majestät zum König, und zwar sowohl wegen meiner Rathschläge beim Könige von Polen als wegen der Ehre, in Königsberg an den Stufen ihres Thrones erschienen zu sein. Ich war gleichmäßig entzückt davon, mich in eine so gerechte Sache verwickelt und zu einer so ehrenvollen Sühne verurtheilt zu sehen, die mir eine dauernde Auszeichnung sein wird, selbst wenn mich deren herbeste und äußerste Folgen träfen. Denn es gibt nichts Süßeres und Angenehmeres, als sich im Dienste für die Ehren Ew. Majestät zu opfern.

Ew. Majestät können vielleicht kaum eine Vorstellung von der Stärke des ansteckenden Irrthums haben, der sich selbst nicht gewöhnlicher, auch recht hochstehender Geister bemächtigt hat. Sie verbohren sich in den unlöslichsten Widerspruch, welcher darin besteht zu sagen, man habe die Rechte der Republik verletzt und das herzogliche Preußen sei noch von dieser abhängig, obgleich es doch so feierlich durch Verträge der Souveränität der Republik entzogen worden ist. Man gibt nun das Letztere zu, will aber von dem Ersteren nicht lassen. Bemitleidenswerthe Logik! Es ist erstaunlich, daß recht ausgezeichnete Köpfe und solche aus den höchsten Kreisen sich hierin so beschränkt erweisen. Ich habe aufzuklären gesucht, wo es ging, und fahre nach Kräften darin fort. Und ich hoffe, daß einer nach dem andern sich von dem Eigen- und Starrsinn abwende. Aber die Krankheiten der Massen, der Leidenschaft und des Hochmutes wie auch Verblendung, sind in der That sehr schwer zu heilen. Es gibt selbst solche Politiker hier, die nur von Blitz und Donner reden, gleich als wenn sie dieselben in eigenen Händen hielten und nur so zu schleudern und loszulassen brauchten. Wie wenig erkennen sie die Lage der Zeit!

Ich aber werde unausgesetzt Tag und Nacht und auf alle Gefahr meine bescheidenen Geisteskräfte und all meinen Einfluß (im Dienste Ew. Majestät) aufbieten, sowohl bei den Großen (Polens), als auch namentlich bei Sr. M. dem Könige, welcher inmitten aller Anschläge und Ränke sich fest und unerschütterlich bewährt hat. (Folgt Mittheilung von einer Schrift P. Botas gegen die in Paris ergangene Protestation des polnischen Fürsten Radziwill. S. oben).

Das Gewitter in der Siebenhügelstadt, Sire, wäre gefährlicher, wenn der Schlag dem Blitze entspräche. Es hat einigen Donner abgesetzt, in Folge der Mächenschaften der Allmacht von der Seine an der Tiber. Aber ich habe hier so viele mündliche, und anderwärts so viele schriftliche Vorstellungen und Darlegungen gemacht, daß die Granaten in der Luft geplatzt sind und so zu sagen gar

keine Wirkung gehabt haben, wenigstens nicht am hiesigen Orte, wo die Klugheit und die gute Stimmung des Vertreters der Siebenhügelstadt meinen eindringlichen Vorstellungen Gehör lieh. Es hieße in diesem Falle nur, so legte ich klar, sich selbst verwunden und ins eigene Fleisch schneiden, um einen andern zu treffen; man habe alle Ursache, Ew. Majestät für die edelmüthige Güte und großherzige Milde, unter deren königlichem Schutz die Anhänger des Vatikans glücklich lebten, Dank zu wissen. Vernunft und Interesse erheischten gleichmäßig, statt Ew. M. Zorn zu erregen, vielmehr die Fortsetzung Ihrer guten Gesinnung zu erbitten und diese durch alle möglichen guten Dienste an allen Höfen und durch alle möglichen Zeichen guten Willens bei dem ersten von allen Höfen (Wien!) zu erwirken. Die königliche Würde, so legte ich weiter dar, hing zu allen Zeiten von der Zustimmung der Unterthanen und von der Macht der Herrscher ab, wie die Einsetzung des Königthums in Frankreich, England, Schweden, Dänemark, Schottland und in so vielen andern Ländern gezeigt hat. Die Kaiser hätten das Recht Könige zu machen, in ihrer Eigenschaft als oberste weltliche Macht geübt, und ihre Autorität habe in Verbindung mit der Zustimmung der Unterthanen ihr Recht bestätigt und bestärkt. Wenn die geistliche Macht durch die freie und freiwillige Unterordnung einiger Staaten sich zuweilen auf die Verleihung von Kronen ausgedehnt, so könne dies doch keinerlei Folgen haben weder für jene, deren eigene Macht und eigene Unterthanen sie zur Königswürde erheben, noch für jene, welche dazu durch die Kaiser befördert worden sind. Außerdem wies ich noch darauf hin, daß es nach einer beinahe zweihundertjährigen Umwälzung der Dinge ein großer Anachronismus ist, an die früheren (kirchlichen) Verhältnisse Preußens zum deutschen Orden zu denken. Dafür, betonte ich, ist so wenig jetzt die Zeit, wie verkehrt wäre, an die Zerreißung von England, Schottland, Schweden, Dänemark, Holland und so vieler anderer Staaten und Kirchengüter zu denken. Der beste Rath, das ist meine Schlußfolgerung nach dieser Seite, ist, sich selbst ruhig zu verhalten und auch die andern in Ruhe zu lassen, sich der Gnade, Freundschaft und der Wohlthaten Ew. Majestät zu versichern, welche so hochherzig und von einer so großen Frömmigkeit erfüllt ist.

Das sind, Sire, meine Grundsätze, die ich mit aller meiner Macht zur Geltung zu bringen suche. Ew. M. wird vom Baron v. Hoverbeck Nachrichten über den Zwischenfall mit dem Herzog von Savoyen erhalten haben. Derselbe würde Ew. Majestät schon längst anerkannt haben, wenn man mich nicht verhindert hätte, ihm das Benachrichtigungsschreiben Ew. Majestät zu senden. [Im Zusammenhang und zwischen den Zeilen zu lesen: „so wäre es auch mit dem Papste geschehen.“] (394 frz).

Diese erwähnten mündlichen Vorstellungen P. Botas beim Nuntius zu Warschau sowie P. Botas Briefwechsel mit Rom selbst brachten dann in der That jene Milde rung des im Frühling 1701 hartgeschwollenen Gegensatzes zwischen Berlin und Rom zu stande, welche im August des Krönungsjahres ersichtlich ward. Der Nuntius zu Warschau ward auch durch Vorstellungen des kaiserlichen Gesandten v. Straatmann milder gestimmt, da man in Wien die Opposition gegen die Königswürde Friedrichs zugleich auch als einen Schlag gegen den Kaiser auffassen mußte. Der Nuntius erhielt, wie Friedrichs Gesandter aus Warschau d. d. 13. August 1701 meldete, aus Rom die Nachricht, „daß sein (des Nuntius) hoher Prinzipal nicht ungeneigt sei, sich mit G. R. M. zu setzen, wann man nur wissen könnte, was von Seiten G. R. M. vor Expedientia möchten vorgeschlagen werden.“ Derselbe Gesandte Friedrichs berichtet aber gleichzeitig, daß er die von Rom und insbesondere vom Kardinal Paulucci und anderen accreditirten päpstlichen Ministern eingelaufenen Schreiben an P. Bota eingesehen und ersehen habe, „daß solche Dispositionen mehr ein Effekt des P. Bota seiner Vorstellungen und angeführten guten Raisons als des päpstlichen Nuntii sei.“ Selbst die Antwort, welche Herr v. Hoverbeck an den letzteren auf die vom kaiserlichen Gesandten im Namen des Nuntius v. Straatmann ergangene Sondierung über etwaige Vorschläge zum Frieden gab, und welche der Herausgeber der Publikationen im darstellenden Theile (S. 393) als im eigenen Garten des „schneidigen Hoverbeck“, des Gesandten Friedrichs, gewachsen darstellt, ist nach desselben Gesandten eigenem Bericht ein Verdienst des P. Bota, da eben dieser „ihm im Vertrauen geraten, sobald nicht die weiche Seite zu zeigen (sintemalen der römische Stuhl bereits alles Böse gethan, was er vermocht und nun nicht mehr schaden könnte“. (Urk. 399 S. 536 f.) Auch hierin beruhte die dem kgl. preußischen Gesandten angerühmte Schneidigkeit auf einer Eingebung des Jesuiten, welcher hiemit neuerdings seine politische Unbefangenheit und seinen politischen Scharfblick, sowie seine Ergebenheit gegen den Hohenzollern aufs Glänzendste bewährte. Ob er damit nicht auch eine vielleicht erlaubte Sühne dafür nahm, daß die Ratgeber Clemens XI. früher dem von der Seine her ausgeübten Druck nachgegeben und nach dem politischen Fehler, den die Berliner Staatsmänner des neuen Königs begangen, ihrerseits den, weil gereizt, erklärlichen aber dennoch immerhin gereizten Ton in der Sprache nicht vermieden, vor dem er soviel gewarnt und gegen den er so viel geredet und geschrieben hat?

König Friedrich aber mußte P. Botas Hilfe aufs Neue zu schätzen und seine Thätigkeit aufs Neue für sich zu spornen. Kurz nach Eingang des eben erwähnten Berichtes seines Gesandten Hoverbeck aus Warschau gab er diesem unter dem 26. August 1701 eine Instruktion zur Mitteilung an P. Bota, welche seine (Friedrichs) „Meinung wegen des päpstlichen Stuhles der Länge nach“, enthielt und nach welcher P. Bota sich sowohl bei dem päpstlichen Nuntius in Warschau, als auch „in Rom selbst bei dem Kardinal Berberino, Paulucci und Mare Scotti, auch bei andern accreditirten Prälaten,

mit welchen er alle Woche correspondiret," sich richten möge (401). Leider ist das königliche Reskript selbst nicht publizirt und nicht im Geheimen Staats-Archiv zu finden. Sein näherer Inhalt würde interessante Auskunft über Friedrichs I. Ansichten in jenem für seine neue Würde gewiß kritischen Zeitpunkt darbieten. Dieses Reskript in der That, wie auch schon die oben erwähnte Weisung an den preußischen Gesandten Spanheim in London zu einer Mitteilung an den Nuntius in Paris bilden gleichsam die ersten Keime zur offiziellen, vorher und lange nachher wieder so ostentativ vermiedenen diplomatischen Verbindung des neuen Königstums mit dem päpstlichen Stuhle. Der Gesandte giebt seiner Ansicht Ausdruck, P. Bota werde „solchergestalt prävaliren, daß es vermuthlich zu G. K. M. höchsten Gloire und Advantage gedeihen wird. Sientemalen er dorten (zu Rom) in so großer Consideration stehet, und auf seine Sentiments (obgleich er dieselbe allemal klar und nach Erheischung der Wahrheit ohne Bemäntelung deutlich von sich giebet), so sehr reflektiret wird" „Ihm [ist] auch", so fährt der Gesandte neuerdings fort, „für anderen zuzuschreiben das, was bishero zur Rektifizierung des päpstlichen Stuhles und daß er nun von G. K. M. Dignität was vernünftigere Sentiments führet, employiret und gethan worden, ein Effect des P. Bota stringirender Rationen und kräftigen Vorstellungen ist. Er durch seinen Credit auch gemacht, daß der hier sich befindliche Nuntius sich bisher in Exequirung der zu verschiedenen Malen in dieser Sache wiederholten päpstlichen Order so moderat bezeuget und gegen expressen Befehl bei letzterem Reichstage keinen wider G. K. M. incitiret. Welches soviel considerabler, als die meisten nuntii terrestres (die polnischen Abgeordneten vom Lande) auch wider ihr eigenes und der Republik Interesse gewiß dasjenige caeco impetu (blindlings) befördert und appuyiret haben würden, was ihnen von Rom an Hand gegeben worden." (402.)

Kann wohl ein Preuße für das preußische Königthum mehr thun, als P. Bota gethan? Wenn es möglich wäre, seine Ueberreste zu finden, es wäre von unserer denkmalbedürftigen Zeit kaum zu verwundern, wenn man dieselben nach Berlin bringen lassen und dem Jünger Loholaz ein ehrenvolles Monument setzen wolte. *Suum cuique!*

XXIII.

P. Votas Volkschrift für das Königtum der Hohenzollern. Königs Friedrichs I. und P. Votas ferneres Verhältnis. Weitere Begegnungen. Fernere Briefe. Schluß.

„Sire! Nach hartem Kampfe mit dem Tode erscheine ich wiederum vor Ihnen mit der Festigkeit und Beständigkeit meines Eifers für den Ruhm und die Interessen Ew. Majestät, welche ich jetzt über zwanzig Jahre in mir lebendig erhalten habe.“

P. Vota an Friedrich I. d. d. 27. April 1709 (466 a frz.)

„Ihnen gegenüber werde Ich stets derselbe sein.“

Friedrich I. an P. Vota d. d. 4. Mai 1709 (467 a frz.)

In der That war und blieb P. Vota für die folgenden Jahre und die ganze Zeit seines Lebens aufrichtigster Freund und Förderer des preußischen Königtums. Er griff dafür zur Feder nicht nur als Diplomat zu noch ungezählten Briefen an so viele Höfe Europas, sondern hat selbst eine Volkschrift dafür in polnischer Sprache und zur Beschwichtigung für die erregten Polengemüther geschrieben. Er übersandte dieselbe unter dem 1. November 1701 an Friedrich, welcher sie mit den anderen Flugschriften für die Verteidigung seiner neuen Würde in Polen drucken und verbreiten ließ. Das Begleitschreiben P. Votas an den König Friedrich I. bei Ueberreichung dieser Flugschrift hat folgenden Wortlaut:

1. XI. „Zu den Füßen Ew. Majestät gestatte ich mir hierdurch eine
1701. Schrift niederzulegen, welche ich in kurzer Zeit verfaßt, die ich aber
P. V. für beweiskräftiger und für mehr überzeugend halte, als jene, welche
an mir Herr Baron von Hoverbeck mitgetheilt hat, da die Meinige keine
Frd. I. fremde Macht verlegen kann, was ich in der anderen allerdings bemerkt
habe. Ich lasse in der Meinigen fortwährend einen Polen zu seiner
Republik reden, ohne jemals Ew. Majestät ins Gefecht zu verwickeln.
Und die polnische Republik wird sich nicht daran stoßen können,
wenn eines ihrer Mitglieder so freimütig für ihr eigenes Interesse
eintritt, weil dieses ein mit der polnischen Freiheit verbundenes öffent-
liches Recht ist. Wenn meine Schrift Ew. Majestät Billigung
erhält, so verdankt sie dieselbe nur Ihnen selbst, deren Recht und
Verdienst so laut reden“ (404. frz.)

Friedrich schrieb am 18. XI. 1701 an P. Bota:

18. XI. „Sie haben Mir einen sehr angenehmen Beweis Ihrer Geschicklich-
1701. keit und guten Absicht durch das übersandte Schriftwerk gegeben.
Frd. I. Ich bin Ihnen dafür sehr verbunden und bitte dieselben guten Ge-
an fahrungen und Sorgen stets für Meine Interessen fortzusetzen. Ich
P. V. werde dieselben bei gegebener Gelegenheit anerkennen und Ihnen
an Mich bezeigen als“ u. s. w. (406. frz.)

Die in Rede stehende Schrift des P. Bota wurde im Dezember 1701 auf Friedrichs I. Befehl dem Hofrat Werner in Königsberg übersandt, dort geheim gedruckt und in Polen verschickt. (408, 411, 412).

P. Botas Bemühungen für König Friedrich in Polen wie in Rom dauerten noch die folgenden Jahre und durch sein ganzes Leben hindurch, wie die publizierten Briefe aus dem ganzen folgenden Jahrzehnt 1701—1709 und die Besuche P. Botas in dieser Zeit am Berliner Hofe bekunden. Die nähere Ausführung dieser Angelegenheit gehört indessen nicht mehr zu unserer Aufgabe.

Zum Schluß setzen wir noch den Briefwechsel hierher, welcher im Frühling des Jahres 1709 geführt worden. P. Bota hatte eben eine schwere Krankheit durchgemacht, und es ist begreiflich, daß der Wortlaut seines ersten Briefes danach ein Totalausdruck seines Empfindens für den König von Preußen, wie auch umgekehrt wurde. P. Bota schrieb am 27. April 1709:

27. IV. „Nach einem harten und langen achtmonatlichen Kampfe
1709. mit dem Tode, welcher mir auf meiner Flucht vor ihm
P. V. ganz nahe auf den Fersen war, erscheine ich wieder, Sire,
an vor Ihnen mit der Festigkeit und Beständigkeit meines
Frd. I. Eifers für die Interessen und den Ruhm Ew. Majestät,
an welche ich in einem Zeitraum von über zwanzig Jahren in
Frd. I. mir lebendig erhalten habe. Jetzt aber biete ich Ew. Ma-
an jestät noch den Rest meiner Jahre auf dieser Erde dar. Ich
Frd. I. werde zufrieden sterben in dem Bewußtsein, all mein Wissen
an und Können bei den Königen von Polen, dem verstorbenen
Frd. I. (Sobieski) und dem jetzt regierenden (August), auf die
an Unterhaltung der Freundschaft und des guten Einverständ-
Frd. I. nisses, die so notwendig sind zum Heile des Reiches, mit
an Ew. Majestät verwendet und die Ränke dagegen vereitelt
Frd. I. zu haben. Diesem Ziele auch ferner meine Kraft und
an ihm meine ergebensten und aufrichtigsten Dienste zu
Frd. I. widmen, wird mich beglücken.“ (466a. frz.)

König Friedrich antwortete huldvollst d. d. 7. Mai 1709:

7. V. „Ich empfangen soeben, Mein lieber Herr Bota, Ihren
1709. Brief vom 27. April, aus dem Ich zu Meiner Freude die
Frd. I. Wiederherstellung Ihrer Gesundheit ersehe. Gott möge sie
an Ihnen nun noch lange erhalten! Nicht weniger angenehm
P. V. ist es Mir zu sehen, daß Sie beständig fortfahren, zu

Meinen Freunden zu zählen und Meine Interessen zu begünstigen. Sie können von Meiner Hochachtung und Zuneigung überzeugt sein, sowie auch davon, **daß Ich Ihnen gegenüber stets derselbe sein werde, wie ehemals.** (466 b frz.)

* * *

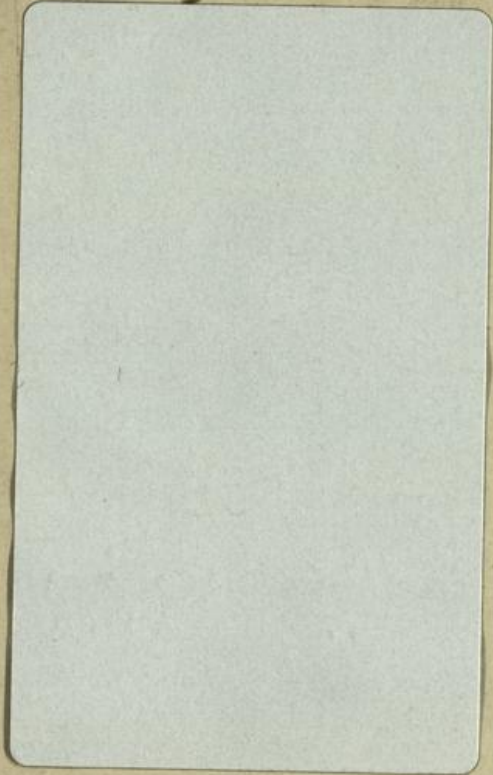
Wir stehen am Rückblick über unsere Aushebungen und Mitteilungen und am Ausblick von denselben über die Zeiten. Die Kronakten erzählen, wie die Wiegenzeit des preußischen Königtums unter dem Schutze der P. P. Wolff und Bota, Menegati und Müller S. J. (s. S. 45) so glücklich sich gestaltete. Die Kronakten erzählen, wie selbst der Anprall des frisch gezimmerten königlichen Staatsbootes an den Felsen Petri zu Rom, welcher zunächst nur eine Verstärkung der nordischen Abneigung hervorrufen konnte, unter dem Schutze des Jesuiten so gefahrlos verlief, wie geschehen. Die Kronakten erzählen, wie Friedrich I. den römischen Felsen in so weitem nordischen Bogen umschiffen wollte, daß er die Spitze desselben überhaupt nicht zu Gesichte haben möchte! Die Kronakten erzählen, wie schon im ersten Jahre des neuen Königthums das Programm in Prinzip und Praxis nicht ganz festgehalten werden konnte. Wir haben erinnert, wie erst Friedrichs I. großer Enkel, Friedrich II., drei Generationen später, den im ersten Viertel des Krönungsjahres 1701 von P. Bota gegebenen Wink und Rat einer offiziellen Notifikation über ergangene Annahme des Königtums auch nach Rom befolgte. Wiederum drei Generationen später — und das haben wir erlebt — errang das Haus Hohenzollern, was P. Bota schon angedeutet, die deutsche Kaiserkrone und ist der Anerkennung und des Glückwunsches des Nachfolgers des hl. Petrus theilhaftig geworden. Seitdem steht es auf der Zinne seiner politischen Macht, seiner irdischen Ziele.

Im Jahre 1709 hatte P. Bota, während der Zusammenkunft der drei Herrscher Friedrich I. von Preußen, Friedrich August von Polen und Friedrich IV. von Dänemark, im Palaste zu Potsdam die Ehre seiner letzten Unterredungen mit seinem königlichen Freunde Friedrichs I. In dem prächtigen Gemach prangten die Gemälde des hl. Ignatius Loyola, des hl. Philippus Neri und des hl. Mohsius Gonzaga, letzterer durch eine Ahnfrau selbst ein Hohenzollernblut und — Jesuit. P. Bota deutete einmal auf das Gemälde des hl. Ignatius, welches vorstellte, wie dieser vor dem Herrn mit dem Kreuz auf der Schulter betete, und meinte, daß hier nur die Worte fehlten: „Ich werde Euch auch in Berlin günstig sein“ („Ego vobis Berolini propitius ero“). Hierauf erwiderte Friedrich I.: „Zeit und Gott brachten schon große Dinge zu stande (Il tempo e Dio facevano grandi opere).“

Was wohl dabei der Urkönig unseres erlauchten, berühmten und gefeierten Hohenzollerngeschlechtes gedacht haben mag?

Nec soli cedit!





Universitäts-
bibliothek
Potsdam

Inventarnr.



94010012

Die

„Märkische Volks-Zeitung“

Standpunkt: Centrum,

erscheint täglich 2—2½ Bogen stark mit der Sonntagsbeilage

„Der Tag des Herrn“

und kostet vierteljährlich nur 2,40 Mark frei ins Haus. Sie ist Organ von ca. 90 Vereinen der Delegatur, wird mit den Abendzügen versandt, bringt also die neuesten Nachrichten über alle wichtigen Vorgänge auf dem Gebiet der Politik, — ausführliche Parlamentsberichte, — des Handels und des öffentlichen Lebens. Wegen ihrer weiten Verbreitung sind Anzeigen in der „Märkischen Volks-Zeitung“ vom günstigsten Erfolge. Bestellungen nehmen alle Post-
Anstalten entgegen sowie die Buchhandlung

Universitätsbibliothek Potsdam



Potsdam

Auslehn.



94010012